

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

**Das Bildungs- und Teilhabepaket
am Beispiel der Stadt Ulm**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Kathrin Fähnle

Studienjahr 2014/2015

Erstgutachter: Herr Prof. Dr. Norbert Schäfer

Zweitgutachter: Herr Ralf Junginger

Vorwort

Die vorliegende Bachelorarbeit wurde im Rahmen des Studiums „Public Management“ an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg verfasst.

Während der Bearbeitung meiner Bachelorarbeit haben mir sehr freundliche und kompetente Menschen beratend und unterstützend zur Seite gestanden. Nun möchte ich hier die Möglichkeit nutzen und mich bei ihnen auf diesem Wege bedanken.

Ich danke Herrn Professor Dr. Norbert Schäfer für die Bereitschaft, die Erstbegutachtung meiner Bachelorarbeit zu übernehmen.

Herrn Ralf Junginger danke ich für die Zweitbegutachtung meiner Bachelorarbeit.

Mein herzlicher Dank gilt allen Kommunen, die sich an meiner Befragung beteiligt haben. Nicht zuletzt bedanke ich mich hiermit ganz herzlich bei meiner Familie und meinem Freund für die großartige Unterstützung im Korrekturlesen.

Zur besseren Lesbarkeit sowie aus Vereinfachungsgründen wird in dieser Bachelorarbeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Diese dient jedoch lediglich als Abkürzung für beide Geschlechtsformen und umfasst selbstverständlich auch die weiblichen Personen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VI
Verzeichnis der Anlagen.....	VII
1 Themafindung	1
2 Ein kleiner Rückblick.....	2
2.1 Die ersten Schritte der Umsetzung der BVerfGE.....	2
2.2 Ziele des Gesetzes	3
2.3 Bund erleichtert die Umsetzung des Bildungspakets.....	4
3 Das Bildungs- und Teilhabepaket	4
3.1 Träger des Bildungspakets	5
3.2 Anspruchsberechtigte der Leistungen des Bildungspakets ...	7
3.3 Antragserfordernis und -verfahren.....	8
3.3.1 Bewilligungszeitraum.....	10
3.3.2 Leistungsbewilligungen	10
3.4 Die einzelnen Leistungen des Bildungspakets	12
3.5 Das Hinwirkungsgebot	16
4 Die Stadt Ulm.....	17
4.1 Zuordnung des Bildungspakets bei der Stadt Ulm	18
4.2 Umsetzungen des Bildungspakets bei der Stadt Ulm.....	18
5 Untersuchungsvorgehen.....	19
5.1 Hypothesenaufstellung.....	19
5.2 Stichprobe und Ablauf der Befragung	20
5.2.1 Inhalt und Aufbau des Fragebogens	21
5.2.2 Fragen zu den Kommunen selbst.....	21

5.2.3	Fragen zur Umsetzung des Bildungspakets	21
5.2.4	Fragen zum Hinwirkungsgebot	23
6	Darstellung der Ergebnisse	24
6.1	Befragung zu den Kommunen selbst	25
6.2	Befragung zur Umsetzung des Bildungspakets	27
6.3	Befragung zum Hinwirkungsgebot	36
7	Stellungnahmen zu den Hypothesen	41
8	Diskussion der Ergebnisse	42
9	Handlungsempfehlungen	47
10	Fazit.....	50
	Anlagen	53
	Literaturverzeichnis	189
	Erklärung.....	191

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BuT	Bildung und Teilhabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BverfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
Deutscher Verein	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
ff.	fortfolgende
ISG	Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik
LRA	Landratsamt
RGL	Rechtsgrundlage
SGB I	Erstes Buch Sozialgesetzbuch
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch
SGB X	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Das Bildungspaket	1
Abb. 2: Aufteilung der Träger nach den Grundleistungen.....	5
Abb. 3: Übertragung des Bildungspakets	6
Abb. 4: Organisationsformen der befragten Kommunen	25
Abb. 5: Annahmequote der möglichen Anspruchsberechtigten	26
Abb. 6: Selbsteinschätzung der Umsetzung des Bildungspakets	26
Abb. 7: Übertragbarkeit der Teilhabeleistungen	28
Abb. 8: zumutbarer Eigenanteil der Schülerbeförderungskosten.....	31
Abb. 9: zumutbarer Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad	31
Abb. 10: Hilfeleistung durch die Beurteilung der Schule	33
Abb. 11: Lernförderungsmaßnahmen bei der Stadt Ulm	35
Abb. 12: Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot.....	37
Abb. 13: Präsenz in den Gremien.....	38
Abb. 14: Akteure, die Anspruchsberechtigte aktiv ansprechen.....	39

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1:	Presseberichte aus dem Internet	53
Anlage 2:	Flyer von BMAS für Partner, Vereine, Schulen und Kitas	62
Anlage 3:	Beschlussvorlage, Rückübertragung der „kommunalen Aufgaben“ vom Jobcenter an den Fachbereich Bildung und Soziales	64
Anlage 4:	Bildung und Teilhabe (BuT) - Kurzbericht 2014	70
Anlage 5:	Liste der befragten Städte	81
Anlage 6:	Fragebogen	82
Anlage 7:	zurückерhaltene Fragebögen	85
Anlage 8:	Auswertung der Fragebögen	170

1 Themafindung

Abb. 1: Das Bildungspaket



Quelle: http://www.koufogiorgos.de/300312_bildungfarbe.html, 29.06.2014

Die Karikatur „Das Bildungspaket“ zeigt einen Jungen, der vor seinem Lehrer steht und sagt: „Welches Bildungspaket? Ich war Bahnhof!“. Seine Wortwahl und Formulierung deutet darauf hin, dass der Junge Probleme mit der deutschen Sprache hat. Des Weiteren weiß er nicht, um was es sich bei dem Bildungspaket handelt. Diese Karikatur zeigt ein großes Problem des Bildungspakets. Es gibt eine Vielzahl von Kindern, die einen Anspruch darauf hätten, jedoch nicht wissen, dass es das Bildungspaket gibt und welche Leistungen sie dadurch erhalten könnten.

Bereits durch den ersten Praktikumsabschnitt im Jobcenter entstand ein persönliches Interesse am Bildungs- und Teilhabepaket. Daraufhin fiel die Entscheidung, diese Thematik in der anstehenden Bachelorarbeit erneut aufzugreifen. Da das Interesse besonders auf der Vielseitigkeit der Leistungsformen als auch den Umsetzungsmöglichkeiten lag und die Stadt Ulm sowohl heimatnah ist als auch die Besonderheit des Stadtkreises aufweist, war es naheliegend das Bildungs- und Teilhabepaket anhand der Stadt Ulm zu untersuchen. Die nachfolgende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage: Wie gut wird das Bildungspaket bereits bei der Stadt Ulm umgesetzt und in welchen Bereichen der Umsetzung und des Hinwirkungsgebots gibt es noch Verbesserungsmöglichkeiten?

2 Ein kleiner Rückblick

In seinem Urteil vom 09. Februar 2010 (BVerfGE, 2010) hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts der Bundesregierung aufgegeben, bis zum 01. Januar 2011 die Hartz IV Regelleistungen neu zu berechnen und künftig auch den Bedarf an Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen¹ zu berücksichtigen. Bisher wurden die Bildungs- und Teilhabeleistungen in den Regelsätzen nicht mit angerechnet. Ab dem Jahr 2011 sollen diese als Sach- oder Dienstleistungen direkt bei den Kindern ankommen. (BMAS, 2010a)

2.1 Die ersten Schritte der Umsetzung der BVerfGE

In der Pressemitteilung des BMAS (2010a) vom 05.07.2010 sagte die damalige Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen: „Die zusätzlichen Bildungsleistungen für Kinder stehen nicht im Ermessen des Staates, sie sind eine Verpflichtung, die wir sehr ernst nehmen“. Sowohl diese Aussage als auch die Tatsache, dass die Regierung im Sommer 2010 eine halbe Milliarde Euro als Vorsorge für zusätzliche Investitionen in die Bildung bedürftiger Kinder in den Haushalt 2011 eingeplant hat, zeigt, dass die neuen Änderungen sehr ernst genommen werden. In der Kabinettsitzung am 20. Oktober 2010 beschloss die Bundesregierung den Gesetzesentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII. (BMAS, 2010a)

Bei dem Konzept für das Bildungspaket wurde ein besonderer Wert darauf gelegt, dass die Leistungen direkt zum Kind kommen. Frau von der Leyen sieht dies als einen Riesenfortschritt für die mittelfristigen Bildungs- und Aufstiegschancen bedürftiger Kinder (BMAS, 2010b). Weitere Ergänzungen des neuen Bildungspakets zur bereits im September vorgestellten Rohfassung waren, dass nun auch Kinder, die den Kinderzuschlag erhal-

¹ Zur besseren Lesbarkeit sowie aus Vereinfachungsgründen wird in der weiteren Bachelorarbeit ausschließlich die Bezeichnung Kinder verwendet. Diese dient jedoch lediglich der Abkürzung und umfasst auch die Jugendlichen.

ten vom Bildungspaket profitieren können. Außerdem können die Bildungs- und Teilhabeleistungen des SGB II wieder auf die Kommunen rückübertragen werden. Zusätzlich wurde der Gestaltungsfreiraum eingeräumt, dass sowohl mittels Gutscheinen als auch mit Direktüberweisung abgerechnet werden kann. Die finanziellen Kosten belaufen sich auf rund 700 Millionen Euro in 2011 und 30 Millionen Euro mehr in den Jahren 2012 und 2013. Die Verwaltungskosten kommen mit über 100 Millionen Euro pro Jahr noch mit dazu. (BMAS, 2010b)

Dennoch fand die Hartz IV-Reform im Dezember 2010 im Bundesrat keine Mehrheit (Bundesrat, 2010). Daraufhin wurde ein Vermittlungsausschuss gegründet, der im Frühjahr 2011 einen Einigungsvorschlag vorlegte. Im Laufe dieses Vermittlungsverfahrens wurde das Bildungspaket auf Kinder von Wohngeldempfängern erweitert und für kostenlose Mittagessen in Horten und Schulsozialarbeit wurden bis 2013 jährlich vom Bund 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diesem Einigungsvorschlag stimmten sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat zu. (Bundesrat, 2011)

2.2 Ziele des Gesetzes

Bei der Neubemessung der Regelsätze des SGB II und des SGB XII wird den Bedürfnissen von Kindern ein hoher Stellenwert zugeschrieben. Eines der obersten Ziele hierbei ist, die Chancengleichheit der Kinder aus einkommensschwachen Familien herzustellen und so Ausgrenzungsprozesse zu vermeiden und die Integration in die Gesellschaft zu unterstützen. Auf lange Sicht soll erreicht werden, dass die Kinder durch angemessene materielle Ausstattung und dem Zugang zu sozialer und kultureller Teilhabe soziale Kompetenzen erlernen um so später aus eigenen Kräften und unabhängig von staatlicher Fürsorgeleistungen leben zu können. Den Trägern steht dabei ein Gestaltungsspielraum bei der Art der Leistungserbringung zur Verfügung. (Deutscher Bundestag, 2010)

2.3 Bund erleichtert die Umsetzung des Bildungspakets

Bereits am 01. August 2013 trat eine Gesetzesänderung zum Bildungspaket in Kraft, deren Grundlage eine Initiative des Deutschen Landkreistages war. Diesem ging es vor allem um den ganz erheblichen Verwaltungsaufwand, der teils durch die Abrechnungsarten aber auch durch die komplexen Gesetzesformulierungen verursacht wurde. Der Deutsche Landkreistag brachte eine Liste mit den zehn wichtigsten Änderungsvorschlägen beim Runden Tisch Bildungspaket ein. Frau von der Leyen sagte ihnen noch in dieser Legislaturperiode gesetzliche Regelungen zur Rechtsvereinfachung zu. (Deutscher Landkreistag, 2013)

Auf den folgenden Seiten dieser Bachelorarbeit wird genauer darauf eingegangen, welche Bestandteile das Bildungspaket beinhaltet, wie es organisiert ist und von den Trägern umgesetzt wird.

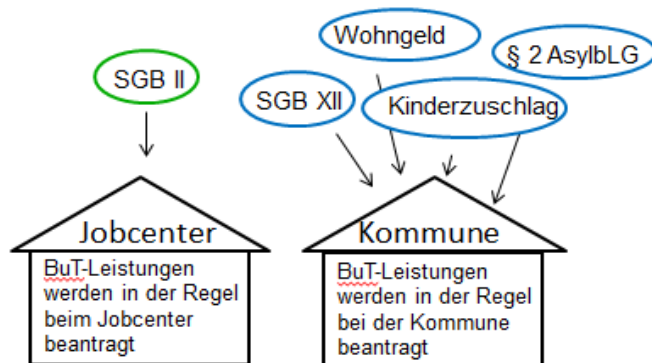
3 Das Bildungs- und Teilhabepaket

Auf der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets lastet ein sehr hoher politischer Erwartungsdruck. Gleichzeitig ist das Bildungspaket durch seine Komplexität der sehr unterschiedlichen Einzelleistungen und dem hohen Verwaltungsaufwand eine große Herausforderung für alle Kommunen. Trotz der Vereinfachung durch die Gesetzesänderung besteht der hohe Verwaltungsaufwand durch den bürokratischen Aufwand der Erbringung von Sachleistungen und durch vielerlei offene Fragen über die praktische Umsetzung und die Abrechnung, weiter. Außerdem gibt es sehr viele unbestimmte Rechtsbegriffe, die Schwierigkeiten bei ihrer Auslegung hervorrufen. (Deutscher Verein, 2012)

Grundsätzlich sind die Bildungs- und Teilhabeleistungen im SGB II und SGB XII verankert. Das Bundeskindergeldgesetz (BKGG) verweist auf das SGB II und im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) gilt analog das SGB XII. (Deutscher Verein, 2012)

3.1 Träger des Bildungspakets

Abb. 2: Aufteilung der Träger nach den Grundleistungen

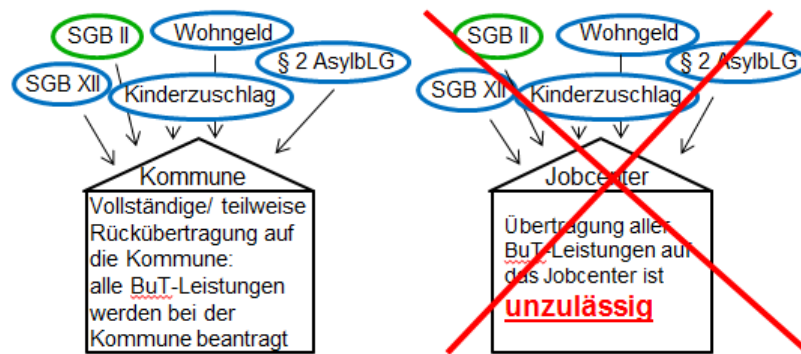


Quelle: eigene Darstellung

Die Träger des Bildungspakets sind gemäß § 28 SGB II i. V. m. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II² die kreisfreien Städte und die Kreise, wie in Abb. 2 dargestellt. Die Zuständigkeit für Antragstellung, Prüfung, die Erteilung der Bescheide sowie Widersprüche und Klagen der Anspruchsberechtigten nach SGB II liegt grundsätzlich bei den besonderen gemeinsamen Einrichtungen, den sogenannten Jobcentern. Es ist aber auch möglich die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 44b Abs. 4 SGB II auf kommunale Träger zu übertragen. Hierbei können, wie in Abb. 3 dargestellt, entweder nur einzelne Bestandteile oder das gesamte Bildungspaket übertragen werden. Eine Aufgabenüberlassung von SGB II-fremden Leistungen des Bildungspakets auf die Jobcenter hingegen ist unzulässig. Die Gesamtsteuerung und die Finanzierungszuständigkeit verbleiben bei den Kommunen. (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 2013)

² Zur besseren Lesbarkeit sowie aus Vereinfachungsgründen werden in der Bachelorarbeit ausschließlich die Gesetzesgrundlagen des SGB II verwendet, sofern diese mit denen des SGB XII übereinstimmen. Auf Ausnahmeregelungen oder Abweichungen des SGB XII wird gesondert hingewiesen.

Abb. 3: Übertragung des Bildungspakets



Quelle: eigene Darstellung

Zusätzlich zu diesen Aufteilungsmöglichkeiten der Bildungs- und Teilhabeleistungen kann eine räumliche Gliederung der Standorte erfolgen. Dies ist bspw. durch eine Aufteilung in verschiedene Gebiete eines Landkreises möglich.

Für den Träger selbst ist ein zentraler Standort insofern verwaltungspraktikabler, da dort alle Leistungen in gleichem Umfang bewilligt werden. Bei einer dezentralen Organisation kann es vorkommen, dass sich die Umsetzungsmethoden mit der Zeit verselbständigen und die Leistungen je nach Standort anders umgesetzt werden. Dass eine solche Ungleichbehandlung nicht vorkommt, sind regelmäßige Besprechungen notwendig. Alles in allem muss jedoch von Kommune zu Kommune in Bezug auf die Klientel und die Größe unterschieden werden, welche Organisationsform dort am besten ist.

Aufgaben der Träger

Die Hauptaufgaben der Leistungsträger sind finanzielle Hürden zu beseitigen sowie die örtlichen Strukturen zu beleben. Zudem gehört die Stärkung von ehrenamtlichen Projekten, die Entwicklung neuer sozialer Strukturen als auch die Entwicklung und Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements dazu. Die kommunalen Träger haben zusätzlich auf die mögliche Inanspruchnahme hinzuwirken. Hierzu gehört unter anderem eine intensi-

ve Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern. (Deutscher Bundestag, 2010)

3.2 Anspruchsberechtigte der Leistungen des Bildungspakets

Einen individuellen Rechtsanspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe haben Leistungsberechtigte nach § 19 Abs. 2 i. V. m. § 28 SGB II. Außerdem besteht unter bestimmten Bedingungen ein Rechtsanspruch für Kinder aus Familien deren Bedarf grundsätzlich gedeckt ist, der Bedarf für Bildungs- und Teilhabeleistungen jedoch noch nicht. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe sind nicht an die Erwerbsfähigkeit der Leistungsberechtigten gebunden. Maßgeblich für die Erbringung der Leistungen ist, dass die Altersgrenze nicht erreicht ist und die Tatbestandsmerkmale des § 28 SGB II erfüllt sind. Ausnahmen sind junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren die nicht erwerbsfähig sind und einen vorrangigen Anspruch auf Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII haben. Oder wenn der Bedarf eines Kindes bereits durch § 6b BKGG gedeckt wird. (Deutscher Bundestag, 2010)

Somit sind alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die das 25. Lebensjahr³ noch nicht überschritten haben anspruchsberechtigt, wenn ihre Familien Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe nach SGB XII oder nach § 2 AsylbLG, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Zudem müssen sie eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und dürfen keine Ausbildungsvergütung erhalten. Ausflüge, mehrtägige Fahrten oder gemeinschaftliche Mittagsverpflegung werden auch für Kinder in Kindertageseinrichtungen oder im Rahmen der Kindertagespflege übernommen. (Deutscher Bundestag, 2010) Der Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft wird für Kinder und Jugendliche nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres berücksichtigt (§ 28 Abs. 7 SGB II).

³ Ausnahme: im SGB XII gibt es keine Altersbegrenzung auf die Vollendung des 25. Lebensjahres.

Dieselben Anspruchsvoraussetzungen gelten für Kinder die Kindergeld, Wohngeld und/oder Kinderzuschlag bekommen. Im letzten Fall soll verhindert werden, dass Eltern nur wegen ihrer Kinder auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Vielmehr soll die Erwerbsbereitschaft von Familien mit niedrigem Einkommen gestärkt und vor allem nachhaltig unterstützt werden. (Deutscher Bundestag, 2010)

Bei der Prüfung des Leistungsanspruchs von Familien deren Bedarf grundsätzlich gedeckt ist, nur der Bedarf für Bildungs- und Teilhabeleistungen noch nicht, gibt es eine feste Reihenfolge welche Leistungen nacheinander auf das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen angerechnet werden. Diese Ablaufreihenfolge ergibt sich aus § 19 Abs. 3 Satz 2 und 3 SGB II. Zunächst werden die Regelbedarfe (§ 20 SGB II) bzw. das Sozialgeld (§ 23 SGB II) angerechnet. Darauf folgen die Mehrbedarfe nach § 21 SGB II und die Kosten für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II). Zuletzt werden die Leistungen des Bildungspakets in folgender Reihenfolge angerechnet:

- 1) Schulausflüge (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 SGB II)
- 2) Klassenfahrten (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 SGB II)
- 3) Schulbedarf (§ 28 Abs. 3 SGB II)
- 4) Schülerbeförderung (§ 28 Abs. 4 SGB II)
- 5) Lernförderung (§ 28 Abs. 5 SGB II)
- 6) Mittagsverpflegung (§ 28 Abs. 6 SGB II)
- 7) Teilhabeleistungen (§ 28 Abs. 7 SGB II)

3.3 Antragserfordernis und -verfahren

Gemäß § 37 Abs. 1 Satz 2 SGB II müssen alle Leistungen abgesehen vom Schulbedarf gesondert vor der Inanspruchnahme beantragt werden, da sie nicht vom Grundantrag für Leistungen aus dem SGB II/SGB XII erfasst sind. Die Leistungen für den persönlichen Schulbedarf müssen lediglich von Anspruchsberechtigten nach dem BKGG gesondert beantragt werden. Für die Antragstellung gibt es keine bestimmte Form, in der Regel

wird der Antrag schriftlich mit Hilfe eines Formulars oder mündlich gestellt. Anträge, die an Behörden gestellt werden, die nicht Träger sind, sind unverzüglich an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Nicht eindeutige Anträge sollen insoweit ausgelegt werden, wie der Wille des Antragstellers erkennbar ist. Das Antragsverfahren soll so unbürokratisch und lebensnah wie nur möglich gestaltet werden. (Deutscher Verein, 2012)

Antragsberechtigung

Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sind grundsätzlich die gesetzlichen Vertreter nach § 1629 BGB zur Antragstellung berechtigt. Jedoch können gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1 SGB I Jugendliche ab 15 Jahren selbst einen Antrag auf Sozialleistungen stellen. Der Träger informiert in diesem Fall die gesetzlichen Vertreter sowohl über die Antragstellung als auch über die erbrachten Leistungen. Ab dem vollendeten 18. Lebensjahr sind die jungen Erwachsenen selbst, ein Bevollmächtigter (§ 13 SGB X) oder im Falle der Grundleistungen nach SGB II ihr Vertreter der Bedarfsgemeinschaft zum Antrag berechtigt. (Deutscher Verein, 2012)

Konkludenter Antrag

Ein konkludenter Antrag ist zulässig, wenn der Wille eindeutig erkennbar ist, eine Antragsberechtigung vorliegt und der Leistungsträger uneingeschränkt die Möglichkeit der Kenntnisnahme hat. Im Einzelfall muss dies durch den örtlichen Träger festgestellt werden. Ein Beispiel für einen solchen Antrag ist, wenn ein Anbieter für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in der Schule eine Liste mit allen Teilnehmern die anspruchsberechtigt sind, führt und diese an den zuständigen Träger weiterleitet. Ein großes Problem hierbei ist der Datenschutz. Die Liste muss vertraulich geführt werden und darf in keinem Fall an Dritte weitergegeben werden. Dieses Verfahren ist jedoch nicht bei Bezug von Kinderzuschlag oder Wohngeld möglich. Hier sieht das BKGG eine schriftliche Antragstellung vor. (Deutscher Verein, 2012)

Globalantrag

Gleichzeitig mit dem Grundantrag können die Leistungen für Bildung und Teilhabe dem Grunde nach beantragt werden. Dafür muss weder die genaue Höhe noch der Umfang der Leistung bekannt sein. Diese Art der Antragstellung nennt man Globalantrag. Die Leistungen werden für den gesamten Bewilligungszeitraum zugesichert und können zu jedem späteren Zeitpunkt durch den Anspruchsberechtigten oder konkludent durch einen Leistungserbringer beantragt werden. (Deutscher Verein, 2012)

3.3.1 Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum für Bildungs- und Teilhabeleistungen beträgt grundsätzlich sechs Monate (§ 41 Abs. 1 Satz 4 SGB II). Dieser kann bis auf ein Jahr verlängert werden, wenn keine Veränderung der Verhältnisse zu erwarten sind (§ 41 Abs.1 Satz 5 SGB II). Die Sozialhilferichtlinien Baden-Württembergs schreiben vor, dass der Bewilligungszeitraum an den der Grundleistung zeitlich gekoppelt wird, wodurch es zum einen verwaltungspraktikabler und zum anderen unproblematischer hinsichtlich möglicher Rückforderungen wird (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013).

3.3.2 Leistungsbewilligungen

Es gibt verschiedene Wege der Leistungserbringung im Bereich des Bildungspakets. Nach § 4 Abs. 1 SGB II gibt es Dienstleistungen, Sachleistungen und Geldleistungen. Die speziellen Regelungen finden sich in § 29 SGB II. Sach- und Dienstleistungen werden mittels personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an die Anbieter für (Schul-)Ausflüge und mehrtägige (Klassen-) Fahrten, Lernförderung, gemeinschaftliche Mittagsverpflegung sowie die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben bewilligt. Eine Geldleistung an die Leistungsberechtigten direkt gibt es nur bei der Schülerbeförderung und dem persönlichen Schulbedarf.

Ob personalisierte Gutscheine oder Direktzahlungen verwendet werden, entscheidet der kommunale Träger selbst. Er darf sich aber keinem be-

stimmten Erbringungsweg verschließen, es sei denn es gibt einen triftigen Grund oder es ist mit einem größeren Verwaltungsaufwand bzw. höheren Kosten verbunden. Zudem sind pauschale Abrechnungen der kommunalen Träger mit den Anbietern möglich. Diese haben zum Vorteil, dass sie wirtschaftlicher sind und einen geringeren Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Pauschale Abrechnungen können aber nur angewendet werden, wenn es absehbar ist, dass über einen längeren Zeitraum ein größerer Personenkreis einen bestimmten Anbieter auswählt. (Deutscher Verein, 2012)

Leistungserbringung durch personalisierte Gutscheine

Genauer definiert ist die Leistungserbringung durch personalisierte Gutscheine in § 29 Abs. 2 SGB II. Die Leistungen gelten mit der Ausgabe des jeweiligen Gutscheins als erbracht. Zudem besteht die Aufgabe des kommunalen Trägers darin zu gewährleisten, dass die Gutscheine bei geeigneten Anbietern eingelöst werden können. (Deutscher Verein, 2012)

Leistungserbringung durch Direktzahlung

Die Bestimmungen zur Leistungserbringung durch Direktzahlung finden sich im § 29 Abs. 3 SGB II. Die Leistung gilt mit der Zahlung als erbracht. Direktzahlungen können nur angewandt werden, wenn dem Leistungsanbieter die Leistungshöhe und die Fälligkeit bereits bei Antragstellung bekannt sind und durch eine Zahlungsverpflichtung mittels Rechnung/Teilnahmebestätigung nachgewiesen wird. Monatliche Sammelabrechnungen für mehrere Leistungsberechtigte sind hier ebenfalls möglich. (Deutscher Verein, 2012)

Erstattung vorfinanzierter Sachleistungen

Gibt es einen Nachweis über bereits vorfinanzierte Sach- und Dienstleistungen, können diese in Form von Geldleistungen an die anspruchsberechtigte Person erstattet werden. Das ist allerdings nur möglich, wenn eine vorhergehende Bedarfsdeckung ohne eigenes Verschulden nicht

möglich war. Hier sind die Fälle gemeint, in denen der Träger den Antrag nicht rechtzeitig bescheidet, das Ereignis so kurzfristig ist, dass ein Antrag nicht rechtzeitig gestellt werden kann, der Anbieter nur Barzahlungen akzeptiert oder der Träger die Leistungen zu Unrecht abgelehnt hat. (Deutscher Verein, 2012)

Bei allen Zahlungen kann der Träger im Einzelfall einen Nachweis über die Verwendung der Leistungen verlangen. Wird ein solcher Nachweis nicht geführt d. h. bspw. die Rechnungen nicht aufgehoben, soll die Bewilligungsentscheidung widerrufen werden. (§ 29 Abs. 4 SGB II) Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (2012) empfiehlt im Bewilligungsbescheid darauf hinzuweisen, dass in begründeten Einzelfällen ein Nachweis verlangt werden kann.

3.4 Die einzelnen Leistungen des Bildungspakets

Das Bildungspaket besteht aus fünf Teilleistungen: (Schul-)Ausflüge und mehrtägige (Klassen-)Fahrten, Persönlicher Schulbedarf, Schülerbeförderung, Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung und Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Im Folgenden wird genauer auf die einzelnen Leistungen eingegangen.

(Schul-)Ausflüge und mehrtägige (Klassen-)Fahrten

(RGL: § 28 Abs. 2 SGB II)

Die Kosten für eintägige Ausflüge und mehrtägige Fahrten von Schulen und Kindertagesstätten werden für Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres⁴ in voller Höhe übernommen (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013). Dabei werden aber nur Aufwendungen übernommen, die unmittelbar durch die Schule usw. veranlasst wurden wie bspw. Eintrittsgelder, Fahrtkosten vor Ort oder Kosten der Teilnahme an eintägigen Veranstaltungen zur Vorbereitung einer anschließenden Fahrt. Die tatsächliche

⁴ Ausnahme: im SGB XII gibt es keine Altersbegrenzung auf die Vollendung des 25. Lebensjahres.

Teilnahme muss nachgewiesen werden. (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 2013)

Persönlicher Schulbedarf

(RGL: § 28 Abs. 3 SGB II)

Zu den Leistungen des persönlichen Schulbedarfs zählen unter anderem Schreibmaterialien, Sportsachen und Schultaschen. Bis zum Ende des Jahres 2010 standen den Anspruchsberechtigten nach SGB II und SGB XII am Anfang eines Schuljahres 100 Euro für den persönlichen Schulbedarf zur Verfügung. Im Rahmen des Bildungspakets wurde diese Leistung auf zwei Raten aufgeteilt. Jeweils zum 1. August werden 70 Euro und zum 1. Februar nochmals 30 Euro überwiesen.⁵ Die Bedarfe werden nur dann erbracht, wenn der Schüler zum jeweiligen Stichtag hilfebedürftig ist. Erstmals wurden die Leistungen für das Schuljahr 2011/2012 erbracht. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

Schülerbeförderung

(RGL: § 28 Abs. 4 SGB II)

Die Schülerfahrtkosten werden, wenn die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel notwendig ist, in der Regel nur zur nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsgangs gewährt. Nächstgelegene Schulen sind in dem Fall alle Schulen, die einen besonderen Bildungsgang oder pädagogischen Schwerpunkt anbieten. Übernehmen Dritte die Fahrtkosten, werden keine Kosten im Rahmen des Bildungspakets übernommen. Nach § 28 Abs. 4 SGB II gilt ein Eigenanteil in Höhe von 5 Euro pro Monat als zumutbar. Einzelfallentscheidungen in Bezug auf die Zumutbarkeit der Länge oder der Beschaffenheit des Schulweges sind von den Kommunen selbst festzulegen. Da es sich hierbei um eine zweckbestimmte Geldleis-

⁵ Ausnahme: Im SGB XII wird die Rate in Höhe von 70 Euro in dem Monat gewährt, in dem das erste Schulhalbjahr beginnt, und die zweite Rate mit 30 Euro in dem Monat, in dem das zweite Schulhalbjahr beginnt.

tung handelt, muss der Erwerb der Fahrkarte nachgewiesen werden. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung

(RGL: § 28 Abs. 6 SGB II)

Bei den Leistungen zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Schulen, Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege besteht ein Eigenanteil in Höhe von 1 Euro pro Tag und Mahlzeit. Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, werden die Leistungen monatlich pauschal für alle Tage gezahlt, an denen nach den örtlichen Gegebenheiten Mittagessen angeboten wird. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

(RGL: § 28 Abs. 7 SGB II)

Für die Mitgliedsbeiträge in Vereinen (Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit), Unterricht in künstlerischen Fächern (z.B. Musikunterricht) und die Teilnahme an (Ferien-) Freizeiten haben Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres einen monatlichen Anspruch von 10 Euro (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013). In Ausnahmefällen können nach der Gesetzesänderung zum 1. August 2013 auch Kosten für Ausrüstungsgegenstände übernommen werden. Des Weiteren können die monatlichen Beträge über einen gesamten Bewilligungszeitraum angespart werden, um bspw. teurere (Ferien-) Freizeiten zu finanzieren. (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 2013)

Lernförderung

(RGL: § 28 Abs. 5 SGB II)

Da die Lernförderung aufgrund der offenen Gesetzesformulierung und dessen Auslegungsmöglichkeiten der wohl komplexeste Bestandteil der Leistungen des Bildungspakets ist, wird im Folgenden und später bei der Umsetzung der Stadt Ulm nochmals näher darauf eingegangen.

Im Rahmen der Lernförderung werden die angemessenen Kosten für Nachhilfeunterricht übernommen, wenn dieser geeignet und erforderlich ist um die wesentlichen Lernziele zu erreichen. Die Lernförderung soll nur ergänzend zu den bereits vorhandenen schulischen Angeboten übernommen werden. Wichtig hierbei ist, dass es sich um eine vorübergehende Lernschwäche handelt, verursacht bspw. durch eine längere Krankheit. Dabei kommt es zu den ersten Schwierigkeiten, da es keine genaue Abgrenzung zu einer Langzeitlearnschwäche gibt. Für die Langzeitlearnschwächen liegt die Zuständigkeit jedoch bei den Jugendämtern und nicht bei den Trägern des Bildungspakets. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

Die wesentlichen Lernziele sind meist in einem Bildungsplan aufgeführt, der Aufschluss über die zu erreichenden Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten gibt. Diese Lernziele sind jedoch nicht klar definiert. Häufige Ziele sind die Versetzung in die nächste Klasse, das Erreichen des angestrebten Schulabschlusses, das Erlernen der deutschen Sprache, aber auch kleinere Ziele wie z. B. die Verbesserung des Leistungsniveaus können anerkannt werden. Diese Ermessensentscheidung liegt bei den Trägern. Sie können sich mittels Klassenarbeiten oder Zeugnissen über die Erforderlichkeit einer zusätzlichen Lernförderung informieren und diese von den Schulen bestätigen lassen. Dabei liegt ein besonderer Wert auf einer Prognose, die Aufschluss darüber geben soll, ob es überhaupt noch möglich ist das Lernziel bis zum Schuljahresende zu erreichen. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

Die Kosten der Lernförderung werden nur übernommen, wenn die vorübergehende Lernschwäche nicht selbst durch unentschuldigtes Fehlen, Desinteresse am Unterricht oder vergleichbaren Ursachen verschuldet ist. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der konkret benötigten Lernförderung und den ortsüblichen Sätzen. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

Die wohl größte Problematik der Lernförderung liegt jedoch in der Erfolgskontrolle. Es gibt bislang keine gängige Methode und keine Pflicht zur Kontrolle, ob die vorgegebenen Ziele mittels der Lernförderung erreicht wurden. (Redaktionskreis SGB II - Richtlinien, 2013)

3.5 Das Hinwirkungsgebot

Sich einsetzen, alle Hebel in Bewegung setzen, sich stark machen, sind Synonyme nach dem Duden-Lexikon für das Verb „hinwirken“.

Genau das verlangt der Gesetzgeber nach § 4 Abs. 2 SGB II. Das Hinwirkungsgebot ist in dieser Art einzigartig. Es spricht nicht nur die Träger der Leistungen nach SGB II an, sondern alle sozialen Einrichtungen und Personen, die mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in Verbindung stehen. Gemeinsam sollen sie bei den Eltern, Kindern und Jugendlichen auf das Bildungspaket aufmerksam machen, sie zur Antragstellung mobilisieren und dabei unterstützen. Sie sollen sich für das Bildungspaket einsetzen und alle Hebel in Bewegung setzen, damit es in Anspruch genommen wird. Nur wenn es in den Kommunen mit Leben gefüllt wird, kann das Bildungs- und Teilhabepaket ein Erfolg werden (BMAS, 2011).

Bei der Umsetzung des Hinwirkungsgebots lässt der Gesetzgeber den angesprochenen Verantwortlichen einen weiten Gestaltungsspielraum. Lediglich der äußere Rahmen wird vorgegeben. Hierfür hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales speziell für die Partner, Vereine, Schulen und Kindertagesstätten einen Flyer entworfen, indem sie aufgefordert werden sich zu engagieren. Vor allem angesprochen sind kreative und tatkräftige Menschen, die ein Mitmachen am Bildungspaket möglich machen wollen. Gemeinsam mit anderen Leistungsanbietern in ihrer Umgebung sollen sie ein starkes Netzwerk aufbauen oder ein bereits bestehendes erhalten, um enger zusammenarbeiten zu können. Des Weiteren gibt der Flyer Auskunft darüber, wie die Familien informiert werden sollen. Das aktive Ansprechen spielt eine sehr große Rolle, nur so kann gezielt Kon-

takt mit den Anspruchsberechtigten aufgenommen werden. Sie sollen dann über die Angebote informiert werden und Hilfe bei den Fragen welche Leistungen für sie von Bedeutung sind und wie bzw. wo sie die Anträge stellen können, bekommen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass sie den Familien wenn möglich schriftliche Unterlagen, Belege und Anmeldungen in die Hand geben. Dadurch können sich die Betroffenen zu Hause noch einmal genauer über die einzelnen Leistungen informieren und ggf. bei Freunden und Bekannten, die ebenfalls Anspruch auf das Bildungspaket haben, einen Anstoß zur Antragstellung geben. (BMAS, 2011)

Ohne das Hinwirkungsgebot wäre es nur schwer möglich das Bildungspaket in dem Maße umzusetzen wie es angedacht ist (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., 2012). Aufgrund dessen ist ein wesentlicher Bestandteil der folgenden Untersuchung in welchen Bereichen der Umsetzung und des Hinwirkungsgebots des Bildungs- und Teilhabepakets bei der Stadt Ulm es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

4 Die Stadt Ulm

Die Universitätsstadt Ulm liegt am östlichen Rande der Schwäbischen Alb. Nur durch die Donau ist sie von Neu-Ulm und dem Bundesland Bayern getrennt. Rund 118.000 Einwohner leben in dieser Stadt, die ihren eigenen Stadtkreis bildet. Die Stadt Ulm beschreibt sich selbst auf ihrer Homepage als eine familien- und kinderfreundliche Stadt mit sehr vielen Freizeit- und Bildungseinrichtungen. Aus diesem Grund ist es ein wichtiges Anliegen, die Kinder von sozial schwachen Familien optimal zu unterstützen und zu fördern. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird darauf eingegangen wie die Stadt Ulm das Bildungspaket umsetzt und wie sie zu vergleichbaren Kommunen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen da steht. (Stadt Ulm, 2014)

4.1 Zuordnung des Bildungspakets bei der Stadt Ulm

Laut § 28 SGB II i. V. m. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II ist die Stadt Ulm als kreisfreie Stadt Träger des Bildungspakets. Im Juli 2013 wurde das Bildungspaket von der gemeinsamen Einrichtung, dem Jobcenter an die Stadt Ulm zurück übertragen. Die einzigen Ausnahmen sind der persönliche Schulbedarf der SGB II-Bezieher, dieser verbleibt beim Jobcenter und die Asylbewerber beantragen die Leistungen für das Bildungspaket weiterhin direkt mit ihren Grundleistungen. Durch die im November 2013 festgelegte Verfügung des Oberbürgermeisters von Ulm ist das Bildungspaket seit 01. Januar 2014 an die Abteilung Ältere, Behinderte und Integration der Stadt Ulm angegliedert. (Lang W., Keil M., 2013)

4.2 Umsetzungen des Bildungspakets bei der Stadt Ulm

Gemäß Junginger, R. und Riedel, M. (2014) gab es zu Beginn der Einführung des Bildungspakets im Jahr 2011 erhebliche Schwierigkeiten mit den Anbietern. Viele der Anbieter, vor allem die örtlichen Sportvereine empfanden das Verfahren als zu kompliziert und die Anzahl der Ansprechpartner zu unübersichtlich. Erst zwei Jahre später war das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Verwaltung wieder hergestellt. Inzwischen sind die Vereine an einer aktiven Mitwirkung zur Förderung der Inanspruchnahme des Bildungspakets bereit. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

Die Fallzahlen der Stadt Ulm setzen sich aus rund 2/3 SGB II-Bezieher und 1/3 Anspruchsberechtigten aus anderen Rechtskreisen zusammen. Insgesamt gibt es in Ulm drei Einrichtungen die Bescheide für die Anspruchsberechtigten erstellen: das Jobcenter, die Wohngeldstelle und die Familienkasse, die sich in unmittelbarer Nähe zu der Anlaufstelle für Bildungs- und Teilhabeleistungen befinden. Diese zentrale Anlaufstelle wird häufig von Antragstellern genutzt, indem sie ihre Grundleistungen und Leistungen für Bildung und Teilhabe in einem Zug beantragen können. Zudem erteilt sie den Leistungsberechtigten in allen Fällen und Fragen Auskunft, bietet eine zentrale Hotline und ein zentrales E-Mail Postfach

an. Zusätzlich verfügt sie über großzügige Öffnungszeiten, um eine möglichst gute Erreichbarkeit zu erzielen. Dadurch gibt es für Anspruchsberechtigte, die den Rechtskreis wechseln oder umziehen müssen, kaum wahrnehmbare Veränderungen. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

5 Untersuchungsvorgehen

Um festzustellen wie gut die Stadt Ulm das Bildungspaket bereits umsetzt und welche Möglichkeiten sie bislang ausschöpft, um die Annahme der Leistungen zu fördern, war zunächst ein Vergleich mit anderen Trägern notwendig. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Hinwirkungsgebot, welches sich wie bereits beschrieben auf die Förderung der Antragstellung und der Bekanntmachung des Bildungspakets bezieht. Gleichzeitig konnte dadurch in Erfahrung gebracht werden, welche Möglichkeiten für Ulm bestehen, die bereits vorhandenen Dienstleistungen noch zu verbessern. Um an die Vergleichsdaten für die Bachelorarbeit zu gelangen, wählte ich die Methode einer wissenschaftlichen Befragung, da sie eine der gängigsten Methoden zur Datenerhebung ist.

5.1 Hypothesenaufstellung

Vor Beginn der Datenerhebung stellte ich vier Hypothesenpaare zum vermuteten Ergebnis auf. Diese sollten dazu dienen, die zu Anfangs aufgestellte Frage zu beantworten.

Bei dem ersten Hypothesenpaar lautete die Nullhypothese: Es gibt keine Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets und die Alternativhypothese: Es gibt Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets.

In der zweiten Nullhypothese ging ich davon aus, dass die Kommunen die freiwilligen Leistungen anbieten. Die zugehörige Alternativhypothese lautete: Viele Kommunen bieten die freiwilligen Leistungen nicht an.

Die dritte Nullhypothese zu dieser Befragung lautet: Die Kommunen empfinden die Beurteilungen der Schulen als hilfreich und haben keine Probleme damit. Die Alternativhypothese dazu hieß: Viele Kommunen empfinden die Beurteilungen der Schulen als hilfreich, einige haben jedoch Probleme damit.

Die letzte Nullhypothese lautete: Es gibt bei der Umsetzung des Bildungspakets bei der Stadt Ulm keine Verbesserungsmöglichkeiten. Die dazugehörige Alternativhypothese war: Die Stadt Ulm setzt das Bildungspaket bereits gut um, es wären jedoch in einigen Bereichen noch Verbesserungen möglich.

5.2 Stichprobe und Ablauf der Befragung

Um an vergleichbare Ergebnisse zu kommen, war es wichtig, dass die befragten Kommunen in etwa die gleichen Grundvoraussetzungen haben. Deshalb gab es mehrere Kriterien zur Eingrenzung der Stichprobe. Bei der Stadt Ulm handelt es sich um einen Stadtkreis mit rund 118.000 Einwohnern in Baden-Württemberg. Da die Träger des Bildungspakets die kreisfreien Städte und Landkreise sind, war es naheliegend diese mit ähnlich großen Einwohnerzahlen wie Ulm zu befragen. Die Begrenzungen der Einwohnerzahlen wurden auf jeweils 12.000 Einwohner mehr und weniger als Ulm festgesetzt. Außerdem wurden nur die Kommunen befragt, die in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen liegen. Diese Einschränkung der Stichprobe erfolgte aufgrund der unmittelbar angrenzenden Lage der Bundesländer. Letztendlich umfasste die Stichprobe acht kreisfreie Städte (inklusive Ulm). Davon drei aus Baden-Württemberg, vier aus Bayern und eine aus Hessen. Hinzu kamen 29 Landkreise, davon fünf aus Baden-Württemberg, 22 aus Bayern und zwei aus Hessen.⁶

⁶ Vgl. Anlage 5 Liste der befragten Städte, Seite 81.

5.2.1 Inhalt und Aufbau des Fragebogens

Die Befragung der Stichprobe erfolgte im Juli 2014. Der Fragebogen dafür setzte sich aus drei Teilen zusammen.⁷ Zunächst ging es um die Kommunen selbst, dann um die Umsetzung des Bildungspakets in den einzelnen Kommunen und zuletzt speziell um das Hinwirkungsgebot.

5.2.2 Fragen zu den Kommunen selbst

Wie bereits erwähnt, ging es zu Beginn des Fragebogens um die Kommunen selbst. Nach den ersten beiden Fragen, bei denen es um den Namen der Stadt bzw. des Landkreises und einem Ansprechpartner ging, wurde nachgefragt, wie die Träger und Anlaufstellen bei den Kommunen strukturiert sind. Es folgte eine Selbsteinschätzung zur eigenen Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Die Kommunen selbst sind als Träger direkt an der Inanspruchnahme und der Umsetzung des Bildungspakets beteiligt und können diese mit am besten beurteilen. Eine weitere Frage des ersten Abschnitts beschäftigte sich mit den möglichen Anspruchsberechtigten einer Kommune, die bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe beanspruchen.

5.2.3 Fragen zur Umsetzung des Bildungspakets

Im zweiten Block ging es detaillierter um vier Themenfelder der Umsetzung des Bildungspakets in den einzelnen Kommunen. Diese Themenfelder wurden ausgewählt, da sie einen Gesamtüberblick über die Umsetzung geben sollten.

Probleme bei der Umsetzung

Die Fragegruppe begann mit einer allgemein gefassten freien Frage, ob es bei der Umsetzung des Bildungspakets Probleme gibt.

⁷ Vgl. Anlage 6 Fragebogen, Seite 82 ff.

Freiwillige Leistungen der Kommunen

Die nächste Frage lautete, ob in den einzelnen Kommunen nicht ausgeschöpfte Leistungen für Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden können. Dieses Angebot und das Angebot eines Globalantrags⁸ sind unter anderem Beispiele für zusätzliche, freiwillige Dienstleistungen der Träger. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (2012) empfiehlt diese Leistungen anzubieten und die Gesetzesgrundlagen des Bildungspakets großzügig auszulegen. In Verbindung mit der Frage nach den Vor- und Nachteilen des Globalantrags könnten die Antworten Rückschlüsse darauf geben, warum der Globalantrag angeboten/nicht angeboten wird.

Schülerbeförderung

Im Abschnitt der Schülerbeförderung ging es zunächst um den zumutbaren Eigenanteil der Fahrkarte und danach um die zumutbare Länge des Schulweges. Gemäß § 28 Abs. 4 SGB II gilt ein Eigenanteil der Schülerbeförderungskosten in Höhe von 5 Euro pro Monat als zumutbar. Es sollte herausgefunden werden, ob sich alle Kommunen an die Vorgabe halten oder ob es Kommunen gibt die einen höheren oder niedrigeren Eigenanteil festgesetzt haben.

In den Fragen 4 und 4a ging es um die Strecke vom Wohnort bis zur Schule, die für die Schüler zumutbar ist, dass sie sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigen können. Außerdem wurde abgefragt, ob es bestimmte Ausnahmeregelungen in Bezug auf den Schulweg gibt, bei denen die Kosten für die Schülerbeförderung übernommen werden. Das Gesetz sieht hier keine klare Regelung vor. Den Trägern bleibt die Entscheidung selbst überlassen, welche Strecke sie für zumutbar halten und ob sie Ausnahmen genehmigen. Diese müssen jedoch auf alle Schüler in gleichem Ma-

⁸ Ob die Kommunen einen Globalantrag anbieten oder nicht wurde im 3. Teil abgefragt.

ße eingehalten werden, da sonst das Gleichbehandlungsgesetz nicht eingehalten wird.

Lernförderung

Wie bereits im Abschnitt 3.4 erläutert, ist die Lernförderung wohl der komplexeste Bestandteil des Bildungspakets. Aus diesem Grund wurde im Fragebogen nochmals genauer darauf eingegangen. Die Träger des Bildungspakets sollen aufgrund einer Beurteilung der Schulen eine Hilfe für die Ermessensentscheidung bekommen, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht. Mit einer weiteren Frage sollte herausgefunden werden, wie die Kommunen die Beurteilungen der Schulen bewerten.

Ein weiteres Problem bietet die Qualitätskontrolle der Lernförderung⁹. Wie bereits unter Punkt 3.3.2 Leistungsbewilligung durch personalisierte Gutscheine erwähnt, besteht eine Aufgabe der kommunalen Träger darin zu gewährleisten, dass die Gutscheine bei geeigneten Anbietern eingelöst werden. Die Formulierung „geeigneter Anbieter“ setzt voraus, dass eine Kontrolle der Anbieter sowie eine Abstimmung mit dem Jugendamt stattfinden, dass kein Anbieter zugelassen wird, dem die notwendige Eignung, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit fehlt (Deutscher Verein, 2012).

Interessant wäre es, wenn eine Kommune die Qualitätskontrollen durchführt. In einem solchen Fall sollte durch die Frage „Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?“, herausgefunden werden, wie die Kommunen die Lernförderung überprüfen.

5.2.4 Fragen zum Hinwirkungsgebot

Der letzte Teil der Befragung befasste sich speziell mit dem Hinwirkungsgebot. In einer Multiple-Choice Frage wurde zunächst einmal abgefragt,

⁹ Ob die Kommunen eine Qualitätskontrolle der Anbieter für Lernförderung durchführen, wurde im 3. Teil abgefragt.

welche Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot die einzelnen Kommunen erfüllen. In einem weiteren Schritt wurde auf zwei Punkte näher eingegangen. Zum einen die Präsenz in den Gremien und zum anderen das aktive Ansprechen der Anspruchsberechtigten. Beides sind Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit und spielen eine wichtige Rolle um das Bildungspaket bekannt zu machen. Da die Schulen, Kindergärten, Kommunalverwaltungen, Vereine und Jobcenter direkt mit den möglichen Anspruchsberechtigten in Kontakt stehen und sie teilweise die Leistungen des Bildungspakets anbieten, ist es sehr wichtig, dass sie aktiv auf Kinder, Jugendlichen und Eltern zugehen. Auch Vereine können einen Vorteil für sich selbst aus dem Bildungspaket ziehen, indem sie neue Mitglieder bekommen, die gerne in einen Verein eingetreten wären, aber die Beiträge bis jetzt nicht finanzieren konnten.

Mit der letzten Frage „Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?“, sollten die Bemühungen herausgefunden werden, die zuvor im Fragebogen nicht abgedeckt wurden.

6 Darstellung der Ergebnisse

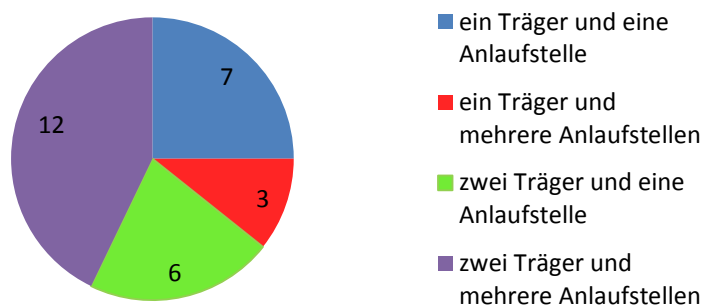
Die Befragung dauerte insgesamt zwei Wochen. 28 Kommunen haben sich daran beteiligten, somit lag die Rücklaufquote bei rund 76%. Bei den kreisfreien Städten haben sechs Städte die Fragen beantwortet und eine Rücklaufquote von 75% erreicht, außerdem haben sich 22 Landkreise an der Umfrage beteiligt, die Rücklaufquote hier lag bei 76%.¹⁰ Selbstverständlich wurde den Kommunen auf ihren Wunsch die Anonymität zugesichert. Diese Möglichkeit nutzen insgesamt sieben Kommunen.

¹⁰ Vgl. Anlage 7 zurückerhaltene Fragebögen, Seite 85 ff. und Anlage 8 Auswertung der Fragebögen, Seite 170 ff.

6.1 Befragung zu den Kommunen selbst

In der ersten Fragegruppe kam bei der Kombination der Fragen „Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/Ihrem Landkreis?“ und „Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?“ ein breites Spektrum an Antworten zurück.

Abb. 4: Organisationsformen der befragten Kommunen

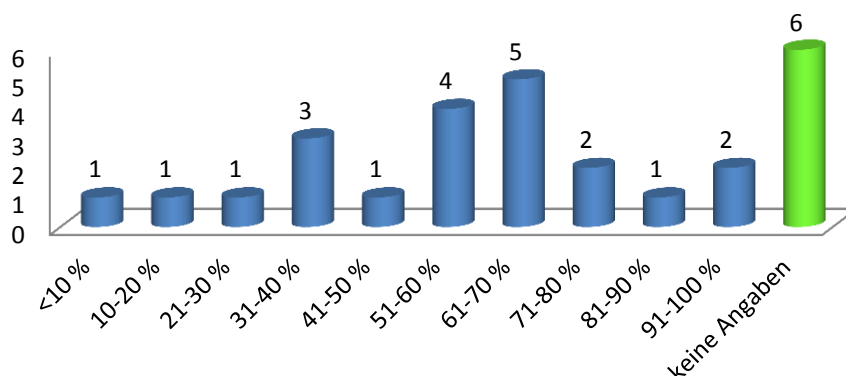


Quelle: eigene Darstellung

Die Abb. 4 zeigt, dass 12 kreisfreie Städte und Landkreise (42,86%) sowohl zwei Träger (bspw. Landkreis und Jobcenter) als auch mehrere räumlich getrennte Anlaufstellen bevorzugen. Sieben geben an, dass sie nur einen Träger und eine Anlaufstelle für alle Anspruchsberechtigten haben. Zwei Träger, aber nur eine Anlaufstelle haben insgesamt sechs Kommunen und ein Träger und mehrere Anlaufstellen haben drei der befragten Kommunen.

Bei der vierten Frage des ersten Teils, wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in den einzelnen Kommunen Leistungen für Bildung und Teilhabe bereits annehmen, wurde ein sehr zerstreutes Ergebnis erreicht, wie in der Abb. 5 zu sehen ist. Jede der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurde mindestens einmal ausgewählt. Die Annahme der Leistungen des Bildungspakets von 31-40% haben drei Kommunen angegeben, 51-60% haben vier Kommunen angegeben, 61-70% haben fünf Kommunen angegeben und jeweils zwei Kommunen gaben den Bereich von 71-80% und 91-100% an.

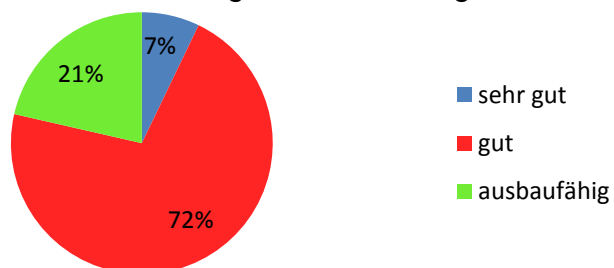
Abb. 5: Annahmekquote der möglichen Anspruchsberechtigten



Quelle: eigene Darstellung

Ein Fünftel der Kommunen (21,43%) haben keine Angaben bei dieser Frage gemacht. Oftmals kam per E-Mail die Begründung, dass es nicht möglich wäre die genauen Zahlen zu ermitteln, einmal dass es sich bei der Zahl um eine Schätzung handelt.

Abb. 6: Selbsteinschätzung der Umsetzung des Bildungspakets



Quelle: eigene Darstellung

In Abb. 6 ist zu sehen, dass die meisten Kommunen (20 Kommunen, 71,43%) ihre Umsetzung des Bildungspakets als gut einschätzten. Nur ein paar wenige der befragten Städte und Landkreise sahen sie bereits als sehr gut an (2 Kommunen; 7,14%). Jedoch immerhin 21,43% (6 Kommunen) der Befragten bewertete sie als ausbaufähig. Als mangelhaft sah keine Kommune die eigene Umsetzung des Bildungspakets.

6.2 Befragung zur Umsetzung des Bildungspakets

Probleme bei der Umsetzung

Insgesamt haben 17 Kommunen (58,62%) angegeben, dass sie keine Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets haben. Dennoch haben mehr als ein Drittel der befragten Kommunen (12 Kommunen; 41,38%) Probleme genannt. Diese konnten zu Themenfeldern zusammengefasst werden. Beginnend mit den Problemen mit den Anspruchsberechtigten selbst. Oftmals gäbe es schwierige Einzelgespräche und die Qualität der Antragsunterlagen sei sehr niedrig, so dass mehrfach nachgefragt werden müsse.

Eine weitere Themengruppe waren die Probleme mit den Leistungsanbietern. Hierbei wurden mehrfach Probleme mit der Vielzahl der Anbieter erwähnt. Eine befragte Kommune bemängelte, dass die Zusammenarbeit nicht immer verlässlich sei, eine andere, dass oftmals Nachfragen bei Anbietern und Schulen erforderlich seien. Eine weitere Kommune gab an, sie habe dieselben Probleme, wie zu Anfangs die Stadt Ulm, dass die Vereine die Zahlungen an sich verweigern würden, da der Verwaltungsaufwand zu hoch sei. Ein anderer Landkreis hatte das Problem, dass es zu wenig Anbieter für Lernförderung gäbe.

Des Weiteren gab es Probleme im Bereich der Abrechnungen. Hierbei wurde genannt, dass die Abrechnungen der Leistungen für Lernförderung in einem Landkreis teilweise nicht korrekt seien. Zudem wurde bemängelt, dass die Leistungsempfänger bei bestimmten Abrechnungssystemen in Vorleistung gehen müssten. Die Berechtigte Selbsthilfe nach § 30 SGB II sei nur schwer umsetzbar, und eine Kommune fände weitere Erstattungsmöglichkeiten wünschenswert.

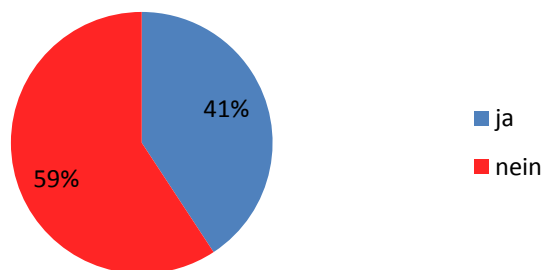
Ein häufig genanntes Problemfeld stellte die Gesetzgebung an sich dar. Es wurde erwähnt, dass es administrativ sehr aufwendig sei, vor allem wegen dem Eigenanteil an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und

dem gesonderten Antrag auf persönlichen Schulbedarf für Wohngeld- und Kinderzuschlagsbezieher. Des Weiteren gäbe es einen großen Klärungsbedarf bei der Auslegung des gesetzgeberischen Willens in Bezug auf die Frage, welche Teilhabeangebote und Nachhilfeangebote förderfähig seien. Zudem wurde erwähnt, dass es zu einem unterschiedlichen Vollzug der Kommunen führen würde.

Zusätzlich wurden Probleme mit der Erfassung von Einzelfällen, sowie Probleme bei der statistischen Auswertung genannt, und es würde oft sehr lange dauern, bis der Erhalt der Grundleistung feststehe.

Freiwillige Leistungen der Kommune

Abb. 7: Übertragbarkeit der Teilhabeleistungen



Quelle: eigene Darstellung

Von den befragten Kommunen, können wie in der Abb. 7 dargelegt, bei 16 kreisfreien Städten und Landkreisen (59,26%) nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum nicht mitgenommen werden. Dies ist lediglich bei 11 Kommunen (40,74%), darunter auch die Stadt Ulm, möglich. Bei der Stadt Ulm können die Leistungen für Teilhabe im nächsten Bewilligungszeitraum mit angespart werden, wenn im vorherigen Bewilligungszeitraum kein Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe gestellt wurde, die Anspruchsvoraussetzungen jedoch erfüllt waren.

Die Möglichkeit des Angebots eines Globalantrags bietet ein ähnliches Bild. Hierbei kann lediglich bei 10 der befragten Kommunen (35,71%) ein

Globalantrag gestellt werden, bei knapp zwei Dritteln (18 Kommunen; 64,29%) ist das nicht möglich. Die Stadt Ulm gab an, dass es bei ihr keinen Globalantrag gäbe. Um eine spätere Interpretation zu ermöglichen, welche Vor- und Nachteile zu einer Einführung bzw. keiner Einführung des Globalantrags geführt haben könnten, wurde nun zuerst auf die Kommunen eingegangen, die einen Globalantrag anbieten und dann auf diejenigen, die keinen Globalantrag anbieten.

Die Städte und Landkreise, die einen Globalantrag anbieten sahen hauptsächlich die Vorteile des Globalantrags. Drei Kommunen gaben an, dass es durch den Globalantrag weniger Fristversäumnisse gäbe und den Anspruchsberechtigten den Zugang zu den einzelnen Leistungen erleichtern würde. Die Vereinfachung der Antragstellung wurde insgesamt fünfmal erwähnt. Die Antragstellung stelle häufig eine hohe Hürde gerade bei dem Personenkreis der Leistungsbezieher nach dem SGB II dar, so das Landratsamt Hersfeld-Rotenburg. Außerdem gingen sie davon aus, dass die Inanspruchnahme der Leistungen des Bildungspakets ohne die Möglichkeit des Globalantrags sicherlich geringer wäre. Durch den Globalantrag würde der bürokratische Aufwand der Anspruchsberechtigten geringer werden und er erleichtere den Beteiligten das Verfahren. Außerdem bekämen die Antragsteller durch den Globalantrag einen Überblick über alle möglichen Leistungen.

Den Vorteilen für die Anspruchsberechtigten stehen die Nachteile für die Träger des Bildungspakets entgegen. Oftmals komme es zu einem pauschalen Antrag ohne jegliche Begründung und teilweise würden die Anträge erst sehr spät konkretisiert werden. Dies führe zu einem unnötig erhöhten Verwaltungsaufwand bei den Trägern.

Die Kommunen die keinen Globalantrag anbieten, sahen hauptsächlich die Nachteile für die Träger selbst. Insgesamt gab es fünf Stellungnahmen bei denen der erhöhte Verwaltungsaufwand im Vordergrund stand. Die

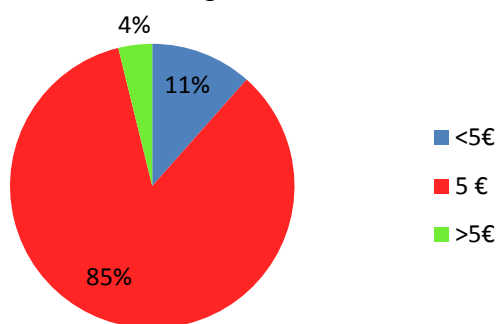
Globalanträge wären zum einem unübersichtlich und müssten zusätzlich durch einen Antrag konkretisiert werden. Dies sorgte für einen zusätzlichen Aufwand der Kommunen. Des Weiteren würden Leistungen angekreuzt, die gar nicht benötigt werden und der Globalantrag sei an sich für die Verwaltung und die Anbieter nicht praktikabel. Wiederum fünf Kommunen sahen eine erhöhte Antragstellung durch die eine unnötige Aktenführung entstehe. Eine Konkretisierung der Anträge würde in vielen Fällen nicht erfolgen außerdem würde nicht immer ersichtlich sein, was der Leistungsempfänger beantragen möchte. Zudem fehle einem Antrag, bei dem alles angekreuzt wäre, die Aussagekraft. Ein weiteres Problem stellte die Gültigkeitsdauer eines Globalantrags dar. Es sei aus rechtlicher Sicht noch unklar, wie lange ein Globalantrag in die Vergangenheit durch Konkretisierung der Antragstellung zurück wirken solle. Dadurch könnten sowohl Bewilligungszeiträume als auch einzelne Vorgänge nicht vorhersehbar abgeschlossen werden.

Dennoch wurden auch einige Vorteile des Globalantrags genannt. Es gab drei Aussagen, dass ein Globalantrag eine Fristwahrung bezwecke und so kein Verpassen von Antragsfristen möglich wäre. Des Weiteren wäre es ein Vorteil, dass es einen Antrag für alle Kinder gäbe und die Antragstellung enorm vereinfacht werden würde. Dadurch würden wesentlich mehr Anträge gestellt werden. Zudem würde ein Globalantrag die Möglichkeit zu einer späteren Inanspruchnahme der Teilhabeleistungen (Ansparung) bieten und eine rückwirkende Berücksichtigung von Bedarfen ermöglichen. Eine weitere Kommune erwähnt, dass sie durch die Einführung eines Globalantrags eine wesentliche Vereinfachung in der Sachbearbeitung sehe.

Schülerbeförderung

In Bezug auf die Schülerbeförderung war eine Frage, wie hoch der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten ist. Der gesetzliche Richtwert des zumutbaren Eigenanteils liegt, wie unter Abschnitt 5.2.3 erwähnt bei 5 Euro pro Monat.

Abb. 8: zumutbarer Eigenanteil der Schülerbeförderungskosten

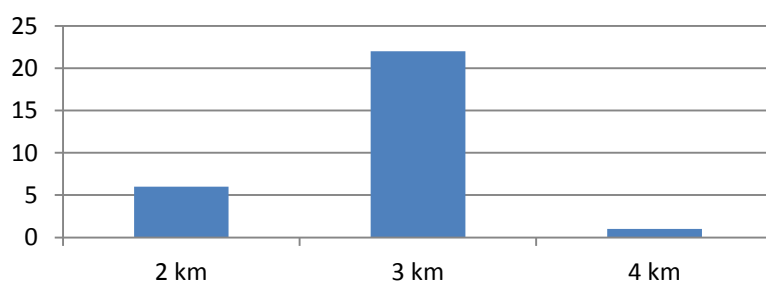


Quelle: eigene Darstellung

Die Abb. 8 macht deutlich, dass rund 84,62%, also 22 der befragten Städte und Landkreise sich an den gesetzlichen Richtwert hielten, darunter auch die Stadt Ulm. Lediglich drei Kommunen hatten einen geringeren Eigenanteil, kamen somit den Anspruchsberechtigten entgegen und nur eine Kommune hatte einen höheren Eigenanteil der Schülerbeförderungskosten.

Bei der Frage „Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?“, antworteten einige Kommunen mehrfach, andere gar nicht. Die Mehrfachantworten bezogen sich dabei meist auf die nächste Teilfrage „Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?“. Keine Angaben machten einige Kommunen aus Bayern, da in Bayern durch landesrechtliche Bestimmungen geregelt ist, dass bis zur 10. Klasse eine Kostenfreiheit des Schulweges besteht.

Abb. 9: zumutbarer Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad



Quelle: eigene Darstellung

In der Abb. 9 sieht man, dass die meisten Städte und Landkreise (75,86%) den zumutbaren Schulweg auf bis zu 3 Kilometer begrenzten. Einige (6 Kommunen; 20,69%) hatten sogar nur eine Strecke von 2 Kilometern als Richtwert. Lediglich eine Kommune lag bei einem Schulweg von bis zu 4 Kilometern, der mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu bewältigen ist.

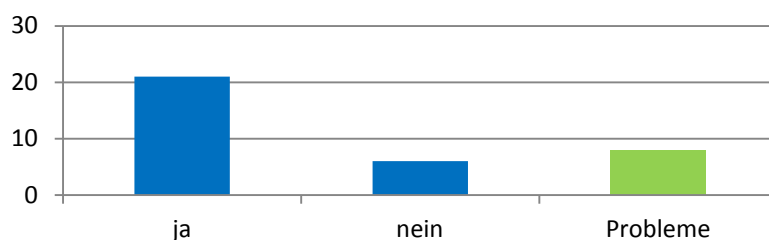
Insgesamt nannten zehn Kommunen eine Ausnahmeregelung bei den Schülerbeförderungskosten. Die Altersstaffelung wurde viermal genannt. Bei drei Kommunen wurden bei Grundschülern schon ab einer Strecke von 2 Kilometern die Kosten übernommen und ab der 5. Klasse ab 3 Kilometern. Bei der Stadt Offenbach am Main gäbe es zusätzlich die Möglichkeit bis zur Jahrgangsstufe 10 vorrangig eine Schülerfahrkarte des Stadtschulamts in Anspruch zu nehmen, deshalb käme meistens eine Förderung erst ab der Klasse 11 in Betracht. In Pforzheim lag der zumutbare Schulweg bei Grundschülern sogar bei nur 1,5 Kilometern. Zudem gab es jeweils vier Aussagen, dass es Sonderregelungen gäbe wenn der Schulweg gefährlich sei oder dass bei gesundheitlichen Gründen Ausnahmen gemacht würden.

Die Stadt Ulm sah einen Schulweg von drei Kilometern für alle Schüler als zumutbar und gehörte zu den Kommunen, die eine Sonderregelung aufgrund einer Krankheit gewähren. Außerdem gab es in Ulm die Möglichkeit einer zusätzlichen Förderung der Schülerbeförderungskosten. Eine zusätzliche Förderung hatten nur drei weitere Kommunen.

Lernförderung

Die Fragegruppe zur Lernförderung begann damit, ob die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung sind, eine Lernförderung zu bewilligen oder nicht.

Abb. 10: Hilfeleistung durch die Beurteilung der Schule



Quelle: eigene Darstellung

In der Abb. 10 sieht man deutlich, dass 21 der befragten Kommunen (77,78%) die Beurteilungen als hilfreich sahen, sechs (22,22%) als nicht hilfreich und zusammenfassend hatten acht Kommunen (29,63%) Probleme mit den Beurteilungen der Schulen. Die Probleme konnten im Wesentlichen auf drei Themengruppen zusammengeführt werden. Bei der ersten wurde genannt, dass die Einschätzungen der Schulen zwar grundsätzlich hilfreich seien, aber in fast jedem Fall einer zusätzlichen Abklärung und Rücksprache mit den Schulen bedürfe.

Die zweite Themengruppe hatte sechs Stellungnahmen mit dem Problem der zu großzügigen Beurteilungen. Diese entstehen entweder durch Druck der Eltern, gefälligkeitshalber oder wohlwollend für den Schüler, da eine zusätzliche Förderung bestimmt immer gut sei. Die Beurteilungen widersprachen sich oftmals mit den Angaben im Zeugnis, eine Gefährdung der Versetzung oder ähnliches sei nicht gegeben.

Im letzten Problemfeld ging es darum, dass die Beurteilungen nicht eindeutig und unvollständig ausgefüllt seien. Wenn Fragen seitens der Schulen auftauchen würden, würde nicht nachgefragt, sondern keine oder beliebige Antworten gegeben.

Die nächsten Fragen in Bezug auf die Lernförderung lauteten: „In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?“. Auf diese Fragen kam eine Reihe von verschiedenen Aussagen.

Diese ordnete ich ebenfalls drei Übergruppen zu, einmal der Dauer der Grundbewilligung, dann der maximalen Weiterbewilligung und die letzte bezog sich auf die Intensität der Lernförderung.

Die Dauer der Grundbewilligung wurde bei sechs Kommunen (21,43%) von der Schulempfehlung abhängig gemacht. Vier Kommunen (14,29%) bewilligten erst einmal für drei Monate und eine für vier Monate. Acht der befragten Kommunen (28,57%) bewilligten für maximal ein halbes Jahr, fünf (17,86%) maximal bis zum Schuljahresende und bei vier Kommunen (14,29%) gab es keine Pauschalregel, sie entschieden nach den individuellen Einzelfällen.

Die maximale Dauer einer Lernförderung wurde bei sechs Kommunen (27,27%) je nach Bedarf entschieden und bei drei Kommunen (13,64%) wurde aufgrund einer Absprache mit den Schulen entschieden. Maximal für ein halbes Jahr bewilligten drei Kommunen (13,64%) die Lernförderung, bis maximal zum Schuljahresende bewilligten zehn Kommunen (45,45%). Die Stadt Ingolstadt gewährte bis maximal drei aufeinanderfolgende Schuljahre eine Lernförderung.

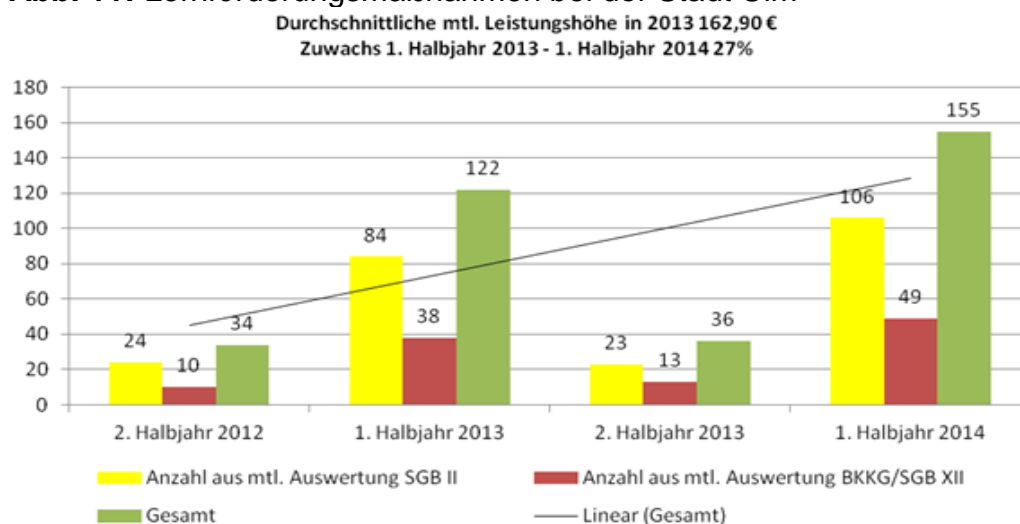
Die Intensität der Lernförderungen lag zwischen einer und vier Stunden pro Woche. Nur wenige Kommunen gaben die Intensität mit an. Vier Kommunen gewährten eine Stunde pro Woche, zwei Kommunen gewährten zwei Stunden pro Woche und jeweils eine Kommune gewährte drei bzw. vier Stunden pro Woche.

Eine Qualitätskontrolle der Anbieter für Lernförderung führten insgesamt nur fünf Kommunen (17,86%) durch. Die Kontrollen bestanden hauptsächlich aus der Einholung von Zeugnissen, Rücksprachen mit den Schulen und den Anbietern der Lernförderungen. Eine Abstimmung mit dem Jugendamt bezüglich der Anbieter für Lernförderung gab es lediglich in einer Kommune. Die Stadt Ulm führte weder eine Qualitätskontrolle der Lernför-

derung durch, noch gab es eine Absprache mit dem Jugendamt bezüglich der Anbieter.

In einem zusätzlichen Gespräch mit dem Sachbearbeiter der Leistungen für Bildung und Teilhabe der Stadt Ulm wurde auf eine Strukturanalyse zur Verdeutlichung der Annahme dieser Leistungsform hingewiesen. Ein Teil davon wurde in Abb. 11 verdeutlicht und zeigt, dass die Zahlen der bewilligten Lernförderungen im Laufe der letzten zwei Jahre kontinuierlich angestiegen sind. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

Abb. 11: Lernförderungsmaßnahmen bei der Stadt Ulm



Quelle: Anlage 4 Bildung und Teilhabe (BuT) - Kurzbericht 2014, Ulm, Seite 70 ff.

In einem weiteren Schritt wurden die Lernförderungsfälle nach dem Geschlecht, der Altersstruktur und einem teilweise vorhandenen Migrationshintergrund getrennt dargestellt. Die Aufteilung nach dem Geschlecht zeigt, dass zu Beginn der Analyse mehr als zwei Drittel der Leistungsempfänger (71%) weiblich und lediglich 29% männlich waren. Im Laufe des folgenden Jahres näherten sich die Geschlechter bis auf einen Unterschied von vier Prozentpunkten aneinander an und im letzten halben Jahr stieg die Anzahl der weiblichen Leistungsempfängerinnen im Vergleich zu den männlichen wieder an. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

Die Altersstruktur der Lernförderungsmaßnahmen wurde in drei verschiedene Altersgruppen dargestellt. Einmal im Alter von 6-12 Jahren, also die Grundschulkinder und Anfang der weiterführenden Schulen, die 13-18-jährigen und zuletzt die über 18-jährigen, bei denen es hauptsächlich um den Abschluss eines Berufskollegs ging. Auffallend hierbei ist, dass die Anzahl der Lernförderungen sowohl im Grundschulalter als auch im Alter von 13-18 Jahren angestiegen sind. Wobei die Bewilligungen hauptsächlich in den Zeitraum des zweiten Schulhalbjahres hineinfielen. Im Alter von über 18 Jahren gab es im Jahr 2012 keinen Fall, im folgenden Jahr gab es in beiden Halbjahren jeweils einen Fall und im 1. Halbjahr 2014 waren es bereits schon vier Lernförderungsfälle. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

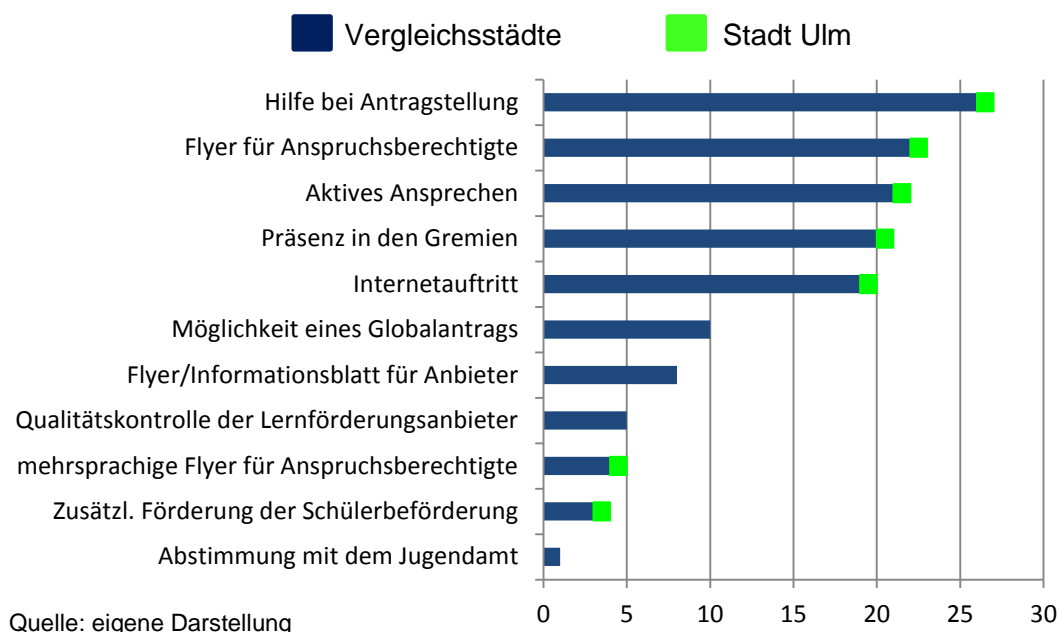
Bei der Anzahl der Lernförderungsmaßnahmen ohne bzw. mit Migrationshintergrund wurden lediglich die 2. Halbjahre 2012 und 2013 analysiert. Besonders auffallend hierbei ist, dass die Lernförderungsmaßnahmen der Schüler mit Migrationshintergrund binnen eines Jahres um 7,24 Prozentpunkte angestiegen sind. Der Anteil der Schüler ohne Migrationshintergrund ging dementsprechend zurück. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

Insgesamt zeigt die Strukturanalyse der Leistungen zur Lernförderung der Stadt Ulm, dass mehr jüngere Schüler gefördert werden, somit die Präventivmaßnahmen steigen und immer mehr Anspruchsberechtigte mit Migrationshintergrund die Leistungen bewilligt bekommen. Ob diese Zahlen auf die anderen Städte übertragen werden können ist nicht bewiesen. (Junginger, R., Riedel, M., 2014)

6.3 Befragung zum Hinwirkungsgebot

Im Bereich des Hinwirkungsgebots sollte mit einer Multiple-Choice Frage herausgefunden werden, welche der aufgezählten Dienstleistungen bereits von einigen Kommunen genutzt werden und welche Dienstleistungen gefördert werden sollten.

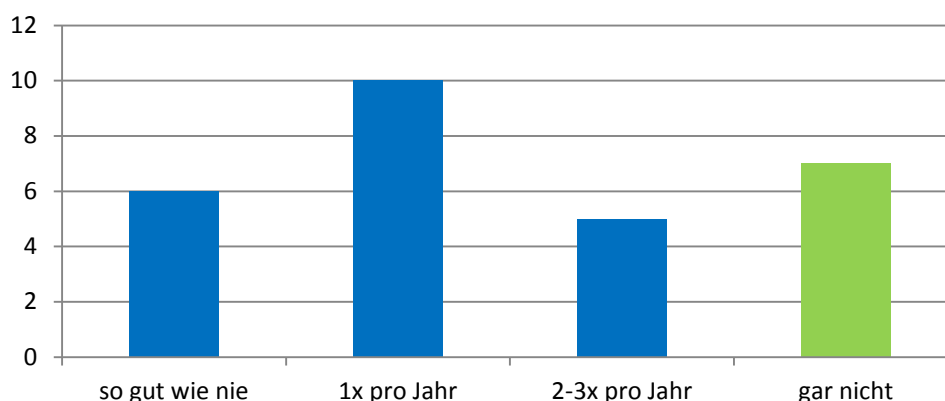
Abb. 12: Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot



Die Abbildung 12 zeigt, dass einige Dienstleistungen bereits sowohl bei der Stadt Ulm als auch bei den anderen Kommunen genutzt wurden wie die Hilfe bei der Antragstellung, Flyer für Anspruchsberechtigte, aktives Ansprechen, Präsenz in den Gremien und ein Internetauftritt. Jedoch gab es einige Dienstleistungen, die von nur sehr wenigen Kommunen umgesetzt wurden.

Auf den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, speziell der Präsenz in den Gremien und das aktive Ansprechen wurde mit weiteren Fragen genauer eingegangen. Diese Fragen beantworteten lediglich die Kommunen die angegeben haben, dass sie mit dem Bildungspaket in den Gremien präsent sind und aktiv auf Anspruchsberechtigte zugehen. Die Frage in Bezug auf die Gremien lautete: „Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?“.

Abb. 13: Präsenz in den Gremien

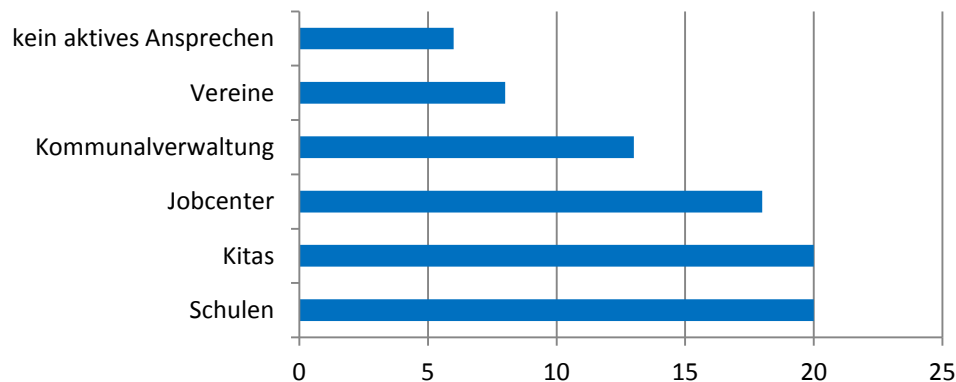


Quelle: eigene Darstellung

Die Ergebnisse, in Abb. 13 dargestellt, zeigten, dass das Bildungspaket in sechs Kommunen (28,57%) so gut wie nie, in zehn Kommunen (47,62%) einmal pro Jahr und in fünf Kommunen (23,81%) sogar zwei- bis dreimal pro Jahr in den Gremien vertreten war. Jedoch war bei einem Viertel aller Kommunen (7 Kommunen; 25%) das Bildungspaket gar nicht in den Gremien präsent.

Mit einer weiteren Frage wurde abgefragt, von welchen Akteuren in der Umgebung die Anspruchsberechtigten aktiv angesprochen wurden. In Abb. 14 wurde veranschaulicht, dass in 22 der befragten Kommunen (78,57%) die Anspruchsberechtigten aktiv auf die Leistungen des Bildungspakets angesprochen wurden. Die Akteure Schulen, Kindergärten und Jobcenter wurden jeweils zu über 80% genannt, die Kommunalverwaltungen zu rund 60% und die Vereine zu 36%.

Abb. 14: Akteure, die Anspruchsberechtigte aktiv ansprechen



Quelle: eigene Darstellung

Zudem wurde eine Reihe von weiteren Akteuren genannt, die ebenfalls aktiv auf Anspruchsberechtigte zugehen. Hierzu gehörten die Diakonie, soziale und freie Beratungsstellen, der Kinderschutzbund, das Kreisjugendamt, die Wohngeldstelle und Nachhilfeanbieter. Bei der Stadt Ulm sprachen alle vorgegebenen Akteure die Anspruchsberechtigten aktiv an, zusätzliche Arbeit leistete insbesondere die Schulsozialarbeit.

Mit der letzten Frage „Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?“, hatten die Kommunen die Gelegenheit auf noch nicht angesprochene Themenbereiche einzugehen. Insgesamt kamen 28 Stellungnahmen zurück, die in vier Themengruppen zusammengefasst wurden. In der Stadt Ulm gab es aus Zeitmangel als auch personeller Unterbesetzung leider keine zusätzlichen Maßnahmen.

Die Themenfelder waren zusätzliche Bemühungen bei Erstbewilligungen und bei den Trägern selbst, sowie im Bereich der Öffentlichkeit. In der vierten Themengruppe ging es um die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren.

Beginnend mit den Bemühungen im Rahmen der Erstbewilligungen. In den Landkreisen Aichach-Friedberg und Altötting sowie der Stadt Pforz-

heim wurden bei den Erstbewilligungsanträgen der Grundleistungen die möglichen Anspruchsberechtigten auf das Bildungspaket hingewiesen, sie bekamen zusätzliche Informationen und teilweise die zuständigen Ansprechpartner mit Kontaktdaten genannt.

Bei den Trägern selbst gab es sieben Kommunen, die potentiell Anspruchsberechtigte Personen laufend anschrieben und auf die Leistungen des Bildungspakets hinwiesen, sowie Antragsformulare mitverschickten. Die Stadt Pforzheim verschickte zum Schuljahresbeginn an alle Familien, die leistungsberechtigt waren einen Informationsbrief, in dem insbesondere auf die Möglichkeiten der Leistungsförderung eingegangen wurde. Zu jedem Schuljahresende wurden alle bisherigen BuT-Empfänger (Wohngeld und Kinderzuschlag) ebenfalls schriftlich über den persönlichen Schulbedarf informiert. Diesem Brief wurden die nötigen Antragsformulare beigelegt. Drei Kommunen gaben an, dass im Rahmen der Bewilligungsbescheide bzw. Weiterbewilligungsbescheide der Grundleistungen zusätzliche Informationen und Flyer zum Bildungspaket mitverschickt wurden. Bei weiteren Trägern wurde Infomaterial an Familien mit Kindern verteilt, und durch Aushänge und mündliche Hinweise/Erläuterungen auf das Bildungspaket aufmerksam gemacht. Im Landkreis Miltenberg wurden bei telefonischer oder persönlicher Vorsprache mit den Leistungsberechtigten der komplette Bildungs- und Teilhabekatalog durchgegangen und geprüft, welche Leistungen für die Kinder der Familie in Frage kämen.

Die nächste Themengruppe befasste sich mit Netzwerken mit den anderen Akteuren. Ein Landkreis gab an, dass es Kooperationsbemühungen mit Schulen, Kindertagesstätten, Vereinen usw. gäbe sowie Aufklärungen über die Möglichkeiten durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Bei einem weiteren Landkreis wurden die zuständigen Sachbearbeiter der wirtschaftlichen Hilfen über die Weiterbewilligung von Familien mit Kindern informiert. Im Landkreis Donau-Ries wurden die Kita- und Schulleitungszusammenkünfte besucht. In Ingolstadt gab es ein Projekt mit der örtlichen

Volkshochschule zur Nachhilfe an Schulen, sowie die Vorstellung dieses Projekts und der anderen BuT-Leistungen in den Rektorenkonferenzen sowie eine gezielte Ansprache von Kita-Leiterinnen bezüglich der Ausflüge. Ein regelmäßiger und enger Kontakt insbesondere mit Schulen und Vereinen gab es bei der Stadt Offenbach, dies sei zum einen eine gute Werbung für das Bildungspaket als auch die Unterstützung zur Klärung von Fragen mit der Anwendung der dort vorhandenen „Bildungskarte“.

Im Bereich der Öffentlichkeit schrieben die Landkreise Mühldorf a. Inn und Vogelsbergkreis sowie die Stadt Pforzheim Presseberichte und -artikel. Das Landratsamt Mühldorf a. Inn habe zusätzlich noch Aushänge und besuchte Messen.

7 Stellungnahmen zu den Hypothesen

Die meisten meiner aufgestellten Hypothesen konnte ich anhand der Befragung überprüfen. Bei dem ersten Hypothesenpaar ging es darum, ob es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets gibt oder nicht. Mehr als ein Drittel der Befragten gaben Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets an. Dabei wurden viele verschiedene Bereiche genannt. Somit kann die Alternativhypothese als richtig angesehen werden.

Das zweite Hypothesenpaar befasste sich mit den freiwilligen Leistungen. Die Hypothese lautete: „Die Kommunen bieten die freiwilligen Leistungen an“. Die Alternativhypothese hingegen ging davon aus, dass viele Kommunen die freiwilligen Leistungen nicht anbieten. Diese Hypothesen wurden lediglich an den Beispielen der Übertragbarkeit der nicht ausgeschöpften Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum sowie an dem Angebot eines Globalantrags überprüft. Anhand dieser beiden Beispiele kann man annehmen, dass die Alternativhypothese erneut richtig ist. Bei beiden freiwilligen Leistungen gab es nur rund ein Drittel der Kommunen, die sie anboten.

Im vorletzten Hypothesenpaar ging es um die Beurteilungen der Schulen. Die Hypothese ging davon aus, dass diese für die Kommunen hilfreich sind und sie keinerlei Probleme damit haben. Die Alternativhypothese ging jedoch davon aus, dass viele Kommunen die Beurteilungen als hilfreich sehen, einige jedoch Probleme damit haben. Mehr als 75% der befragten Kommunen finden die Beurteilungen hilfreich, ein Drittel hat allerdings immer wieder Probleme damit. Zusätzliche Absprachen, zu großzügige Beurteilungen und nicht eindeutig bzw. unvollständig ausgefüllte Formulare gehörten zu den meistgenannten Ursachen. Aus diesem Grund kann angenommen werden, dass die Alternativhypothese richtig ist.

Im letzten Hypothesenpaar mit der Nullhypothese: „Es gibt bei der Umsetzung des Bildungspakets bei der Stadt Ulm keinerlei Verbesserungsmöglichkeiten“ und der Alternativhypothese: „Die Stadt Ulm setzt das Bildungspaket bereits gut um, es wären jedoch in einigen Bereichen noch Verbesserungen möglich“ kann ebenfalls die Alternativhypothese als richtig angesehen werden.

8 Diskussion der Ergebnisse

In einem weiteren Schritt wurden die Ergebnisse der Hypothesen und besonders auffallende Ergebnisse ausführlich diskutiert und interpretiert. Dafür wurden insgesamt sieben Themengebiete aufgegriffen.

Annahmequote des Bildungspakets

Bei der Frage nach der Annahmequote der möglichen Anspruchsberechtigten kam wie bereits erwähnt, ein sehr zerstreutes Ergebnis heraus. Das zerstreute Ergebnis, die vielen fehlenden Antworten sowie die Begründungen per E-Mail, dass es für einige Kommunen nicht möglich wäre die genauen Zahlen anzugeben, lässt einen großen Freiraum zur Interpretation.

Um die Annahmequote zu berechnen, muss zunächst einmal die Anzahl der Anspruchsberechtigten ermittelt werden, die die Leistungen momentan in Anspruch nehmen. Diese wird dann mit der Zahl der möglichen Anspruchsberechtigten ins Verhältnis gesetzt. Das Bildungspaket besteht aus einer Vielzahl von Einzelleistungen. Jedes Kind beantragt verschiedene Leistungen gleichzeitig. Eine Leistung kann von einem Anspruchsberechtigten mehrfach beantragt werden, bspw. mehrtägige (Klassen-) Fahrten. Somit ist es sehr schwierig anhand der Inanspruchnahme von Teilleistungen Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Leistungsbezieher zu ziehen. Eine weitere Möglichkeit die Zahlen zu ermitteln, wäre über die Auszahlungen des persönlichen Schulbedarfs. Diese werden an jedes Kind automatisch ausbezahlt, wenn er zum Stichtag hilfebedürftig ist. Die Kinder der Kindertagesstätten oder Kindertagespflege sind jedoch nicht mit erfasst. Eindeutige Rückschlüsse anhand der Zahlung des persönlichen Schulbedarfes sind somit ebenfalls nicht möglich. Des Weiteren ist es nahezu unmöglich die Grundgesamtheit aller potentiellen Anspruchsberechtigten herauszufinden, dadurch ist es sehr schwierig belastbare Fallzahlen zu ermitteln. Es bleibt die Vermutung offen, dass einige Kommunen, die die Frage beantwortet haben, lediglich eine Schätzung der Auslastung angegeben haben. Damit wäre jedoch die Genauigkeit der Aussage der Ergebnisse fragwürdig.

Probleme bei der Umsetzung

Die zuvor aufgestellte Alternativhypothese kann als richtig angesehen werden, da zwölf der befragten Kommunen angaben, dass sie Probleme bei der Umsetzung haben. Auch die Stadt Ulm hat Probleme genannt. Dieses Ergebnis zeigt, dass es auf jeden Fall noch Verbesserungsmöglichkeiten bei der Umsetzung gibt. Die Stadt Ulm nennt bspw. das Problem, dass oftmals Nachfragen bei den Anbietern und Schulen erforderlich sind. Es erweckt den Anschein, dass sie noch nicht ausreichend über das Bildungspaket informiert sind und es immer noch offene Fragen gibt.

Das es mit den Anspruchsberechtigten an sich Probleme geben wird, war abzusehen, wenn man sich die Klientel anschaut, welche hauptsächlich anspruchsberechtigt sind. Meist sind es Menschen mit einem niedrigen oder keinem Bildungsabschluss. Zudem kommt eine Reihe von Anspruchsberechtigten mit einem Migrationshintergrund dazu, die die deutsche Sprache teilweise nicht richtig beherrschen. Man kann davon ausgehen, dass sie aus diesen Gründen Probleme mit den Formularen und dem Antragsverfahren haben. Dies würde erklären, warum häufig bei Anspruchsberechtigten nachgefragt werden muss oder die Anträge unvollständig oder falsch ausgefüllt werden.

Einige Male wurden Unklarheiten und Probleme mit der Gesetzgebung genannt. Diese könnten Rückschlüsse auf Probleme des Prozessablaufs erkennen lassen, die eventuell durch eine fehlende Vorbereitung des Bildungspakets hervorgerufen wurden. Die Gesetzesentscheidung, die das Bildungspaket ins Leben gerufen hat, wurde im Februar 2010 getroffen. Bereits acht Monate später sollte sowohl eine Neuberechnung der Regelsätze als auch das Bildungspaket vollständig ausgearbeitet sein und ab dem Jahr 2011 deutschlandweit umgesetzt werden.¹¹ Eine erste Rohfassung des Bildungspakets wurde im September 2010 vorgelegt. In der Anfangsphase gab es immer wieder Ergänzungen und Änderungen bevor sowohl Bundesrat als auch Bundestag dem Gesetz zustimmten.¹² Bereits im August 2013 gab es die erste größere Gesetzesänderung, da der Deutsche Landkreistag eine Liste mit Änderungsvorschlägen vorlegte. Diese Liste an enthielt jedoch nur die zehn wichtigsten Änderungsvorschläge.¹³ Diese Vielzahl von Änderungen und Ergänzungen zeigen, dass in Bezug auf das Bildungspaket immer wieder Fragen und Probleme auftauchen. Somit war es zu erwarten, dass auch drei Jahre nach der Einführung immer noch Probleme oder Unklarheiten auftauchen. Jedoch können

¹¹ Vgl. Abschnitt 2 Ein kleiner Rückblick, Seite 2.

¹² Vgl. Abschnitt 2.1 Die ersten Schritte der Umsetzung der BVerfGE, Seite 2f.

¹³ Vgl. Abschnitt 2.3 Bund erleichtert die Umsetzung des Bildungspakets, Seite 4.

diese Probleme meist nicht von den Kommunen selbst behoben werden, da sie selbst in diesem Bereich keine gesetzgebende Kompetenz haben.

Freiwillige Leistungen der Kommune

Die freiwilligen Leistungen der Kommunen wurden, wie bereits erwähnt, anhand von zwei bestimmten Beispielen dargestellt. Da der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2012) in Bezug auf diese Dienstleistungen empfiehlt, dass die Kommunen sie umsetzen sollen, war es überraschend, dass die Alternativhypothese als richtig angesehen werden konnte. Die Stadt Ulm bietet bspw. an, dass nicht ausgeschöpfte Teilhabeleistungen in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden können. Jedoch bietet sie keinen Globalantrag an. Gerade bezüglich des Globalantrags wurde zusätzlich nach den Vor- und Nachteilen gefragt. Auffällig ist hier, dass die Kommunen die einen Globalantrag anbieten bis auf zwei Nachteile nur Vorteile sehen. Zudem werden die Vorteile der Kommunen mit Globalantrag von den Kommunen, die keinen Globalantrag haben oftmals ähnlich als Nachteil gesehen wie bspw. die Erleichterung des Verfahrens auf der einen Seite und der erhöhte Verwaltungsaufwand auf der anderen Seite. Des Weiteren sehen die Kommunen ohne Globalantrag sehr viel mehr Nachteile. Ziel der Maßnahme sollte sein, dass mehr Anspruchsberechtigte die Leistungen bekommen. Die Kommunen die den Globalantrag nicht anbieten, gehen davon aus, dass es lediglich mehr Verwaltungsaufwand sein wird, aber verhältnismäßig nicht viel mehr Kindern dadurch geholfen werden kann. Die anderen Kommunen hingegen arbeiten täglich mit dem Globalantrag und sagen, sie haben dadurch eine erhöhte Inanspruchnahme, weshalb es wiederum sinnvoll wäre ihn anzubieten.

Schülerbeförderung

Bei dem zumutbaren Eigenanteil der Schülerbeförderungskosten war davon auszugehen, dass sich die Kommunen an den im Gesetz genannten Eigenanteil halten. Dennoch gab es unerwartet vier Kommunen, die davon

abweichen und den Eigenanteil selbst festgelegt haben. Die Stadt Ulm liegt sowohl bei dem zumutbaren Eigenanteil als auch bei dem zumutbaren Schulweg im Durchschnitt. Aber es gibt einige Kommunen, die mehr Ausnahmeregelungen in Bezug auf den Schulweg treffen.

Lernförderung

Es war zu erwarten, dass einige Kommunen Probleme mit zu großzügigen Beurteilungen haben und somit die Alternativhypothese bestätigt wurde. Das oberste Ziel der Schulen ist, den Kindern Wissen zu vermitteln und sie gut zu dem gewünschten Schulabschluss zu führen. Aus diesem Grund ist es zu erwarten, dass viele Schulen sich grundsätzlich positiv für eine Lernförderung aussprechen, auch wenn diese nicht zwingend notwendig ist.

Hinwirkungsgebot

Im Bereich des Hinwirkungsgebots war es positiv auffallend, dass einige Kommunen bereits viel in dieser Hinsicht machen. Die Stadt Ulm bietet bis auf die Qualitätskontrolle der Lernförderungsanbieter, der diesbezüglichen Absprache mit dem Jugendamt, dem Globalantrag und Informationen für Anbieter einiges an. Jedoch ist dabei zu beachten, dass es hier auf den ersten Blick nicht sichtbare Unterschiede gibt. Die Qualität und Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen konnte anhand des Fragebogens nicht herausgefunden werden.

Umsetzung der Stadt Ulm

Die letzte Alternativhypothese, die als richtig angesehen werden kann, lautete: „Die Stadt Ulm setzt das Bildungspaket bereits gut um, es wären jedoch in einigen Bereichen noch Verbesserungen möglich“. Die Stadt Ulm bietet bereits freiwillige Maßnahmen an und setzt das Bildungspaket gut um. Bei den Ergebnissen der Befragung ist zu erkennen, dass sie meistens im Durchschnitt der befragten Kommunen liegt. Dennoch gibt es ein paar Bereiche, in denen die Stadt Ulm ihre Umsetzung des Bildungs-

pakets verbessern könnte. Hierfür wurden für die Stadt Ulm Handlungsempfehlungen herausgearbeitet.

9 Handlungsempfehlungen

In den folgenden Ausführungen wurde ein besonderer Wert darauf gelegt, konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadt Ulm herauszuarbeiten. Insgesamt können acht Handlungsempfehlungen gegeben werden, um das Bildungs- und Teilhabepaket optimal bei der Stadt Ulm umzusetzen:

1. Angebot eines Globalantrags

Viele der befragten Kommunen die einen Globalantrag anbieten, sehen darin kaum Nachteile. Das einzig standhafte Argument gegen einen Globalantrag ist, dass er einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich bringt. Dem steht jedoch gegenüber, dass es eine wesentliche Vereinfachung für die Anspruchsberechtigten darstellt. Das Ziel des Bildungspakets ist Kinder stärker in das gesellschaftliche Umfeld zu integrieren, darum sollte der Zugang zu den Leistungen so einfach wie möglich gestaltet werden. Geschieht dies nicht, sind die Kinder die leidtragenden. Mit einem Globalantrag kann erreicht werden, dass mehr Anspruchsberechtigte einen Antrag stellen und so mehr Kinder die Möglichkeiten des Bildungspakets nutzen können.

2. Ausnahmeregelungen bei der Schülerbeförderung ausweiten

Die Stadt Ulm berücksichtigt bei der Entscheidung über die Kostenübernahme der Schülerbeförderung bereits gesundheitliche Probleme der Kinder. Zusätzlich sollte sie die Länge des zumutbaren Schulweges für Grundschüler auf 1,5-2 Kilometer zurücksetzen und weitere Ausnahmen in Bezug auf die Gefährlichkeit eines Schulweges einräumen.

3. Informationsveranstaltung für Lehrer über die Leistung der Lernförderung

Die Beurteilungen der Schulen in Bezug auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Lernförderung sind zwar in den meisten Fällen hilfreich, dennoch gibt es immer wieder Probleme damit. Eine Infoveranstaltung für die betroffenen Lehrer und Schulleiter, bei der nochmals die wichtigsten Entscheidungskriterien erklärt werden, könnte dem entgegenwirken. Zudem wäre es hilfreich jeder Schule eine Infobroschüre zur Verfügung zu stellen, in der Hinweise zur Ausfüllung des Formulars stehen.

4. Qualitätskontrolle und Absprachen mit dem Jugendamt bezüglich der Geeignetheit der Lernförderungsanbieter

In der eben genannten Veranstaltung könnte zusätzlich darauf eingegangen werden, dass es notwendig wäre eine Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter nach der erfolgten Lernförderung durchzuführen. Diese kann beispielsweise durch eine Absprache mit den Lehrern erfolgen, die die Entwicklung der schulischen Leistungen des Kindes einschätzen können. Des Weiteren sollte eine Absprache mit dem Jugendamt über die Geeignetheit der Anbieter erfolgen. Dadurch sollen die Kinder vor privaten Anbietern geschützt werden, die die erforderliche Eignung, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit nicht erfüllen.

5. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Bildungspaket sollte auf jeden Fall verbessert werden. Bis jetzt wurde ihr nur ein geringer Stellenwert zugeordnet. Bereits durch regelmäßige Pressearbeit, kann die Bekanntheit des Bildungspakets ausgeweitet werden und eine höhere Inanspruchnahme erzielt werden. Beispielsweise ein jährlicher Bericht zu Beginn der Sommerferien im Gemeindeblatt könnte Anspruchsberechtigte darauf aufmerksam machen die Leistungen für Bildung und Teilhabe im kommenden Schuljahr für ihr Kind zu beantragen.

Außerdem sollte die Präsenz in den Gremien ausgebaut werden. In Ulm ist das Bildungspaket so gut wie nie in den Gremien. Bei vielen anderen Städten ist es zumindest ein- bis zweimal pro Jahr in den Gremien. Allein eine jährliche Übersicht, wie sich die Zahlen der Leistungsempfänger entwickelt haben, wäre eine hilfreiche Werbung für das Bildungspaket, dass es durch die Stadträte nach außen weiter bekannt gemacht wird. Dadurch soll erreicht werden, dass mehr Familien von den Leistungen des Bildungspakets erfahren und diese für ihre Kinder beantragen.

6. Beratungsgespräch und gemeinsame Erstantragsausfüllung

Um die Zahl der Antragsteller weiter zu erhöhen, sollte den Familien, die anspruchsberechtigt sind schon bei der Beantragung ihrer Grundleistungen ein Beratungsgespräch über die Bildungs- und Teilhabeleistungen angeboten werden. In diesem Gespräch können die Leistungen Schritt für Schritt durchgegangen werden um herauszufinden, welche Leistungen für die Kinder der Familie in Frage kommen. Danach sollte die Antragstellung erklärt werden und eine Hilfestellung beim Erstantrag angeboten werden. Dadurch würden die neuen Anspruchsberechtigten gleich auf das Bildungspaket aufmerksam gemacht und das Bildungspaket kann gleich mit beantragt werden.

7. Anschreiben in Bezug auf den persönlichen Schulbedarf

Da die Wohngeld- und Kinderzuschlagsbezieher den persönlichen Schulbedarf gesondert beantragen müssen, sollten sie zum Schuljahresende über eine Neuantragstellung informiert und das notwendige Antragsformular mitgeschickt werden. Zusätzlich sollten die Anspruchsberechtigten der anderen Grundleistungen ebenfalls während oder nach den Sommerferien angeschrieben werden, um sie erneut auf die Leistungen des Bildungspakets aufmerksam zu machen. Sinnvoll wäre es dem Schreiben die notwendigen Antragsformulare für alle Leistungen bzw. den Globalantrag mit zu schicken. Damit soll verhindert werden, dass die Anspruchsberechtigten vergessen einen neuen Antrag zu stellen.

8. Netzwerke aufbauen und ausbauen

Um die Bekanntheit des Bildungspakets möglichst auszuweiten und die Antragstellung zu fördern, ist es wichtig ein gut funktionierendes Netzwerk zwischen den verschiedenen Akteuren aufzubauen. Dieses sollte durch regelmäßigen Kontakt kontinuierlich gestärkt werden. Eine jährliche Veranstaltung für neue Lehrer und das neu hinzugekommene Personal der Kindertagesstätten zu Beginn des Schul-/Kindergartenjahres kann dabei helfen, auch die neuen Mitarbeiter über das Bildungspaket zu informieren. Zusätzlich wäre es sinnvoll den Akteuren eine Informationsbroschüre zur Verfügung zu stellen, in der sie nochmals nachlesen können, welche Leistungen angeboten werden, und wer sie wie und wo beantragen kann. Dadurch können die jeweiligen Akteure nicht nur über ihre eigenen Leistungen die sie anbieten informieren, sondern auch Hinweise auf weitere Bestandteile des Bildungspakets geben.

10 Fazit

Zusammenfassend ist das Bildungspaket auf jeden Fall eine Möglichkeit für Kinder aus einkommensschwachen Familien, sowohl eine Chancengleichheit als auch eine Zukunftsperspektive in ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu erlangen. Dennoch liegt es an den Trägern es so umzusetzen, dass es möglichst vielen Kindern erleichtert wird, die Leistungen in Anspruch zu nehmen. Diese Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der zu Beginn gestellten Frage, wie gut das Bildungspaket bereits bei der Stadt Ulm umgesetzt wird und in welchen Bereichen der Umsetzung und des Hinwirkungsgebots es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Um letztendlich an praxistaugliche Erkenntnisse zu gelangen, wurden zunächst die theoretischen Grundlagen für die wissenschaftliche Untersuchung geschaffen. Danach gab es einen kurzen Überblick, wie das Bildungspaket bei der Stadt Ulm organisiert ist. Durch eine empirische Untersuchung sollte die Umsetzung im Vergleich zu anderen Städten festgestellt werden. Hierfür wurden 37 kreisfreie Städte und Landkreise in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zu verschiedenen Themen befragt. Darauf auf-

bauend wurden aus den wesentlichen Erkenntnissen acht Handlungsempfehlungen für die Stadt Ulm entwickelt, die die bereits gute Umsetzung des Bildungspakets zu einem Best-Practice-Beispiel für andere Kommunen gestalten könnte.

Vor der Weiterverwendung der Daten sollte jedoch ein kritischer Blick auf das Vorgehen der Bachelorarbeit geworfen werden. Die Stichprobe erfasst die kreisfreien Städte und Landkreise der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit einer Einwohnerzahl von rund 106.000 bis 130.000 Einwohnern. Aus diesem Grund und durch die unterschiedlichen Strukturen und landesrechtlichen Bestimmungen in Deutschland können die Ergebnisse nicht auf die bundesweite Umsetzung des Bildungspakets übertragen werden. Gerade durch landesrechtliche Bestimmungen könnten einzelne Ergebnisse verfälscht werden. Bspw. hat Bayern spezielle Bestimmungen in Bezug auf die Schülerbeförderungskosten. Einige bayrische Kommunen haben deshalb die Fragen des Abschnitts der Schülerbeförderungskosten nicht beantwortet.

Außerdem ist bei den Ergebnissen nicht sichergestellt, ob diese vollständig und korrekt sind. Da die Fragebögen oftmals an eine einheitliche E-Mailadresse der Kommunen zur Weiterleitung an den zuständigen Mitarbeiter gesendet wurden, kann es sein, dass teilweise Sachbearbeiter kleiner Bereiche die Fragen beantwortet haben und teilweise Sozialamtsleiter usw., die die Angaben auf alle Anspruchsberechtigten in ihrer Kommune bezogen haben. Bspw. bei den Ergebnissen der Frage nach den Anspruchsberechtigten, die bereits Leistungen beziehen, stellt sich die Frage, ob sich die Antworten jeweils auf alle Anspruchsberechtigten der Grundleistungen bezieht oder nur auf Teilbereiche.

In Bezug auf die Handlungsempfehlungen ist zu beachten, dass sie lediglich Vorschläge für die Stadt Ulm sind, wie sie die Umsetzung des Bildungspakets verbessern könnte. Des Weiteren beziehen sie sich allein auf

die Stadtverwaltung Ulm und können nicht eins zu eins auf weitere Kommunen übertragen werden. Alle Ergebnisse und Handlungsempfehlungen basieren auf den Antworten der befragten Kommunen.

Im Hinblick auf eventuell folgende oder auf diese Bachelorarbeit aufbauende Befragungen sollte beachtet werden, dass teilweise eine genauere Untersuchung zu einzelnen Maßnahmen bzw. weitere Fragen zur Klärung der Antworten hilfreich gewesen wären. Dies kann bspw. durch zusätzliche Interviews oder durch detailliertere Fragebögen erfolgen. Zudem waren die meisten Fragebogenitems beschreibende Statistik. Sie geben oftmals nur an, ob es Maßnahmen gibt oder nicht. Rückschlüsse auf eine Begründung, warum sich eine Kommune für oder gegen eine Maßnahme entschieden hat, lassen sie nicht zu.

Anlagen

Anlage 1: Presseberichte aus dem Internet

BMAS (2010a), Pressemitteilung vom 05.07.2010

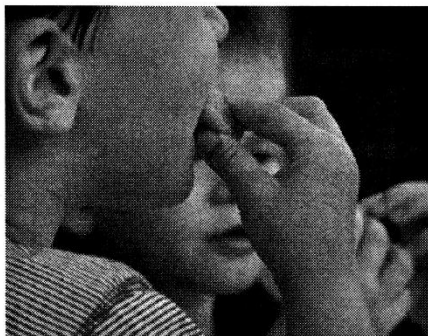


Bundesministerium für Arbeit und Soziales

[Startseite](#) [Service](#) [Presse](#) [Pressemitteilungen](#)

Von der Leyen: "Halbe Milliarde Euro ist ein Vertrauensvorschuss"

Bundesarbeitsministerin zum Haushaltsansatz für zusätzliche
Bildungsausgaben für Kinder in Hartz IV



Bundesarbeitsministerin Ursula von der
Leyen:

"Die Arbeitslosenzahlen sinken,
und das Konzept für die
Neuordnung der Hartz
IV-Regelsätze kann im Detail erst
im Herbst vorliegen. Da ist es ein
großer Vertrauensvorschuss, dass
die Regierung im Sommer über
die 20,9 Milliarden Euro für die
Hartz IV-Sätze hinaus bereits eine
halbe Milliarde Euro als Vorsorge

für zusätzliche Investitionen in die Bildung bedürftiger Kinder in den
Haushalt für 2011 eingeplant hat. Das kann heute nur ein grober
Schätzwert sein.

Die zusätzlichen Bildungsmittel sind Teil des im Haushalt veranschlagten
zusätzlichen 6 Milliarden Euro-Programms für Bildung. Wir werden den
Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, das menschenwürdige
Existenzminimum inklusive besserer Bildungs- und Teilhabechancen für
bedürftige Kinder sicherzustellen, Buchstabe für Buchstabe transparent
und nachvollziehbar umsetzen. Die zusätzlichen Bildungsleistungen für
Kinder stehen nicht im Ermessen des Staates, sie sind eine Verpflichtung,
die wir sehr ernst nehmen."

Das Bundesverfassungsgericht hatte der Bundesregierung im Februar
aufgegeben, die Hartz IV-Regelleistungen bis zum 1. Januar 2011 neu zu
berechnen und künftig auch den Bildungs- und Teilhabebedarf von Kindern mit
zu berücksichtigen. Die neuen Regelsätze (Geldleistung) können erst berechnet
werden, wenn im Herbst die Daten der neuen Einkommens- und
Verbraucherstichprobe durch das Statistische Bundesamt ausgewertet sind. Die
zusätzlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern in der
Grundsicherung, die bisher nicht in den Regelsätzen eingerechnet waren, sollen
künftig als Sach- oder Dienstleistung zum Kind kommen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet zurzeit mithilfe von Experten, Wissenschaftlern und Praktikern ein Konzept, das im Oktober ins Parlament eingebracht und im Dezember von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden soll. Vor Abschluss der regierungsinternen Beratungen und nach in diesem Monat stattfindenden Erörterungen auf Fachebene sollen (Ende August) die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände, die großen Sozialverbände sowie die Parteien auch auf Spitzenebene einbezogen werden.

Stand: 05.07.2010

© Bundesministerium für Arbeit und Soziales

BMAS (2010b), Pressemitteilung vom 20.10.2010



[Startseite](#) [Service](#) [Presse](#) [Pressemitteilungen](#)

"Gezielte Bildungsleistungen sind ein Riesenfortschritt für die Kinder"

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur SGB-II-Leistungsrechtsreform



Die Bundesregierung hat in der heutigen Kabinettsitzung den Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuches beschlossen.

Er soll bereits in der kommenden Woche auch von den Fraktionen in den Bundestag eingebracht und am 29. Oktober beraten werden.

Die 2./3. Lesung ist für Anfang Dezember geplant, die Bundesratsbefassung für den 26. November und 17. Dezember.

Parallel zum Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens sollen Vertreter der Regierungs- und der Oppositionsfraktionen sowie der Länder eingeladen werden, um auf dem Weg zum Bundesratsbeschluss Gemeinsamkeiten und Lösungswege auszuloten.

Ursula von der Leyen:

"Ich freue mich sehr, dass es trotz des enorm hohen Zeitdrucks nicht nur gelungen ist, die neu berechneten Regelsätze verfassungsfest zu errechnen. Nach einer vorgezogenen breiten Vorabstimmung mit Praktikern aus Ländern und Kommunen haben wir nun auch ein praxisnahes Konzept für das Bildungspaket, mit dem warmen Mittagessen, der Lernförderung, den Schulausflügen, dem Schulmaterial und dem Anspruch auf ein Sport-, Kultur- oder Musikangebot am Nachmittag. Dass wir nicht mehr länger nur Geld auszahlen, sondern uns kümmern, dass die Leistungen direkt zum Kind kommen, bedeutet einen Riesenfortschritt für die mittelfristigen Bildungs- und damit die Aufstiegschancen bedürftiger Kinder."

Der heute im Kabinett beschlossene Gesetzentwurf wurde im Rahmen der eigens zu diesem Zweck vorgezogenen Anhörungen an wichtigen Stellen von

den Ländern und Kommunen mit gestaltet.

Wesentliche Punkte gegenüber der bereits am 20. September vorgestellten ersten Rohfassung sind:

Zum Bildungspaket:

Von den Leistungen des Bildungspakets sollen künftig nicht nur die Kinder in der Grundsicherung profitieren, sondern auch die Kinder, die den Kinderzuschlag erhalten.

Ursula von der Leyen: "Das ist eine kluge Lösung, die harte Abbruchkanten vermeidet, denn auch die Familien an der Grenze zu Hartz IV brauchen jede Unterstützung bei der Bildung ihrer Kinder."

Anstelle der Jobcenter können sich auf entsprechenden Wunsch auch Kommunen mit der Umsetzung des Bildungspakets beauftragen lassen. Der Bund erstattet in diesem Fall der Kommune die Verwaltungskosten, die sonst den Job-Centern entstanden wären.

Ursula von der Leyen: "Vor Ort sollen sich die kümmern, die die besten Angebote für die Kinder kennen und sich die Aufgabe auch zutrauen. Steht die Kommune in der Verantwortung, kommt als weiterer Vorteil hinzu, dass alle Kinder, ganz egal ob sie die Grundsicherung oder den Kinderzuschlag beziehen, die Leistungen aus einer Hand erhalten."

Um den Kommunen bei der Ausgestaltung des Bildungspakets größtmögliche Gestaltungsfreiheit einzuräumen, wird neben der Abrechnung über Gutscheine die Direktüberweisung als gleichberechtigter Weg anerkannt.

Ursula von der Leyen: "Damit haben wir einen weiteren unkomplizierten und stigmatisierungsfreien Weg, über den die Sach- oder Dienstleistung zum Kind kommt."

"Schulnahe Lernförderung" soll nur dann erfolgen, wenn keine ausreichende reguläre schulische Lernförderung (für alle Kinder) angeboten wird. Die Lehrer stellen im Rahmen ihrer normalen laufenden Bewertungsverfahren den Förderbedarf für ein Kind fest.

Ursula von der Leyen: "Niemand weiß besser, wo es hakt, als der eigene Lehrer oder die Lehrerin. Deswegen ist es gut, dass sie feststellen, ob Förderbedarf besteht oder nicht und dass die Lernförderung schulnah stattfindet."

Das finanzielle Gesamtvolumen für die Leistungen des Bildungspakets beträgt rund 700 Millionen Euro in 2011 und 730 Millionen Euro in 2012 und 2013. Verwaltungskosten sind zusätzlich mit 135 Millionen Euro in 2011 und 110 Millionen Euro in 2012 und 2013 veranschlagt.

Ursula von der Leyen: "700 Millionen Euro netto, die gezielt in Bildung und Teilhabe bedürftiger Kinder fließen, sind ein Wort!"

Sonstige Regelungen:

Die so genannte "Satzungslösung", die es Kommunen ermöglicht, den Verwaltungsaufwand bei der Festsetzung der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose wesentlich zu vereinfachen, soll künftig auch für Menschen im Rechtskreis des SGB XII zur Verfügung stehen.

Ursula von der Leyen: "Etwa die Hälfte aller Klagen rund um Hartz IV betrifft die Unterkunftskosten. Mehr Klarheit an dieser Stelle wird auch helfen, unnötige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden."

Die neu bemessenen Regelbedarfe (alleinstehende Erwachsene: 364 Euro, Partner: 328, Kinder 0 bis unter 6 Jahre: 215 Euro, 6 bis unter 14 Jahre: 251 Euro, 14 bis unter 18 Jahre: 287 Euro) gelten gemäß den

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ab dem 1. Januar 2011. Die gebotene jährliche zeitnahe Anpassung wird auf Basis der bis Mitte 2011 eintretenden Entwicklung der Preise und Nettolöhne (Verhältnis 70:30) erstmals zum 1. Januar 2012 erfolgen.

Die Erwerbstätigenfreibeträge werden neu geregelt. Danach bleiben die ersten 100 Euro Hinzuverdienst für Transferempfänger als Freibetrag bestehen. Zwischen 100 und 1000 Euro Hinzuverdienst dürfen ALG II-Empfänger künftig 20 Prozent ihrer Einkünfte behalten. Darüber (bis zur Höhe von 1200 Euro, bzw. 1500 Euro für Haushalte mit Kindern) gilt weiterhin ein Selbstbehalt von 10 Prozent.

Das bedeutet eine Besserstellung im Bereich zwischen 800 und 1000 Euro gegenüber der geltenden Regelung (ab 800 Euro nur noch 10 Prozent). Der maximale Selbstbehalt steigt damit jeweils um 20 Euro von 280 auf 300 Euro (für Singles), bzw. von 310 auf 330 Euro für Familien mit Kindern. Die Neuregelung soll zum 1. Juli 2011 in Kraft treten. Ein weiterer Ausbau ist denkbar und soll Mitte 2012 geprüft werden. Ursula von der Leyen: "Damit setzt die Koalition Anreize für Aufstocker, mehr Stunden und damit vollzeitnäher zu arbeiten. Hartz IV darf kein Dauerzustand sein. Die Reform senkt weiter die Schwelle zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Arbeit."

Stand: 20.10.2010

Bundesrat (2010), Pressemitteilung vom 17.12.2010



17.12.2010

Hartz IV-Reform findet im Bundesrat keine Mehrheit

Die Länder haben in ihrer heutigen Plenarsitzung dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen für Hartz-IV-Empfänger nicht zugestimmt. Es kann damit vorerst nicht in Kraft treten.

Auf Wunsch der Bundesregierung wird sich nun der Vermittlungsausschuss mit dem Gesetz befassen. Dieser hat direkt im Anschluss an die Bundesratssitzung kurzfristig eine Arbeitsgruppe beauftragt, erste Kompromissmöglichkeiten zu sondieren.

Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Drucksache 789/10 (Beschluss)

605 Zeichen

Bundesrat (2011), Pressemitteilung vom 25.02.2011



25.02.2011

Bundesrat stimmt Hartz IV-Reform zu

Nur wenige Stunden, nachdem der Deutsche Bundestag den Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses vom vergangenen Mittwoch bestätigt hat, stimmten heute auch die Länder der geänderten Hartz IV-Reform zu. Damit hat der Bundesrat den Weg frei gemacht für die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuberechnung der Regelsätze.

Rückwirkend zum Jahresbeginn steigt der Bedarfssatz um fünf Euro, zum 1. Januar 2012 um weitere drei Euro - unabhängig von den notwendigen Anpassungen aufgrund der Preis- und Lohnentwicklung. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten als Übungsleiter werden zukünftig nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet. Außerdem stellt das geänderte Gesetz klar, dass die Kosten für dezentrale Warmwasserbereitung nicht zum Hartz IV-Regelsatz gehören und vom Bund übernommen werden.

Auch das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder wurde in den beiden Vermittlungsverfahren mehrmals erweitert. So erhalten zukünftig auch Kinder von Wohngeldempfängern Leistungen aus dem Paket. Bis 2013 stellt der Bund jährlich 400 Millionen Euro für kostenlose Mittagessen in Horten und für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Zuständig für das Bildungs- und Teilhabepaket sind allein die Kommunen. Sie erhalten die Kosten erstattet. In diesem Zusammenhang legt das geänderte Gesetz auch die Bundesbeteiligung an den Wohnkosten für Langzeitarbeitslose für die nächsten Jahre fest. Die Höhe der Beteiligungsquote hatte in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern geführt.

Hintergrund für die Zustimmung zu der erweiterten Hartz IV-Reform sind auch einige Erklärungen zu Protokoll des Vermittlungsausschusses, in denen die Bundesregierung den Ländern unter anderem zugesichert hatte, die Kosten für die Grundversicherung im Alter schrittweise und ab 2014 vollständig zu übernehmen. Weitere Protokollerklärungen befassen sich mit Mindestlöhnen im Wach- und Sicherheitsgewerbe, in der Weiterbildungsbranche und bei der Zeitarbeit sowie Verabredungen

für die Gemeindefinanzreform. Sie sind formal nicht Gegenstand des heute verabschiedeten Gesetzestextes, gelten jedoch als politische Geschäftsgrundlage der Abstimmung. In der heutigen Bundesratssitzung wurden sie nochmals vorgetragen.

Das Gesetz wird nun dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung zugeleitet. Ein konsolidierter Text mit allen eingearbeiteten Änderungen aus den beiden Vermittlungsverfahren ist erst mit Verkündung im Gesetzblatt erhältlich.

Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Drucksache 109/11 (Beschluss)

2.628 Zeichen

Deutscher Landkreistag (2013), Pressemitteilung vom 22.02.2013

■ Pressemitteilung vom 22. Februar 2013



Bund erleichtert Umsetzung des Bildungspaketes – Initiative des Landkreistages aufgegriffen

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, die verwaltungsmäßige Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zu erleichtern. Damit greift er eine Initiative des Deutschen Landkreistages auf. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Für die verantwortlichen

Landkreise wird es nun einfacher, bedürftigen Kindern Zuschüsse für die Mitgliedschaft in Sportvereinen, Musikschulunterricht oder kostenloses Schulessen zu gewähren. Weitere Änderungsvorschläge des Deutschen Landkreistages bleiben hingegen auf der politischen Agenda.“

Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes erfordere einen ganz erheblichen Verwaltungsaufwand, so Henneke. Dieser beruhe nur zum Teil darauf, dass die Leistungen als Sachleistungen gewährt würden, die per se einen höheren Verwaltungsaufwand erforderten als Geldleistungen. „Vielfach sind die zu komplexen Gesetzesformulierungen Ursache für den unverhältnismäßig hohen Aufwand.“

Der Deutsche Landkreistag hatte daher im vergangenen Jahr eine Liste der zehn wichtigsten Änderungsvorschläge zusammengetragen und beim Runden Tisch Bildungspaket bei Bundesministerin von der Leyen im letzten Jahr eingebracht. „Die Bundesministerin hat diese Initiative aufgegriffen und gesetzliche Regelungen zur Rechtsvereinfachung noch in dieser Legislaturperiode zugesagt“, so Henneke. Nunmehr habe der Deutsche Bundestag eine Reihe von Änderungen beschlossen, die im Wesentlichen folgende Punkte umfassen:

- Die Landkreise können für Klassenfahrten und Schulausflüge auch Geldleistungen gewähren. Dies erleichtert deutlich die Abrechnung bei kleineren Beträgen.
- Unter bestimmten Voraussetzungen können den Eltern für Zwecke des Bildungspaketes ausgelegte Mittel erstattet werden.
- Als Eigenleistung bei der Schülerbeförderung wird pauschal ein Betrag von 5 Euro monatlich festgelegt. Damit entfallen die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Ermittlung des im Regelsatz enthaltenen Anteils für die Schülerbeförderung.
- Die 10 Euro für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft dürfen im Ausnahmefall auch für Ausrüstungsgegenstände o. ä. verwendet werden. Außerdem wirkt der Antrag auf den Beginn des aktuellen Bewilligungszeitraums zurück. Das erleichtert das Ansparen der Mittel.
- Entsprechende Änderungen werden für den Bereich der Sozialhilfe und für Kinder im Bezug von Wohngeld und Kinderzuschlag vorgenommen.

„Im Übrigen erachtet der Deutsche Landkreistag das Bildungspaket insgesamt für gut umgesetzt. Allerdings ist auch festzustellen, dass vielerorts der Bedarf gar nicht gegeben ist. Dies zeugt davon, dass viele der im Bildungspaket vorgesehenen Leistungen bereits kostenlos erbracht werden“, erläuterte der DLT-Hauptgeschäftsführer. So sei etwa die Schülerbeförderung oft ohnehin kostenlos. Ähnlich verhalte es sich mancherorts bei den Kosten für ein warmes Mittagessen an den Schulen.

Sämtliche Änderungsvorschläge des Deutschen Landkreistages zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes beim Bildungspakt sind in diesem Papier zusammengefasst.

Anlage 2: Flyer von BMAS für Partner, Vereine, Schulen und Kitas



Das ist drin im Bildungspaket

► **Kultur, Sport und Freizeit:** Bedürftige Kinder sollen nicht ausgeschlossen sein, sondern mitmachen können. Deswegen wird zum Beispiel der Beitrag für den Sportverein oder für die Musikschule in Höhe von monatlich bis zu 10 Euro übernommen.

► **Schulbedarf:** Damit bedürftige Kinder mit den nötigen Lernmaterialien ausgestattet sind, wird ihnen zweimal jährlich ein Zuschuss überwiesen – zu Beginn des Schuljahres 70 Euro und zum zweiten Halbjahr 30 Euro, insgesamt also 100 Euro.

► **Schülerbeförderung:** Insbesondere wer eine weiterführende Schule besucht, hat oft einen weiten Schulweg. Sind die Beförderungskosten erforderlich, können sie nicht aus dem Regelbedarf bestritten werden und werden sie nicht anderweitig übernommen, werden diese Ausgaben erstattet.

► **Lernförderung:** Bedürftige Schülerinnen und Schüler können angemessene Lernförderung in Anspruch nehmen, wenn nur dadurch das Lernziel – in der Regel die Versetzung in die nächste Klasse – erreicht werden kann. Voraussetzung ist, dass die Schule den Bedarf bestätigt und keine vergleichbaren schulischen Angebote bestehen.

► **Mittagessen in Kita, Schule und Hort:** Einen Zuschuss fürs gemeinsame Mittagessen gibt es dann, wenn Kita, Schule oder Hort ein entsprechendes Angebot bereitstellen. Der verbleibende Eigenanteil der Eltern liegt bei einem Euro pro Tag.

► **Tagesausflüge und Klassenfahrten:** Eintägige Ausflüge in Schulen und Kitas werden zusätzlich finanziert. Die Kosten mehrtägiger Klassenfahrten werden wie bisher erstattet.

Hier finden Sie weitere Informationen

Kinder und Jugendliche sollen sich ausprobieren können, neue Erfahrungen sammeln und ihre Talente entdecken. Deshalb macht das Bildungspaket jetzt Mitmachen möglich.

Wenden Sie sich bei Fragen an Ihre Kreis- oder Stadtverwaltung. Dort hilft man Ihnen gerne weiter. Allgemeine Informationen zum Bildungspaket erhalten Sie auch beim Bürgertelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter **0180 5 / 67 67 21*** und unter **www.bildungspaket.bmas.de**.

Wenn Sie diesen Flyer bestellen möchten:

Best.-Nr.: A 857
Telefon: 0180 5 / 77 80 90*
Telefax: 0180 5 / 77 80 94*

Schriftlich: Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmas.de

Herausgeber:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Referat Öffentlichkeitsarbeit und Internet
10117 Berlin

Stand: November 2011

Bildquellen:
Fotograf: Sven Schrader

*Festpreis 14 Cent/Min. aus den Festnetzen und maximal 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.



Mitmachen möglich machen

Mehr Chancen für 2,5 Millionen Kinder

Seit 2011 haben 2,5 Millionen bedürftige Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen – bei Schulausflügen, beim Mittagessen in Schule, Hort und Kita sowie bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen. Denn das neue Bildungspaket der Bundesregierung unterstützt gezielt Kinder und Jugendliche und eröffnet ihnen so Lebens- und Entwicklungschancen. Es gilt für alle, deren Eltern nach dem SGB II leistungsberechtigt sind (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem SGB XII oder nach § 2 AsylbLG erhalten, Wohngeld oder den Kinderzuschlag nach dem BKGG beziehen. Auch Leistungsbeerechtigte nach § 3 AsylbLG können einen Anspruch auf das Bildungspaket haben.

Jetzt ist Engagement gefragt

Jetzt kommt es darauf an, dass engagierte, kreative und tatkräftige Menschen in Schulen, Kitas, Vereinen und bei freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe die Chance ergreifen und aktiv werden, um Kindern bundesweit das Mitmachen zu ermöglichen. Denn wirklich erfolgreich wird das Bildungspaket nur, wenn es vor Ort mit Leben gefüllt wird.

Kommunen sind zentraler Ansprechpartner

Trägerschaft und Umsetzung für das Bildungspaket liegen bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Ob Vereine, Theatergruppen oder Nachhilfelehrer: Wer beim Bildungspaket mitmachen und ein Angebot für bedürftige Kinder und Jugendliche bereitstellen möchte, sollte sich zuerst an die Kreis- oder Stadtverwaltung wenden.

So schaffen Sie Angebote zum Mitmachen

► **Suchen Sie sich Partner:** Egal, ob Sie in einem Verein, einer Schule, einer Kita oder bei einem freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind: Das Wichtigste ist, dass Sie jetzt miteinander und mit den Verantwortlichen bei der Kreis- oder Stadtverwaltung ins Gespräch kommen.

► **Vernetzen Sie sich:** Vor Ort gibt es bereits starke, etablierte Netzwerke der Zusammenarbeit – wie runde Tische, spezielle Datenbanken oder regionale Kooperationen. Überlegen Sie gemeinsam, was vor Ort möglich ist und wie man die Angebote gestaltet, damit sie von möglichst vielen Kindern genutzt werden. Wenn Sie als Verein ein gutes Angebot haben, wenden Sie sich an die Ansprechpartnerin oder den Ansprechpartner zum Bildungspaket in der Kreis- oder Stadtverwaltung.

► **So rechnen Sie ab:** Für die Leistungsabrechnung und Kostenerstattung gibt es unterschiedliche Varianten. Die Kreise und kreisfreien Städte bestimmen vor Ort das Verfahren und informieren Bürgerinnen und Bürger sowie die Partner darüber.



So informieren Sie Eltern, Kinder und Jugendliche

► **Helfen Sie mit, dass bedürftige Kinder die Leistungen auch bekommen:** Nicht alle Eltern kennen die neuen Möglichkeiten, die das Bildungspaket eröffnet. Doch können wir alle dazu beitragen, dass kein bedürftiges Kind ausgeschlossen wird.

- Sprechen Sie die Eltern, Kinder und Jugendlichen aktiv an!
- Informieren Sie sie über die neuen Angebote!
- Helfen Sie ihnen, das richtige auszuwählen und Anträge zu stellen!
- Geben Sie den Familien möglichst schriftliche Unterlagen, Belege und Anmeldungen an die Hand!

Die Umsetzung des Bildungspakets wird vor Ort in den Kreisen und kreisfreien Städten organisiert und kann gegebenenfalls von den dargestellten Verfahren abweichen. Grundsätzlich gilt jedoch:

► **Wer Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bekommt,** wendet sich für Leistungen aus dem Bildungspaket in der Regel an das Jobcenter. Dort wird es von den Kreisen und kreisfreien Städten umgesetzt. Auch bei Fragen zur Regelleistung (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) bleibt das Jobcenter für diese Familien der Ansprechpartner. Dort stellen sie ihren Antrag und von dort wird ihnen monatlich das Geld überwiesen.

► **Für Familien, die Wohngeld, den Kinderzuschlag, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem AsylbLG erhalten,** sind die Jobcenter nicht zuständig. Die Kreise oder kreisfreien Städte (erreichbar z. B. im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) nennen diesen Familien den richtigen Ansprechpartner.

Anlage 3: Beschlussvorlage, Rückübertragung der „kommunalen Aufgaben“ vom Jobcenter an den Fachbereich Bildung und Soziales

Stadt Ulm
Beschlussvorlage



Sachbearbeitung	ABI - Ältere, Behinderte und Integration		
Datum	22.11.2013		
Geschäftszeichen	ABI-AL / JCU-GF		
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales	Sitzung am 11.12.2013	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 456/13

Betreff: Rückübertragung der "kommunalen Aufgaben" sowie der Aufgaben "Bildung und Teilhabe" vom Jobcenter an den Fachbereich Bildung und Soziales

Anlagen: 1

Antrag:

Den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Walter Lang

Monika Keil

Genehmigt:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des
<u>BM 2.C 2.ZS/P, ZS/E</u>	Gemeinderats:
	Eingang OB/G
	Versand an GR
	Niederschrift §
	Anlage Nr.

Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	ja
Auswirkungen auf den Stellenplan:	ja

Ausführungen dazu befinden sich unter Ziff. 3

1. Zuständige Träger

Träger der Leistungen der Bildung und Teilhabe (BuT) sind sowohl in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als auch in der Sozialhilfe die Kreise und kreisfreien Städte (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB II sowie § 3 Absatz 1 und 2 SGB XII).

Die zuständigen Träger für Bezieher von Kinderzuschlag (KiZ) und Wohngeld (WoG) werden von den Ländern bestimmt (vgl. § 13 Absatz 4 des Bundeskindergeldgesetzes – BKGG). In Baden Württemberg wurde die Aufgabe den kreisfreien Städten und Landkreisen übertragen.

Die Gesamtsteuerung für die Angebote (Schülerbeförderung, Nachhilfe, Mittagessensangebote, Freizeit- und Sportangebote) liegt bei der Kommune.

Die Finanzierungszuständigkeit liegt bei der Kommune. Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen wurde über die Kostenerstattung für andere Sozialleistungen geregelt:

- Der Bund übernimmt die Kosten der Grundsicherung für Ältere (ABI)
- Es gab Kostenzusagen für zusätzliche Schulsozialarbeiter (FAM)
- Es gab eine befristete Kostenübernahme für Hortmittagessen (FAM)
- Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft wurde erhöht
- Die Kostenbeteiligung wird ab 2014 durch Gesetz neu geregelt (Bundesrevision)

a. Aufgabenwahrnehmung im SGB II

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende nehmen in der Regel die Jobcenter als gemeinsame Einrichtung der Agenturen für Arbeit und der Kreise bzw. kreisfreien Städte die Aufgaben der Träger wahr.

Weil es sich dabei um eine kommunale Aufgabe handelt, wurde der Verwaltungskostenanteil der Kommunen an den Gesamtverwaltungskosten des Jobcenters dauerhaft von 12,6 auf 15,2 % erhöht.

Das SGB II sieht die Möglichkeit vor, dass die gemeinsamen Einrichtungen durch einen beschließenden Beschluss der Trägerversammlung einzelne Aufgaben des SGB II durch die Träger oder Dritte wahrnehmen lassen können.

Nach einer Erhebung eines Forschungsinstituts (ISG) im Auftrag des BMAS im Jahr 2012 haben bundesweit ca. 50 % der Jobcenter von der Möglichkeit einer teilweisen oder ganzen Rückübertragung der Leistungen des BuT im SGB II an die Kommune Gebrauch gemacht.

b. Aufgabenwahrnehmung für andere Berechtigte (KiZ- und WoG, AsylbLG, SGB XII)

Eine Aufgabenübertragung SGBII-fremder BuT-Leistungen durch Landesverordnung auf die Jobcenter ist rechtlich unzulässig. Zum einen sind die Jobcenter keine Leistungsträger, das sind nur die Landkreise und im Fall der gemeinsamen Einrichtungen auch die BA. Zum andern käme es in den gemeinsamen Einrichtungen zu einer unzulässigen Mischverwaltung. Art. 91e GG hat die Mischverwaltung aber nur für den Bereich des SGB II zugelassen.

Die Vorgaben des Bundes wurden zunächst im Bund-Länderausschuss zum SGB II heftig diskutiert und von den kommunalen Spitzenverbänden kritisiert, aber letztlich ab 01.01.2013 akzeptiert.

2. Regelung in Ulm bis zum 30.06.13

a. bis 31.12.2011 (vor Gründung der gE)

Bei Einführung der BuT-Leistungen während der getrennten Trägerschaft war Ulm ebenso wie eine Optionskommune frei in der organisatorischen Zuordnung der neuen kommunalen Leistungen. Entsprechend der Produktverantwortung für Transferleistungen und Soziale Vergünstigungen wurde die Gewährung der BuT-Leistungen ohne Differenzierung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Abteilung ESI zugeordnet.

Die Administration erfolgte mit der kommunalen Software OPEN Prosoz.

In der Vorbereitungsphase der gemeinsamen Einrichtung bestanden allerdings bereits Zweifel daran, ob diese Organisationsform mit Errichtung des gemeinsamen Jobcenters fortbestehen könnte.

b. ab 01.01.12 (Gründung des Jobcenters)

Die bewährte einheitliche Anlaufstelle sollte mit Gründung des neuen Jobcenters beibehalten werden. Mit Blick auf die damals noch unzureichend entwickelte BA-Software sollte auch die kommunale Software für die BuT-Bearbeitung weiter genutzt werden. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine funktionierende Bundessoftware zur Administration von BuT in gemeinsamen Einrichtungen.

Die Trägerversammlung Ulm hatte in ihrer Sitzung vom 11.01.2012 beschlossen, „im Jobcenter eine gemeinsame Anlaufstelle zur Bearbeitung der Anträge auf Bildung und Teilhabe für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, Kinderzuschlag und Wohngeld zu errichten.“

Auf der Basis dieses Beschlusses wurde die einheitliche Bearbeitung für SGBII-, KiZ- und WoG-Fälle unter dem Dach des Jobcenters fortgesetzt.

Die AA hat mit Hinweis auf eine unzulässige Mischverwaltung der direkten Anbindung einer gemeinsamen Anlaufstelle an die Geschäftsführung des Jobcenters nicht zugestimmt. Deshalb wurde auf Rechnung der Stadt ein Sachgebiet im Jobcenter als „kommunaler Strang“ ausgestaltet, in dem eine einheitliche Anlaufstelle eingerichtet und weitere rein kommunale Haushalts- und Steuerungsaufgaben erledigt wurden.

- Für die Gewährung von Leistungen an KiZ- und Wohngeldempfänger sowie für Öffentlichkeitsarbeit und Verhandlungen mit Anbietern finanzierte die Stadt eine Stelle

des gehobenen Verwaltungsdienstes (EG 09) und stellte dafür einen Mitarbeiter zur Verfügung.

- Das Jobcenter ordnete jeweils eine dem Jobcenter zugewiesene Fachkraft der Leistungsgewährung der gemeinsamen Anlaufstelle zu. Zurzeit übt die Funktion ein kommunaler Beamter des gehobenen Verwaltungsdienstes aus.
- Zur Verwaltungsvereinfachung bei Rechtskreiswechslern (z.B. Wegfall von Alg2-Bezug nach Arbeitsaufnahme und ergänzendem Wohngeldbezug) vereinbarten die Träger die Abwicklung der Leistungen mit kommunaler Software. Die Kosten der Verfahrensadministration (IUK) übernahm die Stadt.
- Die Planung und Bewirtschaftung des kommunalen Haushalts im Profitcenter 3210-630 wurde vorübergehend dem Jobcenter übertragen. Davon umfasst war das monatliche Reporting (VIS), die periodische Abrechnung der vorabdotierten Transferleistungen der Stadt und die damit verbundene Überweisung und Pflege der Einzelpositionen in SAP, die Abrechnung der Bundesbeteiligung für KdU auf Rechnung der Stadt sowie die Bereitstellung und Aufbereitung von Daten für die kommunale Steuerung.
- Darüber hinaus waren im kommunalen Strang der Aufbau und die Betreuung der IT-Schnittstelle des Jobcenters mit der Stadt über eine Citrix-Client-Lösung und die Benutzerverwaltung kommunaler Beschäftigter in das Stadtnetz angesiedelt.
- Für die übergreifenden Aufgaben finanzierte die Stadt 50 % der Stelle des Haushaltsbeauftragten des Jobcenters (A12) sowie zunächst befristet bis 31.12.2013 die Stelle einer Haushalts- und IUK-Sachbearbeiterin A10. Nach Ablauf der Befristung sollte geprüft werden, ob sich die organisatorische Anbindung an das Jobcenter bewährt hatte.

3. Neuregelung ab 01.07.13

Nach Einigung auf Bundesebene über eine restriktive Auslegung der Vorgaben zur Erledigung SGBII-fremder Aufgaben in den Jobcentern wurde die Nutzung kommunaler Software für SGBII-Empfänger in der gemeinsamen Einrichtung untersagt. Die Beibehaltung der in Ulm bewährten Praxis war nur unter der Voraussetzung einer organisatorischen Trennung vom Jobcenter und der Angliederung an eine städt. Abteilung möglich. Die Trägerversammlung des Jobcenters hat deshalb am 25.07.13 die Rückübertragung der Aufgaben Bildung und Teilhabe an die Stadt beschlossen.

Eine gemeinsame Überprüfung der kommunalen Steuerungs- und Bewirtschaftungsaufgaben im Jobcenter führte zu dem Ergebnis, mit Blick auf mögliche Interessenkollisionen auch hier die Mischverwaltung aufzulösen und diese Aufgaben künftig in der Sozialverwaltung anzusiedeln.

Von der Neuregelung betroffen sind insgesamt 4,0 Stellen, von denen 1,5 Stellen neu im Stellenplan beantragt wurden.

Stellenplannummer		Umfang	derzeitiger Stelleninhaber	künftiger Stelleninhaber	Finanzierung
Stadt Ulm - FB BuS					
511.0200.015 Neuschaffung	A 12	0,5	Kommunale Steuerung SGB II	n.n.	bisher kommunal finanziert im Jobcenter
521.1000.020 Umschichten	A 10	1,0	HH-Bearbeiter	HH- Bearbeiter	Bereits kommunal finanziert
521.3000.065 Umschichten	E 09	1,0	SB kommunal	SB kommunal	Bereits kommunal finanziert
511.1000.092 Neuschaffen	A 11 ku A 08	1,0	SB Jobcenter	SB kommunal	Refinanzierung durch JCU - Vereinbarung
JCU Ulm					
521.1000.010	A 12	0,5	BfdH Jobcenter	BfdH Jobcenter wie bisher	Bisher kommunal finanziert, künftig Jobcenterhaushalt

Die Einzelheiten der Rückabwicklung werden bis zum Jahresende zwischen dem Fachbereich und dem Jobcenter vereinbart. Das Jobcenter leistet für die Bearbeitung der Leistungen Bildung und Teilhabe nach SGB II einen Kostenersatz in Höhe von 90.000 € p.a. an die Stadt. Damit ist die Stelle 511.1000.092 refinanziert.

4. Neuregelung ab 01.01.2014

Auf Grundlage des Beschlusses der Trägerversammlung vom 25.07.2013 zur Rückübertragung der kommunalen Aufgaben sowie der Aufgaben „Bildung und Teilhabe“ an die Stadt Ulm hat der Oberbürgermeister mit Verfügung vom 20.11.2013 festgelegt, dass diese bisher vom JCU wahrgenommenen Aufgaben zur Abteilung Ältere, Behinderte und Integration (ABI) übertragen werden.

Durch die Aufgabenübertragung ergeben sich keine Änderungen der Organisationsstruktur und der Kurzbezeichnungen bei ABI. Die Stellen werden mit Wirkung zum 01.01.2014 in die bestehende Struktur integriert.

Wie unter Ziff. 4 dargestellt, sind im Stellenplan des Fachbereiches Bildung und Soziales (BuS) von der Rückübertragung insgesamt 3,5 Stellen betroffen, von denen 1,5 Stellen für den Stellenplan 2014 neu beantragt wurden. Die Refinanzierung der neu geschaffenen Stellen erfolgt vollständig durch Mittelumschichtung vom oder durch Kostenerstattung vom JCU.

Auf zwei dieser Stellen werden wie bisher die Anträge auf Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) bearbeitet. Die beiden Mitarbeiter haben ihren Dienstsitz weiterhin in der Schwamberger Str. 1. Sie werden dem ABI-Sachgebiet „Finanzen und Organisation“ (ABI-SG 1) zugeordnet, in dem u.a. auch die Leistungen „Soziale Vergünstigungen“ erbracht werden.

Die Stelle „Finanzen, Organisation und Verfahrensadministration/IuK“ wird ebenfalls dem ABI-SG 1 zugeordnet. Die Mitarbeiterin hat aus Gründen der Zusammenführung gleichartiger Aufgaben künftig ihren Dienstsitz in der Olgastr. 152/5.OG

Ebenfalls aus Gründen der Zusammenführung vergleichbarer Aufgaben wechseln die drei Mitarbeiter/-innen aus dem Aufgabenfeld „Soziale Vergünstigungen“ in die Schwamberger Str. 1 in die Nachbarschaft der BuT Mitarbeiter.

Die noch nicht besetzte 0,5 Planstelle „Steuerung und Entwicklung kommunaler Eingliederungsleistungen“ wird der ABI-Abteilungsleitung (Olgastr. 152/5. OG) zugeordnet.

Anlage 4: Bildung und Teilhabe (BuT) - Kurzbericht 2014

Bildung und Teilhabe (BuT) - Kurzbericht 2014

1. *Einleitung*

Der Kurzbericht stellt anhand von beispielhaften Auswertungen die Entwicklung der Bildungs- und Teilhabeleistungen seit Mitte 2012 bis zum heutigen Zeitpunkt dar. Es handelt sich hierbei um eine Analyse aus den Personendaten und den zugehörigen Bedarfen. Die zugehörigen Finanzzahlen, soweit abgebildet, stammen aus SAP.

2. *Grundsätzliches*

Seit Januar 2014 wird BuT mit Ausnahme des Schulbedarfs im SGB II von der Abteilung ABI bearbeitet.

Die Ziele von BuT sind:

- Zielgerichtete Leistungen zur stärkeren Integration bedürftiger Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft.
- Eröffnung von besseren Bildungs- und Entwicklungschancen und Möglichkeit zur Teilnahme an Lern- und Freizeitangeboten.
- BuT als materielle Basis für Chancengerechtigkeit.
- Schlüsselfunktion der Bildung zur nachhaltigen Überwindung von Hilfebedürftigkeit und für zukünftige Lebenschancen.

Hauptaufgabe ist die hierbei Umsetzung des Rechtsanspruches für Kinder und Jugendliche zur Inanspruchnahme des abschließenden Leistungskatalogs BuT.

Dies bedeutet die Gewährung von Leistung und umfassende Beratung bei:

- Schulausflügen und mehrtägigen Klassenfahrten
- Schulbedarf
- Schülerbeförderung
- Lernförderung
- Mittagessen
- Soziale und kulturelle Teilhabe

Von BuT werden in der Schwambergerstraße 1 (Jobcenter) die Rechtskreise SGB II (ohne Schulbedarf), BKGG (Wohngeld und Kinderzu-

schlag) sowie SGB XII (einschließlich Pflegekinder) bearbeitet. Die Bearbeitung für Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erfolgt bei ABI in der Römerstraße.

3. **Organisatorisches**

Die zum 01.01 2014 reorganisierte BuT Stelle ist vertraglich zwischen Stadt Ulm und dem Jobcenter geregelt. Der Leistungsumfang, die zuständige Widerspruchsstelle aber auch die Personalbemessung und der Sitz von BuT wurden hier festgelegt.

Personelle Ausstattung

- Teamleitung Frau Stetter (prozentualer Stellenanteil)
- Verfahrensadministration Frau Morlock (prozentualer Stellenanteil)
- Sachbearbeitung Herr Junginger (Vollzeit)
- Sachbearbeitung Herr Riedel (Vollzeit)

Der Fallbestand BuT setzt sich zu 2/3 aus SGB II Beziehern und zu 1/3 aus Beziehern anderer Transferleistungen zusammen. Alle drei großen Träger - Jobcenter, Wohngeldstelle und Familienkasse befinden sich in unmittelbarer Nähe der zentralen Anlaufstelle BuT.

Die Bildungs- und Teilhabeleistungen Schulbedarf SGB II wurde nicht an die Kommune rückübertragen. Die Bearbeitung erfolgt im Jobcenter.

Für die Öffentlichkeitsarbeit nutzt die zentrale Anlaufstelle BuT selbst erstellte Flyer, Broschüren des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, eigene Übersichten, Presseinformationen z.B. im ProWest und im Böfinger Bürgerblättle, den eigenen Newsletter sowie einen überarbeiteten Internetauftritt. Hier können auch die jeweils aktuellen Antragsformulare abgerufen werden.

Die zentrale Anlaufstelle kann in allen Fällen Auskunft geben. Über die zentrale Hotline und das zentrale Emailpostfach sowie durch großzügige Öffnungszeiten wird für ein Maximum an Erreichbarkeit Sorge getra-

gen. Weder bei Rechtskreiswechsel noch bei Umzügen sind Veränderungen für die Kunden wahrnehmbar.

Im Rahmen einer Kundenbefragung im September 2012 erzielte die zentrale Anlaufstelle in den Bereichen Beratung, Bearbeitung und Antragsstellung durchweg positive Rückmeldungen aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten.

4. **Aspekte aus der aktuellen Praxis**

Die Abrechnung der Mittagessenzuschüsse der Anbieter ist zentral über ein Online Verfahren organisiert. Die zuständigen Sachbearbeiter prüfen die Richtigkeit der Abrechnung für gesamten Fallbestand und die Verfahrensadministration überweist dann den Rechnungsbetrag. Die Verhandlungen mit den Anbietern über den Leistungsumfang und Regelungen des Ablaufs führt die Sachbearbeitung.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten weiß der Kreis der Anspruchsberechtigten nun, dass die BuT Leistungen Antragsstellung erfordern. Der Kundenkreis SGB II nutzt hier seine Termine mit dem Jobcenter um gleichzeitig auch BuT zu beantragen. Auffallend ist, dass gerade bei der Weiterbewilligungsbeantragung SGB II die Kunden auch gleich bei BuT vorsprechen. Es erfordert für die Kundschaft keinen weiteren Weg zu einer anderen Stelle. Auch die Wohngeldempfänger und Kinderzuschlagsempfänger verfahren nach diesem Muster.

Von der Wichernstraße oder der Münchnerstraße in die Schwamberstraße zu gehen ist ein kurzer Weg. Auch und gerade, wenn jemand seinen Bescheid nicht findet und für BuT eine Zweitschrift benötigt.

Bei der Einführung 2011 von BuT gab es erhebliche Schwierigkeiten mit den Anbietern. Mancher Sportverein ging deshalb dazu über sich lieber an "Sport für Alle" zu wenden anstatt den vorrangigen Rechtsanspruch BuT wahr zu nehmen. Das Verfahren erschien Ihnen zu kompliziert, die Anzahl der Ansprechpartner war Ihnen zu hoch. Bis Anfang 2013 hat es nun gedauert das Vertrauen der Anbieter in die Verlässlichkeit der Ver-

waltung wieder her zu stellen. Dies ist vor allem ein Erfolg der zentralen Bearbeitung.

Die Sportvereine sind teilweise inzwischen soweit, dass sie BuT Anfang des Jahres die gesammelten Anträge ihrer Mitglieder zu kommen lassen in dem Wissen das alle ihre Mitglieder bei der zentralen Anlaufstelle bekannt sind.

Für die Anbieter hält die zentrale Anlaufstelle wie für die Kunden ein niedrigschwelliges Angebot bereit. Dies ist eine wichtige Bedingung für den Erfolg von BuT und gilt für alle Module. Besonders wichtig ist dies im Bildungsbereich. Ulm und Umgebung halten eine sehr heterogene Bildungslandschaft vor. Im Bereich Schulausflüge und speziell der Lernförderung ist es für die Sachbearbeitung immer wieder erforderlich mit den zuständigen Lehrern Rücksprache zu halten.

Bei zwei Sachbearbeitern können erhaltene Informationen dann auch schnell kommuniziert werden. Die Lehrer wissen es zu schätzen, dass sie Fragen von BuT i.d.R. nur einmal beantworten müssen. Angenommen es sind mehrere Sachbearbeiter in das Verfahren involviert ist davon aus zu gehen, dass die Lehrer gleichlautende Fragestellung öfters beantworten müßten.

5. ***Daten und Auswertungen***

Sämtliche für die Auswertungen herangezogenen Daten, mit den Ausnahmen Schulbedarf und Mittagessen (teilweise), stammen aus dem Fachverfahren Open/Prosoz der Prosoz Herten GmbH. Mit der zusätzlichen Software Open/Controlling der EHS Software Entwicklung GmbH wurden die Rohdaten aus dem Fachverfahren für die Auswertungen aufbereitet. BuT hat sich hier an den bei der Abteilung FAM bereits seit Jahren praktizierten Datenerhebungen orientiert.

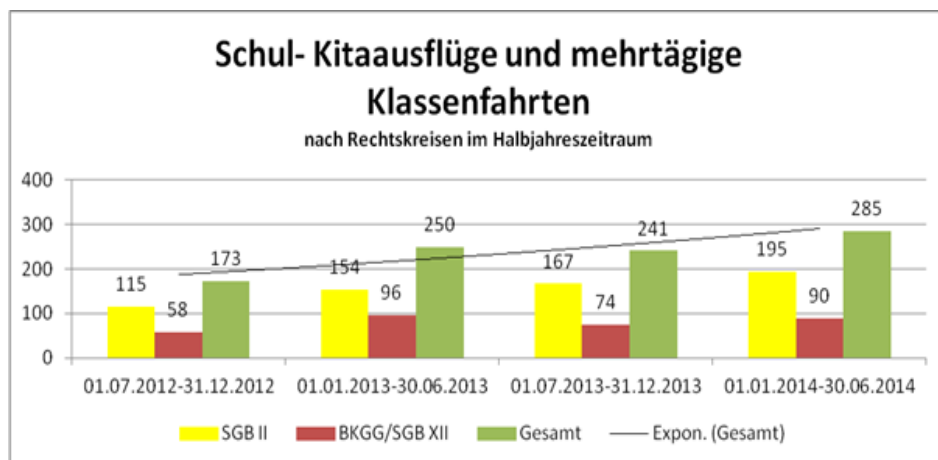
Nach dem von FAM bekanntem Muster bieten die so erstellten Rohdaten die Möglichkeit umfassende Auswertungen zu erstellen. Bei 6 Leistungen pro Rechtskreis mit Unterteilungen in Wohngeldbezieher und

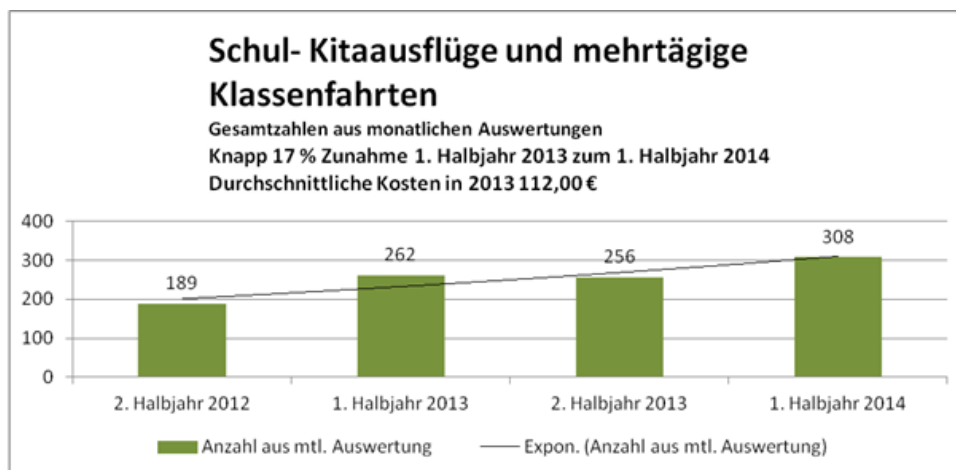
Kinderzuschlagsbezieher sowie Ausdifferenzierungen bei Schulausflügen/mehrtägigen Klassenfahrten, den drei Teilhabeleistungen und Pflegekindern ergibt sich, dass 37 Auswertungen für die Abbildung der gesetzlichen Leistungen notwendig sind. Der aktuelle Personenbestand bei BuT umfasst im Zeitraum 01.01.2012 - 30.06.2014 4621 Personen.

Der Datenbestand hat eine gute Qualität. Für den Zeitraum 1. Halbjahr 2012 sind allerdings keine belastbaren Zahlen zu ermitteln, da aufgrund der Umstellung im Fachverfahren von der Leistungsart § 22 SGB II KdU auf BuT Open Controlling zu viele nicht auswertbare Fälle meldet. BuT hat deshalb die Rohdaten ab 01.07.2012 nach Halbjahren im Kalenderjahr aufbereitet, so dass auch der Bezug zum Haushaltsjahr gegeben ist.

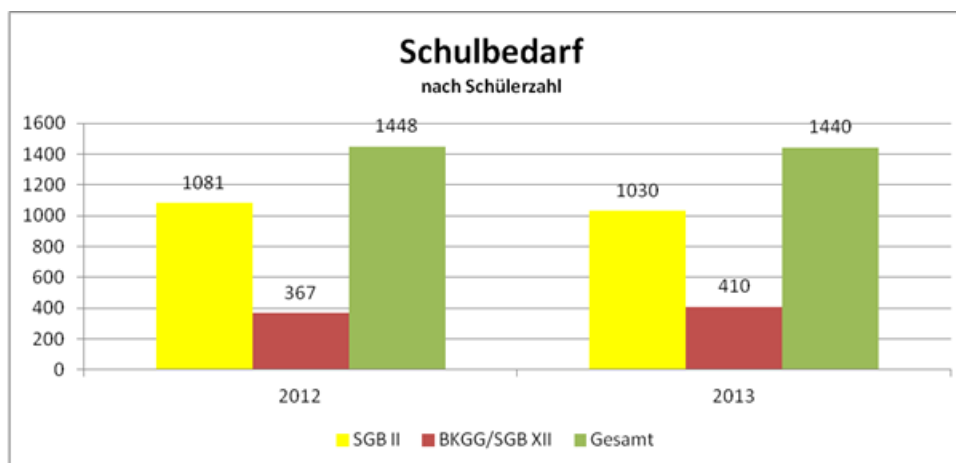
Hier in diesem Bericht findet sich eine nun eine kleine Auswahl an Darstellungen der möglichen Auswertungen wieder. Die Leistungen BKGG und SGB XII wurden zusammengefasst. Auf eine Unterscheidung zwischen Wohngeldbezieher und Kinderzuschlagsbezieher wurde wg. möglichem Doppelbezug dieser Leistungen verzichtet. Unter Punkt 9 werden erforderliche Massnahmen für zukünftige Auswertungen beschrieben.

5.1. **Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten**

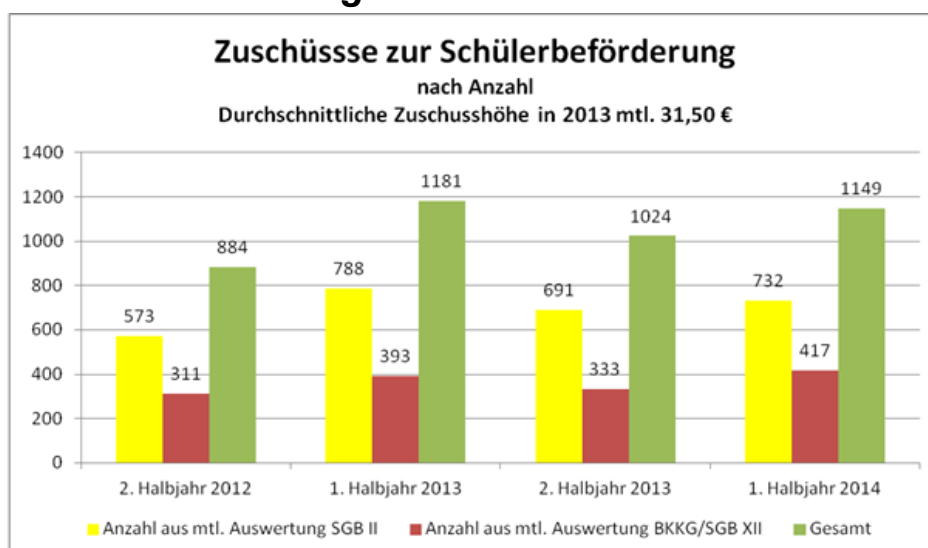




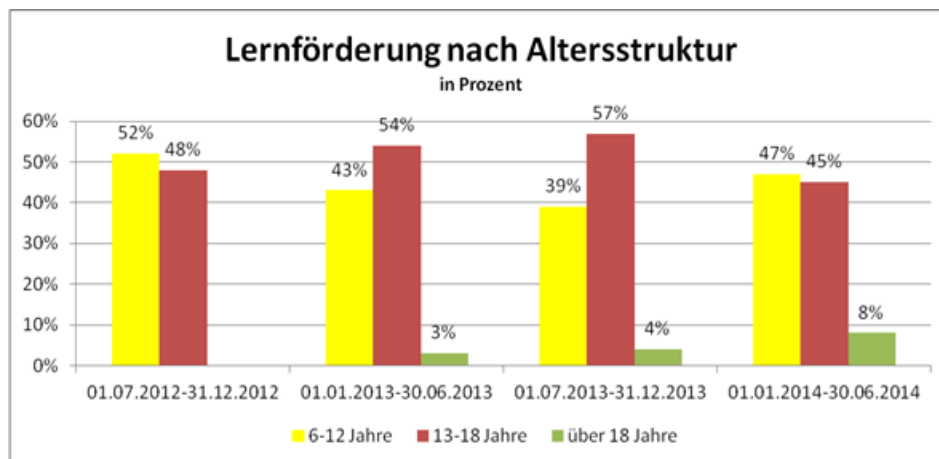
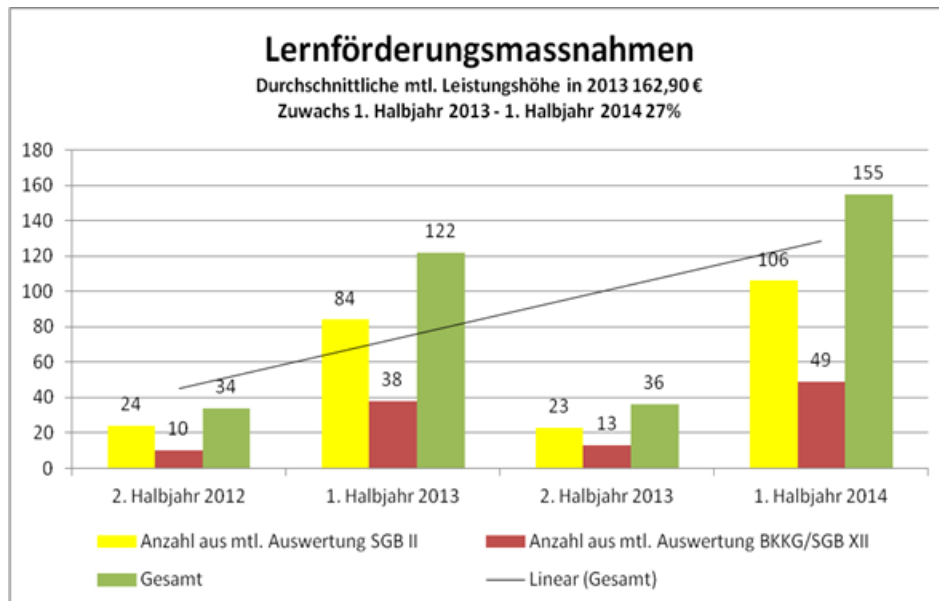
5.2. Schulbedarf

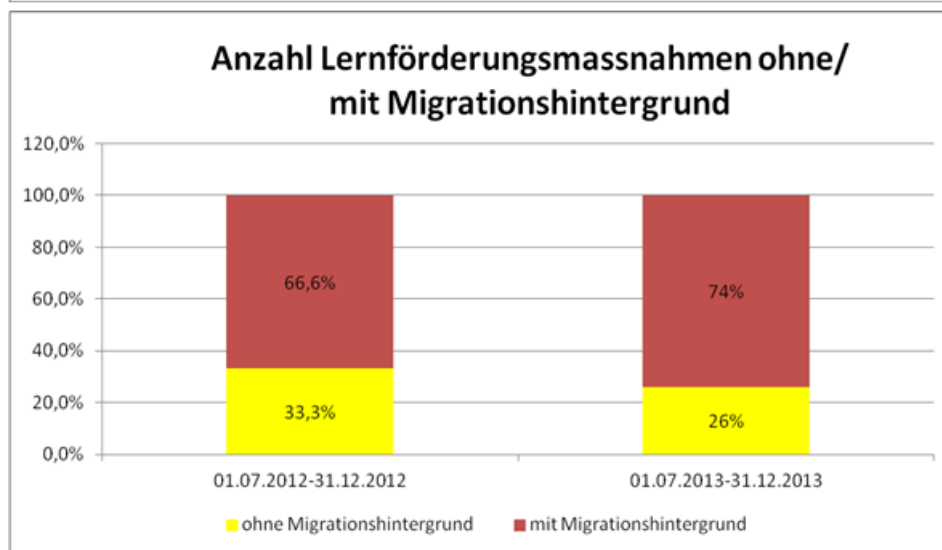
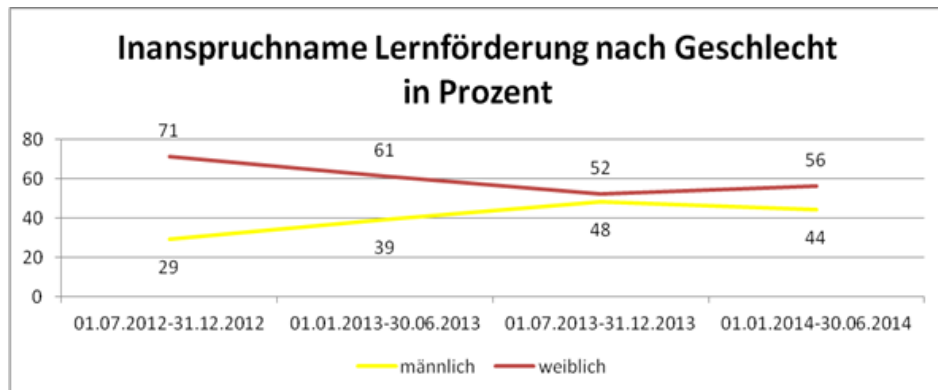


5.3. Schülerbeförderung



5.4. Lernförderung

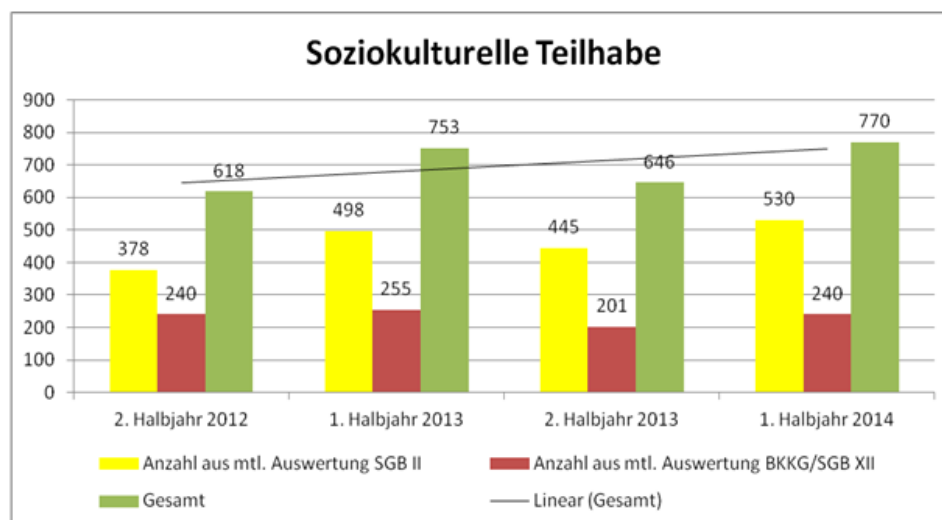




5.5. **Mittagessen**

In Bearbeitung

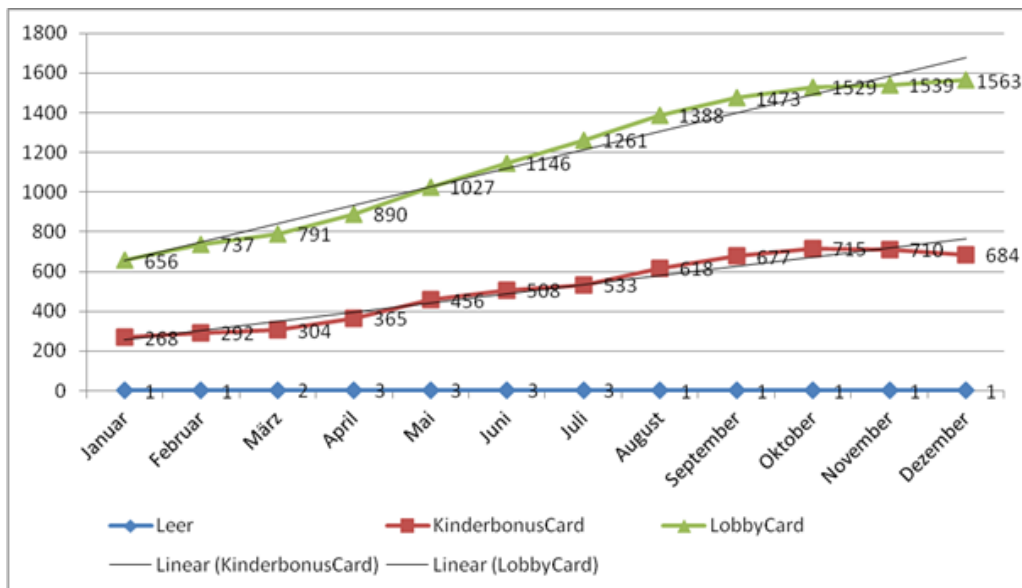
5.6. **Soziale und kulturelle Teilhabe**



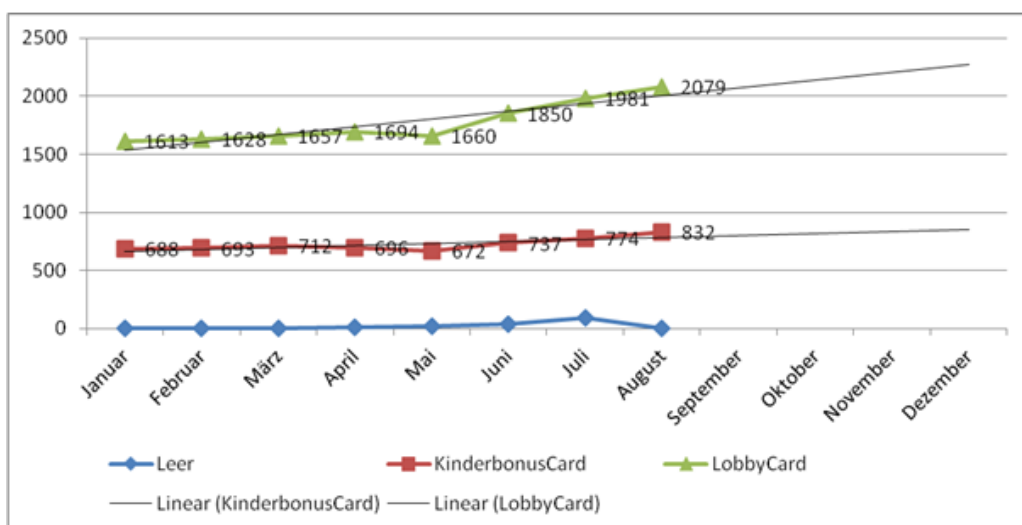
6. **Exkurs - Soziale Vergünstigungen**

Die Sozialen Vergünstigungen LobbyCard und KinderbonusCard wurden 2009 bei der Stadt eingeführt. Bis Ende 2011 erfolgte die Ausgabe bei der Abteilung Existenzsicherung. Seit 2012 erfolgt die Kartenausgabe bei ABI. Gesicherte Zahlen über die ausgegebenen Karten bei ABI gibt es erst wieder, seit BuT zum Januar 2014 die Auswertungen der Kartenausgabe übernommen hat. Aufgrund verschiedener Faktoren liegen für den Zeitraum von Anfang 2012 bis Mitte 2013 keine belastbaren Zahlen vor.

Für 2013 ergibt sich folgendes Bild:



Entwicklung in 2014:



Betrachtet man den Zeitraum seit Anfang 2014 ergibt sowohl für die LobbyCard wie auch für die KinderbonusCard eine Zunahme der ausgegebenen Karten. Folgende Faktoren könnten hierfür massgeblich sein:

- Umzug der Ausgabestelle zurück ins Jobcenter (Nähe zur Hauptklientel)
- Nähe zu BuT
- Einführung des Zuschusses auf Erwachsenenmonatsfahrkarten zum Juli 2014 (Mitnahmeeffekte für die KinderbonusCard)

Im Schnitt erreicht die KinderbonusCard bislang im Jahr 2014 710 Kinder. Damit erreicht Sie nicht einmal 50% der von BuT erreichten Kinder. Wobei natürlich 18 jährige Schüler die LobbyCard erhalten würden. Auf der anderen Seite ist die Ausgabe der KinderbonusCard auch weitaus weiter gefasst wie bei BuT (Wohnsitz auch außerhalb von Ulm, keine reine Beschränkung auf Transferleistungsbezug, etc.).

7. **Empfehlungen zu zukünftigen Datenerhebungen**

Um einfache Auswertungen nach Stadtteilen möglich zu machen, sollte im Fachverfahren Open, wie bereits bei FAM im Verfahren Prosoz 14 geschehen, die Baublockliste eingepflegt werden. Zusätzlich ist hier auch noch eine Automatisierung für die dann möglichen Auswertungen zu schaffen. Für das Open Controlling sollten weitere Auswertungsmodule angeschafft werden. Benannt werden kann hier schon: Die Ermittlungsmöglichkeit Migrationshintergrund, Aufschlüsselung der Teilhabeleistungen und der Schulausflüge/Klassenfahrten. Die Entwicklung von klaren Kriterien/Kategorien für die Erhebungen ist dringend anzustreben.

8. **Fazit**

Insgesamt ist die Dynamik der Entwicklung BuT ungebrochen. Die Mitte 2013 angenommene Stagnation der Fallzahlen hat sich nicht bestätigt. Für 2014 wird nochmals ein Anstieg um ca. 300 Fälle erwartet. Dieser resultiert zum Größtenteil daher, dass die Übergangsregelung Mittag-

essen für den KiTa Bereich zum 31.12.2013 ausgelaufen ist. Die insgesamt rückläufigen Fallzahlen im SGB II schlagen nicht auf BuT durch. Faktoren wie vermehrte Inanspruchnahme BuT durch die BKGG Leistungsbezieher aber auch die Tatsache das BuT unter den Leistungsbeziehern, Trägern etc. vor allem durch Mund zu Mund Propaganda bekannter wird, spielen hier eine Rolle.

Ralf Junginger

Michael Riedel

31.08.2014

Anlage 5: Liste der befragten Städte**Baden-Württemberg****Einwohner**

Heilbronn	Kreisfreie Stadt	117531
Pforzheim	Kreisfreie Stadt	116425
Ulm	Kreisfreie Stadt	117977
Freudenstadt	Landkreis	115055
Heidenheim	Landkreis	127608
Hohenlohekreis	Landkreis	107498
Main-Tauber-Kreis	Landkreis	129842
Sigmaringen	Landkreis	127272

Bayern**Einwohner**

Erlangen	Kreisfreie Stadt	105412
Fürth	Kreisfreie Stadt	118358
Ingolstadt	Kreisfreie Stadt	127886
Würzburg	Kreisfreie Stadt	124577
Aichach-Friedberg	Landkreis	127250
Altötting	Landkreis	106515
Bad Tölz-Wolfratshausen	Landkreis	120664
Cham	Landkreis	125620
Deggendorf	Landkreis	114733
Donau-Ries	Landkreis	128939
Eichstätt	Landkreis	125039
Erding	Landkreis	128289
Forchheim	Landkreis	113331
Günzburg	Landkreis	120130
Kelheim	Landkreis	113996
Landsberg am Lech	Landkreis	114223
Main-Spessart	Landkreis	126496
Miltenberg	Landkreis	127944
Mühldorf am Inn	Landkreis	107363
Neumarkt in der Oberpfalz	Landkreis	127145
Pfaffenhofen an der Ilm	Landkreis	118349
Roth	Landkreis	123168
Rottal-Inn	Landkreis	117437
Schweinfurt	Landkreis	112857
Starnberg	Landkreis	129530
Weilheim-Schongau	Landkreis	129568

Hessen**Einwohner**

Offenbach am Main	Kreisfreie Stadt	116945
Hersfeld-Rotenburg	Landkreis	120165
Vogelsbergkreis	Landkreis	106947

Anlage 6: Fragebogen

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. (Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. (Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

- ☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

- ☐ Sehr gut ☐ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

- ☐ nein
☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

- ☐ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☐ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☐ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☐ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☐ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☐ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------|----------------------------------------|----------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> > 9x pro Jahr |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Anlage 7: zurückerhaltene Fragebögen

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Aichach-Friedberg
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Edgar Nahler
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- | | | | | |
|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|--------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <10% | <input type="checkbox"/> 10-20% | <input type="checkbox"/> 21-30% | <input type="checkbox"/> 31-40% | <input type="checkbox"/> 41-50% |
| <input type="checkbox"/> 51-60% | <input type="checkbox"/> 61-70% | <input type="checkbox"/> 71-80% | <input checked="" type="checkbox"/> 81-90% | <input type="checkbox"/> 91-100% |
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☒ nein
- ☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Keine Ausnahmen

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☒ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x
pro Jahr |
| <input checked="" type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Notenentwicklung (Halbjahres- und Jahreszeugnis).

Jeweils nur befristete Bewilligung, bei Weiterleistungsanträgen Einholung von aktuellen Stellungnahmen der Schule (Fachlehrer) verbunden mit der Nachfrage in welcher Form und welchem Umfang eine weitere Lernförderung aus pädagogischer Sicht geeignet und sinnvoll erscheint.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|----------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Ein Globalantrag bezweckt eine Fristwahrung. Aufgrund mittlerweile erfolgter Änderung der rechtlichen Vorgaben, Vollzugshinweise oder auch aus der Rechtsprechung zu Bildungs- und Teilhabeleistungen ergeben sich ausreichende Möglichkeiten auch für rückwirkende Leistungen.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Befristung gemäß der Empfehlung der Schule (Fachlehrer), längstens bis Schuljahresende, immer in Abhängigkeit vom Bestehen der Zugangsvoraussetzungen (Bewilligungszeiträume von ALG II, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe)

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Bei der Erstbewilligung von ALG II, Wohngeld oder Sozialhilfe erhalten potentiell Leistungsberechtigte stets unser BuT-Informationsblatt (Info zu möglichen Leistungen, Benennung Ansprechpartnern und deren Kontaktdaten).

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Altötting
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Ingrid Denk
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☒ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☒ Sehr gut ☐ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
☒ nein
☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☒ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

keine Ausnahmeregelung – beachte die landesrechtlichen Bestimmungen!

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsbe-rechtigte aktiv angesprochen?

- | | | |
|---------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input checked="" type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input checked="" type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input checked="" type="checkbox"/> weitere: freie Beratungsstellen | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Vorteil: ein Antragsformular für alle Kinder

Nachteil: Anträge werden vorsorglich ohne Bedarf gestellt, führt ggf. zu unnötiger Aktenführung

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Angelehnt an den Bewilligungszeitraum SGB II / BKGG. In der Regel maximal eine volle Stunde in der Woche für ein halbes Jahr. Verlängerung maximal auf Schuljahr möglich.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

In den Beratungsgesprächen im Jobcenter oder der Kommunalverwaltung werden die Neuzugänge auf die B+T Leistungen angesprochen und informiert. Seitens der B+T Stelle werden laufend die Anspruchsberechtigten angeschrieben.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Bad Tölz-Wolfratshausen
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Daniel Waidelich, Leiter der Abteilung für soziale Angelegenheiten
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- ☐ <10% ☒ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
- ☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☐ gut ☒ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)
- ☐ nein
- ☒ wenn ja, welche?
- Abrechnungen von Anbietern bei der Lernförderung sind teils nicht korrekt
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Kostenfreiheit bei einer Entfernung über 2km bis zur 4. Klasse bzw. ab 3km ab der 5. Klasse

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
☒ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☐ Schulen
☐ Kindertagesstätten
☐ Jobcenter
☐ Kommunalverwaltung
☐ Vereine
☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Ein Schulhalbjahr, weitere Bewilligung erst nach Ablauf des nächsten Schulhalbjahres möglich. Abweichungen im begründeten Einzelfall

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Nein

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☒ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%

☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

☐ nein

☒ wenn ja, welche?

Berechtigte Selbsthilfe §30SGB II schwer umsetzbar; weitere Erstattungsmöglichkeiten wären wünschenswert

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km

☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Förderschüler bis zur Jahrgangsschule 4

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☒ Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung

☒ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☐ Möglichkeit eines Globalantrages

☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien
(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

☐ so gut wie nie

☐ 4-5x pro Jahr

☐ mehr als 9x

pro Jahr

☐ 1x pro Jahr

☐ 6-7x pro Jahr

☐ 2-3x pro Jahr

☐ 8-9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?
Rückmeldung Lehrkraft

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

☐ Schulen

☐ Kindertagesstätten

☐ Vereine

☐ Jobcenter

☐ Kommunalverwaltung

☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Unübersichtlich; Konkretisierung würde in vielen Fällen nicht erfolgen

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Grds. eine Stunde pro Woche und pro Fach; maximal bis zum Schuljahresende

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Wohngeldstelle legt dem Bewilligungsbescheid einen Flyer bei, Jobcenter informiert in den Bescheiden; Folgeanträge für Mittagessen oder Teilhabe werden verschickt

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Donau-Ries
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Johanna Langer
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)
☒ nein
☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Gefährlicher Schulweg, Krankheit

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☒ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|---------------------------------------------------|----------------------------------------|-----------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x pro Jahr |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input checked="" type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Bei Wiederholungsanträgen wird die Frage einer Verbesserung der Schüler bei der Schule abgefragt

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input checked="" type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input checked="" type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

So viel und solange wie von der Schule nach intensivem Gedankenaustausch vorgeschlagen wird. Verlängerung nur, wenn ein Erfolg der Lernförderung von der Schule attestiert wird.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Besuch von Kita- und Schulleitungszusammenkünften,

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. (Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. (Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

- ☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☒ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)

☐ nein

☒ wenn ja, welche?

1. Leistungsempfänger müssen bei bestimmten Abrechnungssystemen vor Allem beim Schulmittagessen in Vorleistung gehen.
2. Einzelfälle (z.B. Eltern teilen sich Umgangsrecht für das Kind und das Kind hat nur für den halben Monat Anspruch auf BuT-Leistungen) bereiten den Anbietern Schwierigkeiten bei der Erfassung im System.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☒ 2km ☐ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Allerdings muss in Einzelfällen eine Abklärung mit der Schule erfolgen. Oft werden die Bestätigungen auf Druck der Eltern oder gefälligkeitshalber ausgefüllt. Bei genauerer Nachfrage bei den Lehrern ergibt sich oft ein anderes Bild (Schüler ist nicht motiviert...)

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☒ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☒ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

☐ so gut wie nie pro Jahr ☐ 4-5x pro Jahr ☐ mehr als 9x pro Jahr

☒ 1x pro Jahr ☐ 6-7x pro Jahr

☐ 2-3x pro Jahr ☐ 8-9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

☒ Schulen ☒ Kindertagesstätten ☐ Vereine

☒ Jobcenter ☒ Kommunalverwaltung

☒ weitere: Diakonie

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Der Globalantrag erleichtert den Beteiligten das Verfahren.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Lernförderung wird in der Regel für maximal 4 Monate pro Schuljahr bewilligt. Ausnahmen sind möglich.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Wohngeldstellen und Jobcenter informieren bei jeder Weiterbewilligung auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen, die Wohngeldstelle des Landkreises informiert die zuständigen Sachbearbeiter der wirtschaftlichen Hilfen über die Weiterbewilligung von Familien mit Kindern. In der Regel wird daraufhin ein Infoschreiben mit Antragsformularen an die Berechtigten geschickt.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: LK Günzburg
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Herr Schreyer
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
x <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut x gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
x nein
☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
☐ ja x nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☒ $< 5 \text{ €}$ ☐ 5 € ☐ $> 5 \text{ €}$

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ $> 5 \text{ km}$

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Es gibt keine Anträge auf Schülerbeförderung, da nach Landesrecht ohnehin frei, und somit kein Bedarf nach sGB II

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☒ Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung

☒ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☐ Möglichkeit eines Globalantrages

☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

☒ so gut wie nie ☐ 4-5x pro Jahr ☐ mehr als 9x pro Jahr

☐ 1x pro Jahr ☐ 6-7x pro Jahr

☐ 2-3x pro Jahr ☐ 8-9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

☒ Schulen ☐ Kindertagesstätten ☐ Vereine

☒ Jobcenter ☐ Kommunalverwaltung

☒ weitere: Kreisjugendamt (Beistandschaft, Beratung § 18 SGB VIII, Jugendhilfe

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Vorteil: Rückwirkende Berücksichtigung von Bedarfen

Nachteil: für den Kunden keiner, für das Jobcenter: Bewilligungszeitraum von 6 Monaten ist nicht vorhersehbar abgeschlossen.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Bedarfsabhängig, jedoch in der Praxis bedeutungslos.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

* Zentrale Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten (SGB II, SGB XII, § 6 BKGG

* Serienbriefinformation (gelegentlich), dennoch ist die Inanspruchnahme gering, soweit nicht Leistungen nach § 28 Abs. 3 SGB II.

* Aushänge (jedoch kaum relevant, da kaum 5 % der Kinder eines Geburtsjahrganges dem Grunde nach leistungsberechtigt sind. Arbeitslosenquote liegt hier bei 1,0%, Berechtigte bei ca. 2,2% der Bevölkerung.)

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Hersfeld-Rotenburg

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Michael Apel

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%

☒ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

☐ nein

☒ wenn ja, welche? Verbesserungswürdige Gesetzgebung > administrativ aufwendig – extrem wg. Des Eigenanteils bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden? ☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☒ < 5 € ☐ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km
☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Nein.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Jedoch bescheinigen manche Lehrkräfte generell einen Bedarf nach dem Motto „zusätzlich ist bestimmt immer gut, egal ob die Schule eigentlich zuständig wäre oder nicht“...

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
☒ Hilfe bei der Antragstellung
☒ Internetauftritt
☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
☒ Möglichkeit eines Globalantrages
☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien
(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)
(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------|----------------------------------------|----------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> > 9x pro Jahr |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Rückmeldung Lehrkraft

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Vorteil: einfach für die Antragsteller, da eine Antragstellung generell gerade bei dem Personenkreis der Leistungsbezieher nach dem SGB II leider oftmals eine hohe Hürde darstellt... Ohne Globalantrag wäre die Inanspruchnahme sicherlich geringer (gerade bei den Bedürftigen und die Kinder wären die Leidtragenden)

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Abhängig von der Bescheinigung, die die Schule bezüglich Erforderlichkeit und Umfang ausstellt; i.d.R. 6 Monate (bzw. bis Schuljahresende)

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Flyer, Anschreiben an die Leistungsberechtigten Familien (Wohngeld sowie SGB II-Bezieher (Zuständigkeit bei den Kinderzuschlagsbeziehern liegt bei der Agentur für Arbeit [ob dort etwas passiert, kann nicht beurteilt werden]) sowie Beratung durch die zuständigen Fallmanager/innen.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Hohenlohekreis
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Frau Krall
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
Landkreisverwaltung in Künzelsau + Jobcenter in Künzelsau für den gesamten Landkreis

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

- | | | | | |
|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <10% | <input type="checkbox"/> 10-20% | <input type="checkbox"/> 21-30% | <input type="checkbox"/> 31-40% | <input type="checkbox"/> 41-50% |
| <input type="checkbox"/> 51-60% | <input type="checkbox"/> 61-70% | <input type="checkbox"/> 71-80% | <input type="checkbox"/> 81-90% | <input type="checkbox"/> 91-100% |

- Angaben nicht möglich

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

- ☒ nein (Landkreis)
☒ wenn ja, welche? (Jobcenter): zuviele verschiedene Anbieter

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

- ☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Schwieriger Schulweg, gesundheitliche Gründe

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☒ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)
(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-------------------------------------------------|----------------------------------------|-----------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x pro Jahr |
| <input checked="" type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?

- | | | |
|------------------------------------|---------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> Weitere | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Nachteile: pauschale Beantragung ohne Begründung
Vorteile: Wahrung rechtzeitige Antragstellung, weniger Verwaltungsaufwand

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden? Je nach Bestätigung der Schule ½ Jahre mit Vertragsmöglichkeiten

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?
Mündliche Hinweise/Erläuterungen

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☒ 31-40% ☐ 41-50%

☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut ☐ gut ☒ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

☒ nein

☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☐ 3km ☒ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Ist altersabhängig und abhängig von der Gefährlichkeit der Strecke.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☐ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☒ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☐ Jobcenter
☒ Kindertagesstätten
☐ Kommunalverwaltung
☐ Vereine
☒ weitere: Wohngeldstelle

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Erhöhter Verwaltungsaufwand, weil detailliertes Leistungsangebot nicht ersichtlich.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Erste Maßnahme wird ca. für ein halbes Jahr bewilligt, längstens für insgesamt 1 Jahr Weiterbewilligung.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Kooperationsbemühungen mit Schulen, Kitas, Vereinen, etc.

Aufklärung, welche Möglichkeiten es durch das Bildungs- und Teilhabepaket gibt. Grundsätzlicher Hinweis, wann und wie Bildungs- und Teilhabeleistungen beantragt werden können. Wohngeldstelle, Gemeinden und Familienkasse

geben Infomaterial an Familien mit Kindern.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10%

☐ 10-20%

☐ 21-30%

☒ 31-40%

☐ 41-50%

☐ 51-60%

☐ 61-70%

☐ 71-80%

☐ 81-90%

☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut

☒ gut

☐ ausbaufähig

☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

☒ nein

☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja

☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☒ < 5 € ☐ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☒ 2km ☐ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☒ Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung

☐ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☐ Möglichkeit eines Globalantrages

☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien

(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
x 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- x Schulen
x Jobcenter
☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- x Kindertagesstätten
x Kommunalverwaltung
- ☐ Vereine

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Entspricht nicht der Rechtslage und ist unökonomisch. Nur was beantragt wird kann auch entschieden werden; ansonsten würden unentwegt Nachfragen fällig werden.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Je nach Antrag und Bedarf bis zu einem (Schul-)Jahr. Verlängerungen nach Bedarf möglich.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%

☐ 51-60% ☒ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

☒ nein

☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☐ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Vorteil: - Leistungsempfänger vergessen keine Leistung zu beantragen

Nachteil: - Es werden Leistungen angekreuzt, die gar nicht benötigt werden – somit zusätzlicher Aufwand für Kommune

- Nur für Zeit des Bewilligungszeitraumes geltend

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

In der Regel ab dem Zwischenzeugnis – ggf. ab ca. Weihnachten -

Bewilligungszeitraum ist meist bis zum Ende des Schuljahres

In der Regel 1 Stunde pro Fach pro Woche – je nach Notwendigkeit

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Nein

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Miltenberg
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Wiedemann Heike
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- ☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
- ☐ 51-60% ☒ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☒ nein
- ☐ wenn ja, welche?
- Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Nein

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
☒ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Gibt es nicht!

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☒ Jobcenter
☒ Kommunalverwaltung
☐ Vereine
☐ weitere:

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Vorteil: Es werden wesentlich mehr Anträge gestellt, was zum Nachteil führt, dass nicht immer eindeutig ersichtlich ist, was der Leistungsempfänger beantragen möchte, bzw. dass Leistungen beantragt werden, welche dem Leistungsempfänger nicht zustehen (z.B. Lernförderung und Fahrtkosten).

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

In der Regel wird die Dauer der Sozialleistung zugrunde gelegt. Maximal 6 Monate.

Eine Verlängerung ist nur möglich, wenn diese 6 Monate nicht ausgeschöpft sind.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Bei telefonischer oder persönlicher Vorsprache wird mit den Leistungsempfänger der komplette Bildungs- und Teilhabekatalog durchgegangen, was alles für die Kinder in Frage kommt.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landratsamt Mühldorf a.Inn
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- ☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
- ☒ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☐ nein
- ☒ wenn ja, welche?
- Oft dauert es lange bis der Erhalt der Grundleistung feststeht (Bewilligungsbescheid KIZ, Wohngeld, etc.)
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Wir haben hier sehr wenige Fälle, da in Bayern die Kostenfreiheit des Schulweges bis zur 10.Klasse besteht

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☐ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☐ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x |
| <input checked="" type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input checked="" type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input checked="" type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Verwaltungstechnisch aufwendig und unübersichtlich. Wenn jemand einen Antrag stellt und alles ankreuzt fehlt die Aussagekraft – theoretisch müsste ich nach Zeitablauf alle übrigen Leistungen ablehnen

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

In der Regel bewilligen wir solange wie die Lehrer die Notwendigkeit bestätigen und gleichzeitig die Grundleistung bewilligt ist. Maximal wird bis zum Schuljahresende bewilligt

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Presseartikel, Aushänge, Besuch von Messen

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Neumarkt i.d.OPf.
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Alfons Wagner, Tel. 09181/405110
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- | | | | | |
|---------------------------------|--------------------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <10% | <input type="checkbox"/> 10-20% | <input type="checkbox"/> 21-30% | <input type="checkbox"/> 31-40% | <input type="checkbox"/> 41-50% |
| <input type="checkbox"/> 51-60% | <input checked="" type="checkbox"/> 61-70% | <input type="checkbox"/> 71-80% | <input type="checkbox"/> 81-90% | <input type="checkbox"/> 91-100% |
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☒ Sehr gut ☐ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☒ nein
- ☐ wenn ja, welche?
- Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☐ 5 € ☒ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Keine Ausnahmeregelungen

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☐ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☐ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien
(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☒ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)
(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung
(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☒ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Rücksprache mit den Nachhilfeinstituten

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☒ Vereine
- ☒ Jobcenter
☐ Kommunalverwaltung
- ☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Ein Globalantrag berücksichtigt nicht die individuellen Verhältnisse der Antragsteller.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

In der Regel werden bis zu 4 Schulstunden wöchentlich für die Dauer von höchstens 6 Monaten bewilligt. Eine Verlängerung ist bis zum Schuljahresende möglich. Im neuen Schuljahr erfolgt nach Vorliegen der ersten Leistungsnachweise (3 Monate nach Schulbeginn) eine neue Prüfung.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Den Schulen und Kindergärten werden Info-Materialien und Antragsformulare zur Verfügung gestellt. Potentiell Antragsberechtigten werden Antragsformulare vorsorglich übersandt.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Roth
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Bernadette Zottmann
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- ☐ <10% ☐ 10-20% ☒ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
- ☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)
- ☒ nein
- ☐ wenn ja, welche?
- Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐

>5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☒ Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung

☐ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☒ Möglichkeit eines Globalantrages

☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien

(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☒ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?
Rückmeldung Lehrkraft

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☐ Vereine
- ☒ Jobcenter
☐ Kommunalverwaltung
- ☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Vorteil Globalantrag: Leistungen werden beantragt und der Bedarf aber erst später konkretisiert, auch durch den Leistungsberechtigten

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Wird durch die Lehrkraft festgesetzt, maximal bis zum Ende des Schuljahres

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Rottal-Inn
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Frau Andrea Asanger
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- | | | | | |
|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <10% | <input type="checkbox"/> 10-20% | <input type="checkbox"/> 21-30% | <input type="checkbox"/> 31-40% | <input type="checkbox"/> 41-50% |
| <input type="checkbox"/> 51-60% | <input type="checkbox"/> 61-70% | <input type="checkbox"/> 71-80% | <input type="checkbox"/> 81-90% | <input type="checkbox"/> 91-100% |
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☐ nein
- ☒ wenn ja, welche?
- Vereine verweigern Zahlungen an sich aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes,
wenig Anbieter für Lernförderung im Landkreis vorhanden
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☒ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Schülerbeförderung wird in der Grundschule ab einer Strecke von 2 km und ab der 5. Klasse ab einer Strecke von 3 km grundsätzlich berücksichtigt.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☐ ja
☒ wenn nein, warum?

Nachhilfe wird in den meisten Fällen befürwortet, auch wenn aus dem Zeugnis hervorgeht, dass der Schüler gute Noten erbringt. Oft widersprechen sich die Beurteilung des Lehrers und die Angaben im Zeugnis.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☒ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☒ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x
pro Jahr |
| <input checked="" type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

In begründeten Einzelfällen werden Noteninformationen bzw. Zeugnisse angefordert, um festzustellen, ob die Nachhilfe erfolgreich war.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input checked="" type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Er ermöglicht ein einfaches Antragsverfahren für die Hilfeempfänger. Zudem werden dem Antragsteller alle möglichen Leistungen auf einen Blick dargestellt.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Die erste Bewilligung für Lernförderung erfolgt in der Regel für einen Zeitraum von vier bis sechs Monaten. Nur in Begründeten Einzelfällen kann über einen Zeitraum von sechs Monaten hinaus eine Bewilligung erfolgen.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Schweinfurt
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☒ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)
☐ nein
☒ wenn ja, welche?
Beantragung des persönlichen Schulbedarfs für Wohngeld- und KiZ-Bezieher; hoher bürokratischer Aufwand
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km ☐ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

In Bayern gibt es die Kostenfreiheit des Schulwegs für alle Schüler bis zur 10. Jahrgangsstufe. Danach wird ein Eigenanteil der Eltern in Höhe von derzeit 412 Euro gefordert. Dieser Eigenanteil kann unter Berücksichtigung des gesetzlichen mtl. Eigenanteils von 5 Euro übernommen werden.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☐ Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung

☒ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☒ Möglichkeit eines Globalantrages

☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x
pro Jahr |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input checked="" type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input checked="" type="checkbox"/> weitere: Beratungsdienste der freien Wohlfahrtspflege | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Weniger bürokratisch für die Antragsberechtigten;

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Regelmäßig bis zum Ende des laufenden Schuljahres; Verlängerung immer nur in Einzelfällen in Absprache mit der Schule/Lehrer

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☒ 31-40% ☐ 41-50%

☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut ☐ gut ☒ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)

☒ nein

☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

bei nachgewiesener gefahrenträchtiger Strecke auch unter 3 km.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☐ ja
☒ wenn nein, warum?

die Beurteilungen werden nicht eindeutig und unvollständig ausgefüllt; bei Unverständnis seitens der Ausfüller wird nicht nachgefragt, sondern keine oder beliebige Antworten gegeben, die später widerrufen werden.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☒ 2-3x pro Jahr
☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☐ Vereine
☐ Jobcenter
☒ Kommunalverwaltung
☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

V: Keine Verpassen von Antragsfristen; N: Kein sicheres Abschließen eines Vorganges möglich, es könnten noch Belege eingereicht werden - nach Jahren

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Individuelle Förderdauer im Einzelfall. Anschlussgewährungen hängen von individuellen Faktoren ab, keine Pauschalregelung.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Hinweis auf Möglichkeit der Antragstellung im Bescheid enthalten

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Landkreis Starnberg
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- ☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
- ☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☒ nein
- ☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☐ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☐ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☐ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien
(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)
(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung
(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☐ Vereine
- ☐ Jobcenter
☒ Kommunalverwaltung
- ☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Es vereinfacht die Antragstellung für Leistungsberechtigte enorm. Auf der anderen Seite

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

In der Regel für maximal ein halbes Jahr, wobei die Bewilligung spätestens mit dem Ende des jeweiligen Schuljahres endet.

Bisher wurden Lernförderungsmaßnahmen im Schnitt 2-3 mal verlängert. Darüberhinaus haben wir noch keine Erfahrungen.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Anschreiben einzelner Leistungsberechtigter im Rahmen eines Weiterleistungsantrags oder Informationsschreiben + Antragsversand beim jährlichen Schulbedarf

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Vogelsbergkreis
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Joachim Knöß
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☒ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
☒ nein
☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☒ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Schulen | <input type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Einzelfallentscheidung

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Presseberichte

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%

☒ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut ☐ gut ☒ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

☒ nein

☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☐ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☐ ja
☒ wenn nein, warum?

Stellungnahmen, die eine Lernförderung befürworten, sind oft wohlwollend für den Schüler ohne die Voraussetzung zu prüfen, dass eine Gefährdung der Versetzung in die nächste Klassenstufe gegeben sein muss

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☐ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☐ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☐ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☒ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☐ 2-3x pro Jahr
☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Es finden so gut wie keine Qualitätskontrollen statt

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☐ Jobcenter
☐ Kommunalverwaltung
☐ Vereine
☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Wesentliche Vereinfachung in der Sachbearbeitung Nachteile?

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

1 Stunde wöchentlich pro Fach für ca. 3 Monate

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Stadt Heilbronn, Amt für Familie, Jugend und Senioren

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Fr. Riethenaue

(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)

x zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten

x mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%

☐ 51-60% ☐ 61-70% x 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

☐ Sehr gut x gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?

(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

x nein

☐ wenn ja, welche?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☐ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € x 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km x 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

- Gesundheitliche Probleme (nachgewiesen durch Atteste)
- Gefährliche Straßenführung bei direktem Schulweg

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

x ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

x Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

x Hilfe bei der Antragstellung

x Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

x Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☐ Möglichkeit eines Globalantrages

x Präsenz des Bildungspakets in Gremien

(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

x Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
x 2-3x pro Jahr
- ☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
- ☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- x Schulen
x Jobcenter
x weitere: freie Träger (Diakonie,...)
- x Kindertagesstätten
☐ Kommunalverwaltung
- x Vereine

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Nachteil: Antrag muß konkretisiert werden – dazu ist der Antragsteller anzuschreiben und die Rückantwort zu überwachen (enormer Verwaltungsaufwand)

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

4 Wochen – 3 Monate (Einzelfallentscheidung/bedarfsabhängig)
Eine Verlängerung ist nach Bedarf auch über einen weiteren längeren Zeitraum möglich

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

-

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Stadt Ingolstadt
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Johann Lechermann
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
- ☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
- ☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
- ☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
- ☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
- ☒ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
- ☐ Sehr gut ☐ gut ☒ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
- ☒ nein
- ☐ wenn ja, welche?
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
- ☐ ja ☒ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

nein

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☐ ja

☒ wenn nein, warum?

Nur teilweise hilfreich, da immer wieder Verdacht auf Gefälligkeitsbescheinigungen

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☒ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☐ so gut wie nie
☐ 1x pro Jahr
☒ 2-3x pro Jahr
☐ 4-5x pro Jahr
☐ 6-7x pro Jahr
☐ 8-9x pro Jahr
☐ mehr als 9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen
☒ Kindertagesstätten
☐ Vereine
☒ Jobcenter
☐ Kommunalverwaltung
☐ weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Vorteil: weniger Fristversäumnisse bei z. B. lediglich Weiterbewilligungsanträgen

Nachteil: Anträge werden teilweise erst sehr spät konkretisiert

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Max. 3 Stunden pro Fach bis Schuljahresende, max. auf 3 folgende Schuljahre

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Projekt mit örtlicher VHS zur Nachhilfe an der Schule, Vorstellung des Projekts (und der anderen BuT-Leistungen) in Rektorenkonferenzen, gezielte Ansprache von KITA-Leiterinnen bezüglich Ausflüge

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Stadt Offenbach am Main
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Christian Eitel
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☒ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinnahme)
☐ nein
☒ wenn ja, welche?
Die Stadt Offenbach nutzt die "Bildungskarte", also ein elektronisches Gutscheinen-/Abrechnungsverfahren. Durch die Nutzung des Kartensystems selbst bestehen keine Probleme. Es ist jedoch eine kontinuierliche Begleitung der Kartennutzer (Leistungsberechtigte und Leistungsanbieter) erforderlich.
- 2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?
☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

- ☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

- ☐ 1km ☒ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐
>5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Es existiert eine Altersstaffelung. Grundschulkindern ist ein Schulweg bis zu 2 km, allen Übrigen ein Schulweg von bis zu 3 km. zuzumuten. Darüber hinaus haben alle Schüler bis zur Jahrgangsstufe 10 die Möglichkeit der vorrangigen Inanspruchnahme einer Schülerfahrkarte über das Stadtschulamt. Eine Gewährung von Schülerbeförderungskosten kommt daher im Regelfall erst ab der Jahrgangsstufe 11 in Betracht.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

- ☒ ja
☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☒ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen) (bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung (bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-------------------------------------------------|----------------------------------------|-----------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x pro Jahr |
| <input checked="" type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Eine Qualitätskontrolle erfolgt nicht. Hier treten allerdings fast ausschließlich die etablierten Nachhilfeeinstitute als Leistungsanbieter auf.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input checked="" type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input type="checkbox"/> weitere: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Speziell für den Bereich der Teilhabeleistungen bietet der Globalantrag die Möglichkeit Leistungen auch für eine spätere Inanspruchnahme zu sichern (Ansparung). Problematisch gestalten sich Globalanträge dann, wenn diesen nicht, bzw. nicht in absehbarer Zeit eine konkrete Inanspruchnahme folgt. Über Globalanträge kann nicht, bzw. nicht zeitnah rechtssicher entschieden werden. Auch besteht aus rechtlicher Sicht noch Uneinigkeit wie lange in die Vergangenheit durch Konkretisierung der Antragstellung zurück wirken sollen. Dies ist bisher nur für Teilhabeleistungen einigermaßen verlässlich geregelt. Gerade bei den Bildungsleistungen erfüllt der Globalantrag ohne konkrete Inanspruchnahme nicht den Anspruch auf eine bedarfsorientierte Förderung.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Lernförderung wird für einen Zeitraum bis zu 6 Monaten gewährt. Eine fortgesetzte Förderung ist nur nach enger Rücksprache mit den Schulen und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls möglich.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Insbesondere mit Schulen und Vereinen besteht ein enger und regelmäßiger Kontakt. Dieser dient zum einen der Werbung für die Bildungs- und Teilhabeleistungen und unterstützt zum anderen bei der Klärung von Fragen in Bezug auf die Anwendung der „Bildungskarte“.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Stadt Ulm
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Ralf Junginger
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☒ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
Ausnahme – Schulbedarf SGB II wurde nicht rückübertragen
☐ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☒ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
Ausnahme Asyl direkt bei den Asylbewerberleistungen
☐ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in versch. Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☒ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
☐ nein
☒ wenn ja, welche?
Teils schwierige Einzelgespräche. Oftmals Nachfragen bei Anbietern und Schulen etc. erforderlich. Qualität der ausgefüllten Anträge und antragsbegründenden Unterlagen oft niedrig. Statistische Auswertungen BuT noch unbefriedigend.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Einzige derzeitige Ausnahme bei Erkrankungen, welche den Fußweg nicht zumutbar erscheinen lassen.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☐ ja

☒ wenn nein, warum?

Eine wirkliche ernsthafte positive Prognose zu Erreichung der wesentlichen Lernziele wird nicht erstellt. Oftmals werden die Anträge gefälligkeitshalber (...die war schon fünfmal hier, dann hab ichs halt ausgefüllt...) erstellt oder aber auch in Verkennung der rechtlichen Voraussetzungen.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☒ Flyer für Anspruchsberechtigte

☒ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

(aber nur Material vom BMAS)

☐ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung (Beratung ja, Ausfüllhilfe nein)

☒ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

(im Stadtgebiet Zuschuss über die Abteilung Bildung und Sport (3,50 € oder 5,50 €. Bei Ablehnung BuT Erhöhung dieses Zuschusses um jeweils 10,00 €. Der Regelzuschuss wird auf BuT angerechnet.)

- ☐ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien
(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)
- ☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)
(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)
- ☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung
(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- ☒ so gut wie nie (einmal in 2013 im FBA) ☐ 4-5x pro Jahr
- ☐ 1x pro Jahr ☐ 6-7x pro Jahr ☐ mehr als 9x pro Jahr
- ☐ 2-3x pro Jahr ☐ 8-9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?

- ☒ Schulen ☒ Kindertagesstätten ☒ Vereine
- ☒ Jobcenter ☒ Kommunalverwaltung
- ☒ weitere: insbesondere Schulsozialarbeit

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?
Für den Kunden sicherlich im Hinblick auf rückwirkende Leistungserbringungen sehr erfreulich. Für die Verwaltung und die Anbieter nicht praktikabel.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Die 1.te und oft einzige Bewilligung geht über 3 Monate. Verlängerung nochmals 3 Monate. Ausnahmen nicht bekannt. Gegebenenfalls aber nochmals im nächsten Schuljahr.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Zur Zeit aus Zeitmangel, personelle Unterbesetzung, leider nicht.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

- 1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Stadt Würzburg
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Frau Baufeld / Fachbereich Soziales
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)
- 3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?
☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)
- 3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?
☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
- 4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?
☐ <10% ☐ 10-20% ☐ 21-30% ☐ 31-40% ☐ 41-50%
☐ 51-60% ☐ 61-70% ☐ 71-80% ☐ 81-90% ☐ 91-100%
- 5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?
☐ Sehr gut ☒ gut ☒ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

- 1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)
☐ nein
☒ wenn ja, welche?

Zs.arbeit mit der Vielzahl von Anbietern nicht immer verlässlich (z.B. bei Preisänderungen), Klärungsbedarfe bei der Auslegung des gesetzgeberischen Willens (z.B. welche Teilhabeangebote oder Nachhilfeangebote sind förderungsfähig), unterschiedlicher Vollzug bei den Kommunen, Einbindung der Schulen, Kindertagesstätten, sozialen Beratungsstellen usw., um die anspruchsberechtigten Familien tatsächlich auch erreichen zu können (hierbei oft fehlende Kenntnis von den Leistungsmöglichkeiten),

keine gesicherte (dafür aber sehr aufwändige) Finanzierung von Seiten des Bundes, ...

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☒ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐
>5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☒ ja

☐ wenn nein, warum?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

☒ Flyer für Anspruchsberechtigte

☐ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte

☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter

☒ Hilfe bei der Antragstellung

☒ Internetauftritt

☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)

☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten

☒ Möglichkeit eines Globalantrages

☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien
(bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

- | | | |
|-----------------------------------------------------|----------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> so gut wie nie
pro Jahr | <input type="checkbox"/> 4-5x pro Jahr | <input type="checkbox"/> mehr als 9x
pro Jahr |
| <input type="checkbox"/> 1x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 6-7x pro Jahr | |
| <input checked="" type="checkbox"/> 2-3x pro Jahr | <input type="checkbox"/> 8-9x pro Jahr | |

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsrechte aktiv angesprochen?

- | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|----------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Schulen | <input checked="" type="checkbox"/> Kindertagesstätten | <input type="checkbox"/> Vereine |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jobcenter | <input checked="" type="checkbox"/> Kommunalverwaltung | |
| <input checked="" type="checkbox"/> weitere: soziale Beratungsstellen, Kinderschutzbund, Nachhilfeinstitute, ... | | |

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

Max. 2 Stunden in der Grundschule, danach max. 4 Stunden, grds. maximale Förderung für 12 Monate, aber einzelfallabhängig

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Fragebogen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

1) Name Ihrer Stadt/Ihres Landkreises: Stadt Pforzheim
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

2) Ihr Name, als Ansprechpartner: Frau Ratz, Sachbearbeitung BuT Bereich Wohngeld/Kinderzuschlag; Herr Scheuer, Sachgebietsleitung BuT SGB II
(Wenn sie anonym bleiben möchten, lassen Sie dieses Feld frei)

3) Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in Ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?

- ☐ ein Träger (Bspw. Rückübertragung aller Leistungen auf die Kommune)
☒ zwei Träger (Bspw. Jobcenter und Landkreis)

3a) Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?

- ☐ eine Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten
☒ mehrere Anlaufstellen (bspw. aufgeteilt in verschiedene Regionen der Kommune)
)

4) Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?

- | | | | | |
|---------------------------------|---------------------------------|--------------------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <10% | <input type="checkbox"/> 10-20% | <input type="checkbox"/> 21-30% | <input type="checkbox"/> 31-40% | <input type="checkbox"/> 41-50% |
| <input type="checkbox"/> 51-60% | <input type="checkbox"/> 61-70% | <input checked="" type="checkbox"/> 71-80% | <input type="checkbox"/> 81-90% | <input type="checkbox"/> 91-100% |

5) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?

- ☐ Sehr gut ☒ gut ☐ ausbaufähig ☐ mangelhaft

Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

1) Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?
(Bspw. Anbieter verweigern Gutscheinannahme)

- ☐ nein
☒ wenn ja, welche?

Besonders im Rahmen der Lernförderung gibt es oftmals Missverständnisse bzw. unterschiedliche Ansichten zwischen Verwaltung und Lehrkräften, was die Notwendigkeit und den Rahmen der erforderlichen Lernförderung angeht.

2) Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?

☒ ja ☐ nein

3) Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?

☐ < 5 € ☒ 5 € ☐ > 5 €

4) Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?

☐ 1km ☐ 2km ☒ 3km ☐ 4km ☐ 5km ☐ >5km

4a) Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?

(Bspw. Altersstaffelung)

Grundschüler erhalten die Förderung bereits wenn die Schule nur 1,5 km vom Wohnort entfernt liegt; Einzelfallentscheidung bei besonderen besuchten Schulprofilen

5) Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?

☐ ja

☒ wenn nein, warum?

Wie oben bereits angemerkt, entstehen hier die meisten Probleme.

Grundsätzlich sind die Einschätzungen hilfreich, jedoch muss in fast jedem Fall noch Rücksprache gehalten werden und die Empfehlungen der Lehrkraft werden hiernach oftmals geändert.

Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

1) Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune? (Mehrfachwahl möglich)

- ☒ Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte
- ☒ Flyer/Informationsblatt für Anbieter
- ☒ Hilfe bei der Antragstellung
- ☒ Internetauftritt
- ☐ Abstimmung mit dem Jugendamt über die Geeignetheit von Anbietern (besonders bei Lernförderung)
- ☐ Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten
- ☒ Möglichkeit eines Globalantrages
- ☒ Präsenz des Bildungspakets in Gremien (bitte zusätzlich **Frage 1a** beantworten)

☐ Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen (Bspw. auch Erfolgskontrollen)

(bitte zusätzlich **Frage 1b** beantworten)

☒ Aktives Ansprechen in Schulen, Kitas, Vereinen, Jobcenter, Kommunalverwaltung

(bitte zusätzlich **Frage 1c** beantworten)

1a) Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?

☐ so gut wie nie
pro Jahr

☐ 4-5x pro Jahr

☐ mehr als 9x

☒ 1x pro Jahr

☐ 6-7x pro Jahr

☐ 2-3x pro Jahr

☐ 8-9x pro Jahr

1b) Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?

Eine Qualitätskontrolle findet nicht statt.

1c) Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?

☒ Schulen

☒ Kindertagesstätten

☒ Vereine

☒ Jobcenter

☒ Kommunalverwaltung

☒ weitere: Nachhilfeanbieter, Soziale Einrichtungen wie Diakonie, Caritas o. ä.

2) Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag? Wir nutzen den Globalantrag und haben bei der Bearbeitung keinerlei Nachteile festgestellt. Um Fristen zu wahren und Antragstellern den Zugang zu allen benötigten Leistungen des BuT-Pakets zu erleichtern, ist der Globalantrag sehr hilfreich.

3) In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?

I. d. R. wird vorerst 3 Monate Lernförderung gewährt, eine Verlängerung ist je nach Bedarf mehrmals möglich. Es werden i. d. R. je nach Einschätzung der Lehrkraft ca. 2 Schulstunden pro Fach/max. 3 Fächer pro Woche gewährt.

4) Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?

Schon bei der Grundleistungsantragsstellung werden Anspruchsberechtigte auf das BuT-Paket hingewiesen (sowohl WoG als auch SGB II), der Hinweis ist außerdem im Leistungsbescheid zu finden. Es werden mehrmals im Jahr Presseartikel in der örtlichen Zeitung veröffentlicht; zudem findet sich auf dem städtischen Internetportal eine Informationsseite zum

Thema BuT mit Nennung der Ansprechpartner, auf der auch alle notwendigen BuT-Antragsformulare hinterlegt und abrufbar sind.

Zum Schuljahresbeginn 2013/2014 erhielten alle Familien, die leistungsberechtigt sind, einen Informationsbrief, in dem insbesondere auf die Möglichkeiten der Lernförderung eingegangen wurde. Zu jedem Schuljahresende werden alle bisherigen BuT-Empfänger (Wohngeld und KIZ) ebenfalls schriftlich über den persönlichen Schulbedarf informiert. Diesem Brief legten wir die nötigen Antragformulare bei.

Anlage 8: Auswertung der Fragebögen

Teil 1: Die Organisation des Bildungs- und Teilhabepakets in Ihrer Kommune

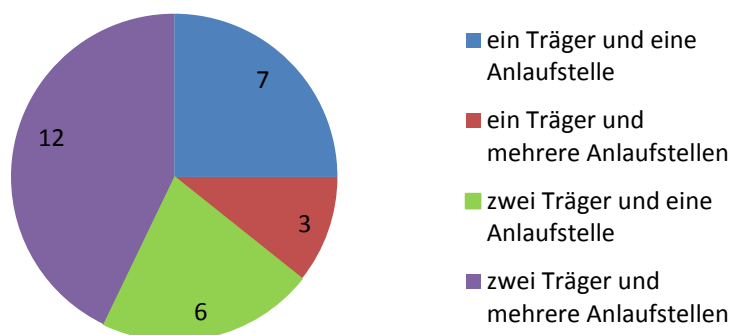
Frage 3 und 3a:

„Wie viele Träger für das Bildungspaket gibt es in ihrer Stadt/ Ihrem Landkreis?“

„Wie viele räumlich bezogene Anlaufstellen gibt es in Ihrer Stadt/ in Ihrem Landkreis?“

Stadt Ulm: ein Träger und eine Anlaufstelle

ein Träger und eine Anlaufstelle	7
ein Träger und mehrere Anlaufstellen	3
zwei Träger und eine Anlaufstelle	6
zwei Träger und mehrere Anlaufstellen	12



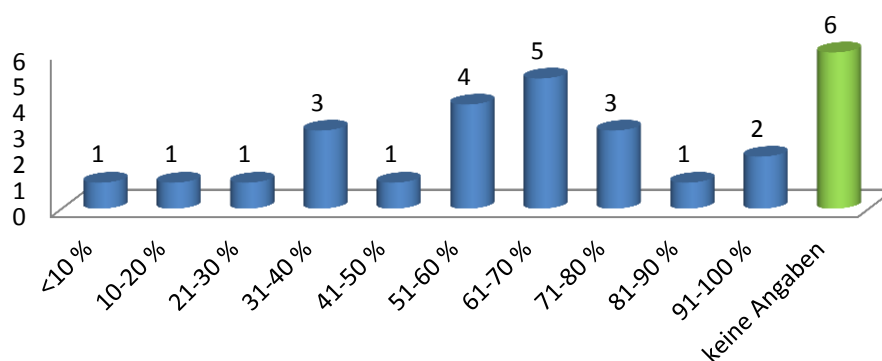
Frage 4:

„Wie viele der möglichen Anspruchsberechtigten in Ihrer Kommune nehmen bereits Leistungen für Bildung und Teilhabe an?“

Stadt Ulm: 71-80%

<10%	1	21-30%	1	41-50%	1	61-70%	5	81-90%	1
10-20%	1	31-40%	3	51-60%	4	71-80%	3	91-100%	2

keine Angaben: 6 Kommunen



Begründungen (per E-Mail), warum einzelne Kommunen keine Angaben gemacht haben:

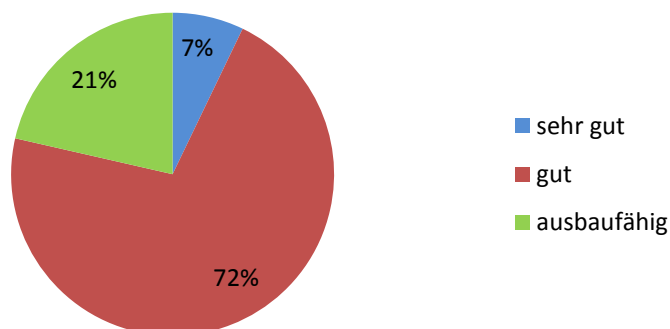
- „Die Frage 1/4 können wir nicht beantworten, da wir keine belastbaren Zahlen zur Basiszahl „mögliche Anspruchsberechtigte“ haben. Geschätzt wird die Inanspruchnahme wohl unter 50 v. H. liegen, wobei noch festzuhalten ist, dass die Interesse der Familien im Wohngeldbezug am stärksten ist.“
- „Zu Nr. 4 des Fragebogens konnten wir leider keine Angaben machen.“
- „Je nach Rechtskreis gibt es unterschiedliche Quoten.“
- „Nr. 4 konnte nicht beantwortet werden.“
- „Frage 4 ist eine Schätzung“

Frage 5:

„Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bildungspakets in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt insgesamt?“

Stadt Ulm: gut

sehr gut	2
gut	21
ausbaufähig	6
mangelhaft	---



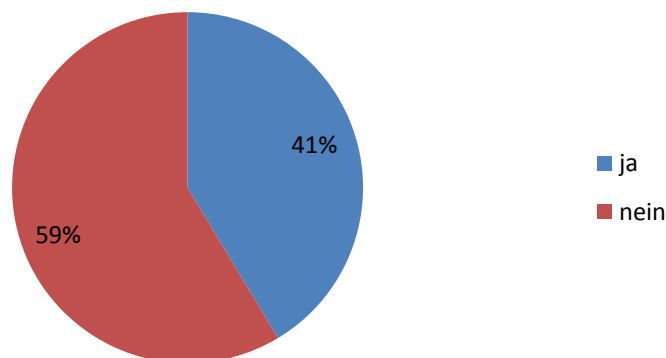
Teil 2: Die Umsetzung von Bildung und Teilhabe in Ihrer Kommune

Frage 1:

„Gibt es Probleme bei der Umsetzung des Bildungspakets?“

Stadt Ulm: Ja, teils schwierige Einzelgespräche. Oftmals Nachfragen bei Anbietern und Schulen etc. erforderlich. Qualität der ausgefüllten Anträge und antragsbegründenden Unterlagen oft niedrig. Statistische Auswertungen BuT noch unbefriedigend.

Nein	17
Ja	12



„Welche Probleme gibt es?“

Probleme mit:

Anspruchsberechtigten:

teils schwierige Einzelgespräche

Qualität der ausgefüllten Anträge und antragsbegründenden Unterlagen oft niedrig

Stadt Offenbach nutzt die „Bildungskarte“, also ein elektronisches Gutschein-/Abrechnungsverfahren. Durch die Nutzung des Kartensystems selbst bestehen keine Probleme. Es ist jedoch eine kontinuierliche Begleitung der Kartennutzer (Leistungsberechtigte und Leistungsanbieter) erforderlich.

Anbietern:

zu viele verschiedene Anbieter

Vereine verweigern Zahlungen an sich aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes

wenig Anbieter für Lernförderung im Landkreis vorhanden

Zusammenarbeit mit der Vielzahl von Anbietern nicht immer verlässlich (z.B. bei Preisänderungen)

Oftmals Nachfragen bei Anbietern und Schulen etc. erforderlich

Abrechnung:

Leistungsempfänger müssen bei bestimmten Abrechnungssystemen vor Allem beim Schulmittagessen in Vorleistung gehen.

Berechtigte Selbsthilfe § 30 SGB II schwer umsetzbar

Abrechnungen von Anbietern bei der Lernförderung sind teils nicht korrekt

weitere Erstattungsmöglichkeiten wären wünschenswert

Gesetz:

Verbesserungswürdige Gesetzgebung > administrativ aufwendig – extrem wg. Des Eigenanteils bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung

Klärungsbedarfe bei der Auslegung des gesetzgeberischen Willens (z.B. welche Teilhabeangebote oder Nachhilfeangebote sind förderungsfähig)

unterschiedlicher Vollzug bei den Kommunen, Einbindung der Schulen, Kindertagesstätten, sozialen Beratungsstellen usw., um die anspruchsberechtigten Familien tatsächlich auch erreichen zu können (hierbei oft fehlende Kenntnis von den Leistungsmöglichkeiten)

keine gesicherte (dafür aber sehr aufwändige) Finanzierung von Seiten des Bundes

Beantragung des persönlichen Schulbedarfs für Wohngeld- und KiZ-Bezieher; hoher bürokratischer Aufwand

Grundleistung:

Oft dauert es lange bis der Erhalt der Grundleistung feststeht (Bewilligungsbescheid KIZ, Wohngeld, etc.)

EDV:

Einzelfälle (z.B. Eltern teilen sich Umgangsrecht für das Kind und das Kind hat nur für den halben Monat Anspruch auf BuT-Leistungen) bereiten den Anbietern Schwierigkeiten bei der Erfassung im System.

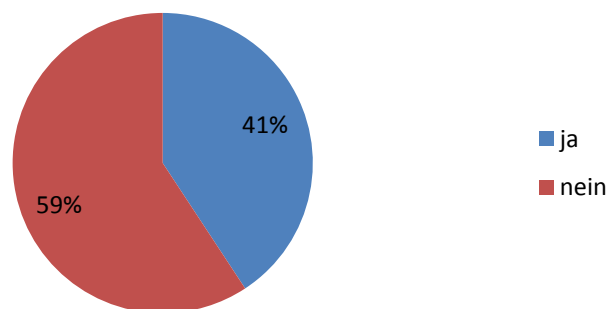
Statistische Auswertungen BuT noch unbefriedigend

Frage 2:

„Können in Ihrem Landkreis/ Ihrer Stadt nicht ausgeschöpfte Leistungen der Teilhabe in den nächsten Bewilligungszeitraum mitgenommen werden?“

Stadt Ulm: ja

Nein	16
Ja	11

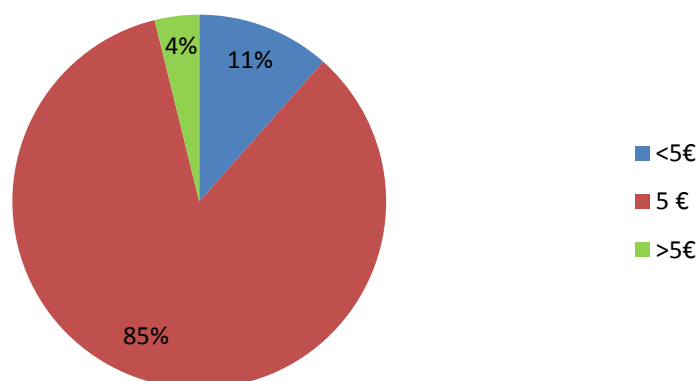


Frage 3:

„Wie hoch liegt der Eigenanteil der Anspruchsberechtigten an den Schülerbeförderungskosten?“

Stadt Ulm: 5 Euro

< 5 €	3
5 €	22
> 5€	1



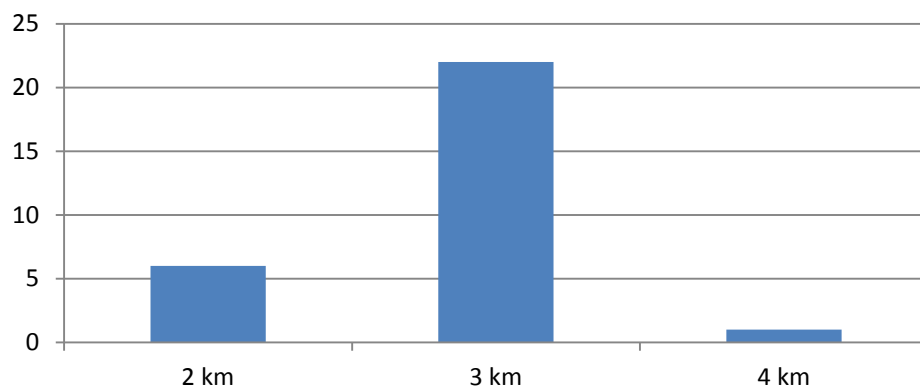
Frage 4 und Frage 4a:

„Ab einer Strecke von wie viel Kilometer ist eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung überhaupt erst möglich?“

„Gibt es hierbei bei Ihnen Ausnahmeregelungen, wenn ja für wen gelten diese?“

Stadt Ulm: 3km, Einzige derzeitige Ausnahme bei Erkrankungen, welche den Fußweg nicht zumutbar erscheinen lassen.

1 km		4 km	1
2 km	6	5 km	
3km	22	6 km	



Ausnahmeregelungen:

Alter der Kinder:

Förderschüler bis zur Jahrgangsschule 4

Kostenfreiheit bei einer Entfernung über 2km bis zur 4. Klasse bzw. ab 3km ab der 5. Klasse

Schülerbeförderung wird in der Grundschule ab einer Strecke von 2 km und ab der 5. Klasse ab einer Strecke von 3 km grundsätzlich berücksichtigt.

Altersstaffelung; Grundschulkinder ist ein Schulweg bis zu 2km, allen Übrigen ein Schulweg von bis zu 3km zuzumuten. Darüber hinaus haben alle Schüler bis zur Jahrgangsstufe 10 die Möglichkeit der vorrangigen Inanspruchnahme einer Schülerfahrkarte über das Stadtschulamt. Eine Gewährung von Schülerbeförderungskosten kommt daher im Regelfall erst ab der Jahrgangsstufe 11 in Betracht.

Grundschüler erhalten die Förderung bereits wenn die Schule nur 1,5km vom Wohnort entfernt liegt

Strecke:

Ist altersabhängig von der Gefährlichkeit der Strecke

Gefährlicher Schulweg

Schwieriger Schulweg

Gefährliche Straßenführung bei direktem Schulweg

Gesundheitliche Gründe:

Krankheit

gesundheitliche Gründe

Gesundheitliche Probleme (nachgewiesen durch Atteste)

Einzige derzeitige Ausnahme bei Erkrankungen, welche den Fußweg nicht zumutbar erscheinen lassen

Landesrecht Bayern:

Es gibt keine Anträge auf Schülerbeförderung, da nach Landesrecht ohnehin frei, und somit kein Bedarf nach SGB II

keine Ausnahmeregelung – beachte die landesrechtlichen Bestimmungen!

Wir haben hier sehr wenige Fälle, da in Bayern die Kostenfreiheit des Schulweges bis zur 10. Klasse besteht

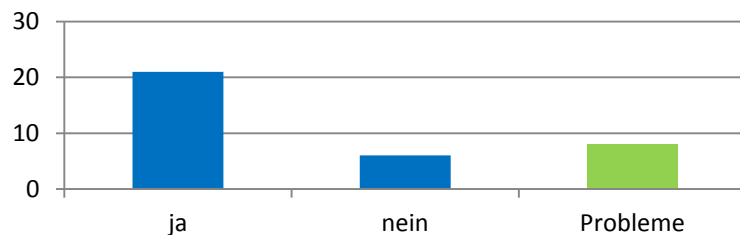
In Bayern gibt es die Kostenfreiheit des Schulwegs für alle Schüler bis zur 10. Jahrgangsstufe. Danach wird ein Eigenanteil der Eltern in Höhe von derzeit 412 Euro gefordert. Dieser Eigenanteil kann unter Berücksichtigung des gesetzlichen mtl. Eigenanteils von 5 Euro übernommen werden.

Frage 5:

„Sind die Beurteilungen der Schulen hilfreich bei der Ermessensentscheidung, ob eine Lernförderung bewilligt werden kann oder nicht?“

Stadt Ulm: nein, Eine wirkliche ernsthafte positive Prognose zu Erreichung der wesentlichen Lernziele wird nicht erstellt. Oftmals werden die Anträge gefälligkeitshalber (...die war schon fünfmal hier, dann hab ichs halt ausgefüllt...) erstellt oder aber auch in Verkennung der rechtlichen Voraussetzungen

Nein	6
Ja	21



Warum sind sie nicht hilfreich?

weitere Abklärung notwendig:

Allerdings muss in Einzelfällen eine Abklärung mit der Schule erfolgen

Grundsätzlich sind die Einschätzungen hilfreich, jedoch muss in fast jedem Fall noch Rücksprache gehalten werden und die Empfehlungen der Lehrkraft werden hiernach oftmals geändert.

großzügige Beurteilung:

Oft werden die Bestätigungen auf Druck der Eltern oder gefälligkeitshalber ausgefüllt. Bei genauerer Nachfrage bei den Lehrern ergibt sich oft ein anderes Bild (Schüler ist nicht motiviert...)

Stellungnahmen, die eine Lernförderung befürworten sind oft wohlwollend für den Schüler ohne die Voraussetzung zu prüfen, dass eine Gefährdung der Versetzung in die nächste Klassenstufe gegeben sein muss

Jedoch bescheinigen manche Lehrkräfte generell einen Bedarf nach dem Motto: zusätzlich ist bestimmt immer gut, egal ob die Schule eigentlich zuständig wäre oder nicht“

Nachhilfe wird in den meisten Fällen befürwortet, auch wenn aus dem Zeugnis hervorgeht, dass der Schüler gute Noten erbringt. Oft widersprechen sich die Beurteilung des Lehrers und die Angaben im Zeugnis.

Nur teilweise hilfreich, da immer wieder Verdacht auf Gefälligkeitsbescheinigungen

Eine wirkliche ernsthafte positive Prognose zu Erreichung der wesentlichen Lernziele wird nicht erstellt. Oftmals werden die Anträge gefällig-

keitshalber (...die war schon fünfmal hier, dann hab ichs halt ausgefüllt...) erstellt oder aber auch in Verkennung der rechtlichen Voraussetzungen

Beurteilung unvollständig:

die Beurteilungen werden nicht eindeutig und unvollständig ausgefüllt; bei Unverständnis seitens der Ausfüller wird nicht nachgefragt, sondern keine oder beliebige Antworten gegeben, die später widerrufen werden

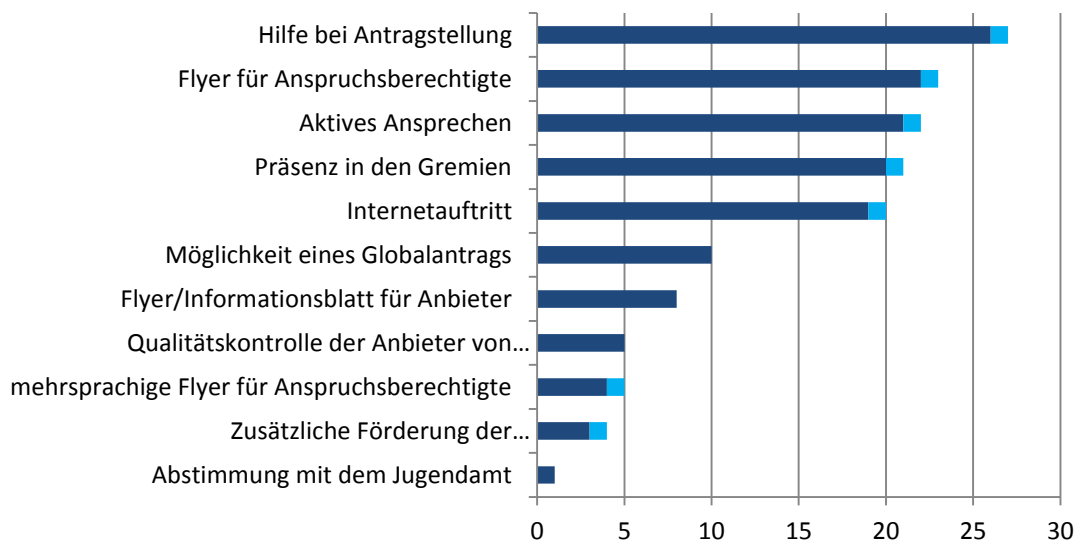
Teil 3: Das Hinwirkungsgebot

Frage 1:

„Welche der folgenden Dienstleistungen in Bezug auf das Hinwirkungsgebot erfüllt Ihre Kommune?“

	Vergleichsstädte	Ulm
Flyer für Anspruchsberechtigte	22	1
Mehrsprachige Flyer für Anspruchsberechtigte	4	1
Flyer/Informationsblatt für Anbieter	8	
Hilfe bei der Antragstellung	26	1
Internetauftritt	19	1
Abstimmung Jugendamt über Anbieter der Lernförderung	1	
Zusätzliche Förderung der Schülerbeförderungskosten	3	1
Möglichkeit eines Globalantrages	10	
Präsenz des Bildungspakets in Gremien	20	1
Qualitätskontrolle der Anbieter von Lernförderungen	5	
Aktives Ansprechen verschiedener Akteure	21	1

■ Vergleichsstädte ■ Stadt Ulm

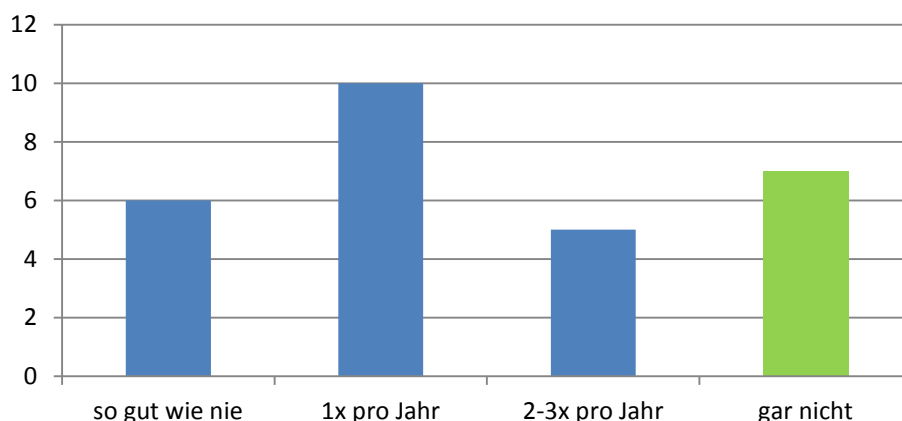


Frage 1a)

„Wie oft sind Sie mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Gremien?“

Stadt Ulm: so gut wie nie

so gut wie nie	6	6-7x pro Jahr	---
1x pro Jahr	10	8-9x pro Jahr	---
2-3x pro Jahr	5	> 9x pro Jahr	---
4-5x pro Jahr	---		



Frage 1b)

„Wie sieht die Qualitätskontrolle der Leistungsanbieter im Bereich der Lernförderung aus?“

Einholung von Zeugnissen nach Ablauf der Lernförderung:

Notenentwicklung (Halbjahres- und Jahreszeugnis)

In begründeten Einzelfällen werden Noteninformationen bzw. Zeugnisse angefordert, um festzustellen, ob die Nachhilfe erfolgreich war.

Einholung erneuter Stellungnahme:

Jeweils nur befristete Bewilligung, bei Weiterleistungsanträgen Einholung von aktuellen Stellungnahmen der Schule (Fachlehrer) verbunden mit der Nachfrage in welcher Form und welchem Umfang eine weitere Lernförderung aus pädagogischer Sicht geeignet und sinnvoll erscheint.

Rückmeldung Lehrkraft

Bei Wiederholungsanträgen wird die Frage einer Verbesserung der Schüler bei der Schule abgefragt

Einholung von Informationen bei Anbieter:

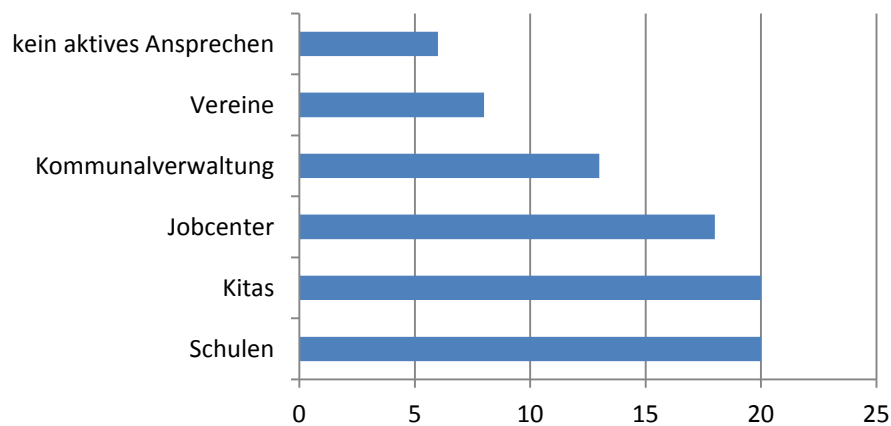
Rücksprache mit den Nachhilfeinstituten

Frage 1c:

„Von welchen Akteuren in Ihrer Umgebung werden Anspruchsberechtigte aktiv angesprochen?“

Stadt Ulm: Schulen, Kitas, Vereine, Jobcenter, Kommunalverwaltung, insbesondere Schulsozialarbeit

Schulen	20	Vereine	8
Kitas	20	Jobcenter	18
Kommunalverwaltung	13	weitere	<ul style="list-style-type: none"> - Beratungsdienste der freien Wohlfahrt - 2x Diakonie - soziale/ freie Beratungsstellen - Kinderschutzbund - Nachhilfeinstitute - insbesondere Schulsozialarbeit - Kreisjugendamt (Beistandschaft, Beratung § 18 SGB VIII, Jugendhilfe) - Wohngeldstelle - Nachhilfeanbieter, soz. Einrichtungen wie Caritas etc.



Frage 2:

„Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein Globalantrag?“

10 Kommunen bieten einen Globalantrag an:

Vorteile	Nachteile
Für den Anspruchsberechtigten:	Für die Träger:
Fristen:	
weniger Fristversäumnisse bei z. B. lediglich Weiterbewilligungsanträgen	pauschale Beantragung ohne Begründung
Um Fristen zu wahren und Antragstellern den Zugang zu allen benötigten Leistungen des BuT-Pakets zu erleichtern, ist der Globalantrag sehr hilfreich.	Anträge werden teilweise erst sehr spät konkretisiert
Wahrung rechtzeitige Antragstellung	

Antragsverfahren:

Er ermöglicht ein einfaches Antragsverfahren für die Hilfeempfänger	
einfach für die Antragsteller, da eine Antragstellung generell gerade bei dem Personenkreis der Leistungsbezieher nach dem SGB II leider oftmals eine hohe Hürde darstellt...	
Weniger bürokratisch für die Anspruchsberechtigten	
Zudem werden dem Antragsteller alle möglichen Leistungen auf einen Blick dargestellt.	
Der Globalantrag erleichtert den Beteiligten das Verfahren	
Ohne Globalantrag wäre die Inanspruchnahme sicherlich geringer (gerade bei den Bedürftigen und die Kinder wären die Leidtragenden)	

Allgemein/Sonstige:

weniger Verwaltungsaufwand	
Leistungen werden beantragt und der Bedarf aber erst später konkretisiert, auch durch den Leistungsanbieter	

18 Kommunen bieten keinen Globalantrag an:

Vorteile:

Für die Anspruchsberechtigten:

Fristen:

Ein Globalantrag bezweckt eine Fristwahrung. Aufgrund mittlerweile erfolgter Änderung der rechtlichen Vorgaben, Vollzugshinweise oder auch aus der Rechtsprechung zu Bildungs- und Teilhabeleistungen ergeben sich ausreichende Möglichkeiten auch für rückwirkende Leistungen.

kein Verpassen von Antragsfristen

Leistungsempfänger vergessen keine Leistung zu beantragen

Antragsverfahren:

ein Antragsformular für alle Kinder

Rückwirkende Berücksichtigung von Bedarfen

Es werden wesentlich mehr Anträge gestellt

Es vereinfacht die Antragstellung für Leistungsberechtigte enorm

Speziell für den Bereich der Teilhabeleistungen bietet der Globalantrag die Möglichkeit Leistungen auch für eine spätere Inanspruchnahme zu sichern (Ansparung)

Für den Kunden sicherlich im Hinblick auf rückwirkende Leistungserbringungen sehr erfreulich

Für die Träger:

Verwaltungsaufwand:

wesentliche Vereinfachung in der Sachbearbeitung

Nachteile:

Für den Anspruchsberechtigten:

keine

Für die Träger:

Erhöhter Verwaltungsaufwand:

Erhöhter Verwaltungsaufwand, weil detailliertes Leistungsangebot nicht ersichtlich

Verwaltungstechnisch aufwendig und unübersichtlich.

Antrag muss konkretisiert werden – dazu ist der Antragsteller anzuschreiben und die Rückantwort zu überwachen (enormer Verwaltungsaufwand)

Für die Verwaltung und die Anbieter nicht praktikabel

Es werden Leistungen angekreuzt, die gar nicht benötigt werden – somit zusätzlicher Aufwand für Kommune

Unnötige Antragstellung:

Anträge werden vorsorglich ohne Bedarf gestellt, führt ggf. zu unnötiger Aktenführung

unübersichtlich; Konkretisierung würde in vielen Fällen nicht erfolgen
Es werden wesentliche mehr Anträge gestellt, was zum Nachteil führt, dass nicht immer eindeutig ersichtlich ist, was der Leistungsempfänger beantragen möchte, bzw. dass Leistungen beantragt werden, welche dem Leistungsempfänger nicht zustehen (z.B. Lernförderung und Fahrtkosten).
Problematisch gestalten sich Globalanträge dann, wenn diesen nicht, bzw. nicht in absehbarer Zeit eine konkrete Inanspruchnahme folgt. Über Globalanträge kann nicht, bzw. nicht zeitnah rechtssicher entschieden werden. Auch besteht aus rechtlicher Sicht noch Uneinigkeit wie lange in die Vergangenheit durch Konkretisierung der Antragstellung zurück wirken sollen. Dies ist bisher nur für Teilhabeleistungen einiger Maßen verlässlich geregelt. Gerade bei den Bildungsleistungen erfüllt der Globalantrag ohne konkrete Inanspruchnahme nicht den Anspruch auf eine bedarfsorientierte Förderung.
Wenn jemand einen Antrag stellt und alles ankreuzt fehlt die Aussagekraft – theoretisch müsste ich nach Zeitablauf alle übrigen Leistungen ablehnen

Abschließen von Fällen nicht möglich:

kein sicheres Abschließen eines Vorganges möglich, es könnten noch Belege eingereicht werden – nach Jahren
Bewilligungszeitraum von 6 Monaten ist nicht vorhersehbar abgeschlossen

Sonstiges:

Entspricht nicht der Rechtslage und ist unökonomisch. Nur was beantragt wird kann auch entschieden werden; ansonsten würden unentwegt Nachfragen fällig werden
Nur für Zeit des Bewilligungszeitraumes geltend
Ein Globalantrag berücksichtigt nicht die individuellen Verhältnisse der Antragsteller

Frage 3:

„In welchem Umfang gewähren Sie in der Regel die erste Maßnahme der Lernförderung? Wie lange kann diese Maßnahme maximal verlängert werden?“

Stadt Ulm: die erste und oft einzige Bewilligung geht über 3 Monate. Verlängerung nochmals 3 Monate. Ausnahmen nicht bekannt. Gegebenenfalls aber nochmals im nächsten Schuljahr.

Dauer der Grundbewilligung

gemäß der Schulempfehlung

Befristung gemäß der Empfehlung der Schule (Fachlehrer) immer in Abhängigkeit vom Bestehen der Zugangsvoraussetzungen (Bewilligungszeiträume von ALG II, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe)
Wird durch die Lehrkraft festgesetzt
So viel und solange wie von der Schule nach intensivem Gedankenaus-

tausch vorgeschlagen wird
Abhängig von der Bescheinigung, die die Schule bezüglich Erforderlichkeit und Umfang ausstellt
Je nach Bestätigung der Schule ½ Jahre mit Vertragsmöglichkeiten
In der Regel bewilligen wir solange wie die Lehrer die Notwendigkeit bestätigen und gleichzeitig die Grundleistung bewilligt ist.

maximal 3 Monate

für ca. 3 Monate
4 Wochen – 3 Monate (Einzelfallentscheidung/bedarfsabhängig)
I. d. R. wird vorerst 3 Monate Lernförderung gewährt
Die erste und oft einzige Bewilligung geht über 3 Monate

maximal 4 Monate

Lernförderung wird in der Regel für maximal 4 Monate pro Schuljahr bewilligt. Ausnahmen sind möglich

maximal ein halbes Jahr

Angelehnt an den Bewilligungszeitraum SGB II / BKGG. In der Regel maximal für ein halbes Jahr.
erste Maßnahme wird ca. für ein halbes Jahr bewilligt
Ein Schulhalbjahr. Abweichungen im begründeten Einzelfall
In der Regel wird die Dauer der Sozialleistung zugrunde gelegt. Maximal 6 Monate.
In der Regel für die Dauer von höchstens 6 Monaten bewilligt.
Die erste Bewilligung für Lernförderung erfolgt in der Regel für einen Zeitraum von vier bis sechs Monaten. Nur in Begründeten Einzelfällen kann über einen Zeitraum von sechs Monaten hinaus eine Bewilligung erfolgen.
In der Regel für maximal ein halbes Jahr, wobei die Bewilligung spätestens mit dem Ende des jeweiligen Schuljahres endet.
Lernförderung wird für einen Zeitraum bis zu 6 Monaten gewährt.

maximal bis zum Schuljahresende

maximal bis zum Schuljahresende
In der Regel ab dem Zwischenzeugnis – ggf. ab ca. Weihnachten - Bewilligungszeitraum ist meist bis zum Ende des Schuljahres
Je nach Antrag und Bedarf bis zu einem (Schul-)Jahr.
Regelmäßig bis zum Ende des laufenden Schuljahres;
bis Schuljahresende

keine Pauschalregelung

Individuelle Förderdauer im Einzelfall. keine Pauschalregelung
Einzelfallentscheidung
grds. maximale Förderung für 12 Monate, aber einzelfallabhängig
Bedarfsabhängig, jedoch in der Praxis bedeutungslos

Maximale Weiterbewilligung

Nach Bedarf möglich

Verlängerungen nach Bedarf möglich.
weitere Bewilligungen erst nach Ablauf des nächsten Schulhalbjahres möglich. Abweichungen im begründeten Einzelfall
Nur in Begründeten Einzelfällen kann eine weitere Bewilligung erfolgen.
Einzelfallentscheidung
Eine Verlängerung ist nach Bedarf auch über einen weiteren längeren Zeitraum möglich
eine Verlängerung ist je nach Bedarf mehrmals möglich.

Je nach Absprache mit den Schulen

Verlängerung nur, wenn ein Erfolg der Lernförderung von der Schule attestiert wird.
Verlängerung immer nur in Einzelfällen in Absprache mit der Schule/Lehrer
Eine fortgesetzte Förderung ist nur nach enger Rücksprache mit den Schulen und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls möglich.

Maximal ein halbes Jahr

Verlängerungen nochmals 3 Monate (+ 3 Monate Grundbewilligung). Ausnahmen nicht bekannt. Gegebenenfalls aber nochmals im nächsten Schuljahr
Eine Verlängerung ist nur möglich, wenn 6 Monate nicht ausgeschöpft sind.

Maximal bis Schuljahresende

Befristung gemäß der Empfehlung der Schule (Fachlehrer), längstens bis Schuljahresende, immer in Abhängigkeit vom Bestehen der Zugangsvoraussetzungen (Bewilligungszeiträume von ALG II, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe)
Verlängerung maximal auf Schuljahr möglich.
längstens für insgesamt 1 Jahr Weiterbewilligung
maximal bis zum Schuljahresende
Maximal bis zum Ende des Schuljahres
Abhängig von der Bescheinigung, die die Schule bezüglich Erforderlichkeit und Umfang ausstellt; i.d.R. 6 Monate (bzw. bis Schuljahresende)
Maximal wird bis zum Schuljahresende bewilligt.
Eine Verlängerung ist bis zum Schuljahresende möglich. Im neuen Schuljahr erfolgt nach Vorliegen der ersten Leistungsnachweise (3 Monate nach Schulbeginn) eine neue Prüfung.
Bewilligung endet spätestens mit dem Ende des jeweiligen Schuljahres. Bisher wurden Lernfördermaßnahmen im Schnitt 2-3-mal verlängert. Darüber hinaus haben wir noch keine Erfahrungen.
grds. maximale Förderung für 12 Monate, aber einzelfallabhängig

Maximal auf 3 folgende Schuljahre

max. auf 3 folgende Schuljahre

Intensität der Lernförderung

1 Stunde pro Woche

1 Stunde wöchentlich pro Fach für ca. 3 Monate

grds. eine Stunde pro Woche und pro Fach

In der Regel 1 Stunde pro Fach pro Woche – je nach Notwendigkeit

In der Regel maximal eine volle Stunde in der Woche für ein halbes Jahr.

2 Stunden pro Woche

Es werden in der Regel je nach Einschätzung der Lehrkraft ca. 2 Schulstunden pro Fach/max. 3 Fächer pro Woche gewährt.

Max. 2 Stunden in der Grundschule, danach max. 4 Stunden

3 Stunden pro Woche

Max. 3 Stunden pro Fach bis Schuljahresende

4 Stunden pro Woche

In der Regel werden bis zu 4 Schulstunden wöchentlich bewilligt.

Frage 4:

„Gibt es weitere Bemühungen die Sie im Rahmen des Hinwirkungsgebots unternehmen, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe besser angenommen werden?“

Stadt Ulm: Zurzeit aus Zeitmangel, personelle Unterbesetzung, leider nicht
Bei Erstbewilligungen:

LRA Aichach-Friedberg: Bei der Erstbewilligung von ALG II, Wohngeld oder Sozialhilfe erhalten potentiell Leistungsberechtigte stets unser BuT- Informationsblatt (Info zu möglichen Leistungen, Benennung Ansprechpartnern und deren Kontaktdaten).

LRA Altötting: In den Beratungsgesprächen im Jobcenter oder der Kommunalverwaltung werden die Neuzugänge auf die B+T Leistungen angesprochen und informiert.

Stadt Pforzheim: Schon bei der Grundleistungsantragstellung werden Anspruchsberechtigte auf das BuT-Paket hingewiesen (sowohl WoG als auch SGB II), der Hinweis ist außerdem im Leistungsbescheid zu finden.

Bei den Trägern:

LRA Altötting: Seitens der B+T Stelle werden laufend die Anspruchsberechtigten angeschrieben.

LRA anonym: Folgeanträge für Mittagessen oder Teilhabe werden verschickt

LRA Günzburg:	Serienbriefinformation (gelegentlich)
LRA Hersfeld-Rotenburg:	Anschreiben an die Leistungsberechtigten Familien (Wohngeld sowie SGB II-Bezieher sowie Beratung durch die zuständigen Fallmanager/innen.
LRA Neumarkt:	Potentiell Antragsberechtigten werden Antragsformulare vorsorglich übersandt.
LRA Starnberg:	Anschreiben einzelner Leistungsberechtigter im Rahmen eines Weiterleistungsantrags oder Informationsschreiben + Antragsversand beim jährlichen Schulbedarf.
LRA anonym:	In der Regel wird ein Infoschreiben mit Antragsformularen an die Berechtigten geschickt.
Stadt Pforzheim:	Zum Schuljahresbeginn 2013/2014 erhielten alle Familien, die leistungsberechtigt sind, einen Informationsbrief, in dem insbesondere auf die Möglichkeiten der Leistungsförderung eingegangen wurde. Zu jedem Schuljahresende werden alle bisherigen BuT-Empfänger (Wohngeld und KiZ) ebenfalls schriftlich über den persönlichen Schulbedarf informiert. Diesem Brief legten wir die nötigen Antragsformulare bei.
LRA anonym:	Hinweis auf Möglichkeit der Antragstellung im Bescheid enthalten
LRA anonym:	Wohngeldstelle legt dem Bewilligungsbescheid einen Flyer bei; Jobcenter informiert in den Bescheiden;
LRA anonym:	Wohngeldstellen und Jobcenter informieren bei jeder Weiterbewilligung auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen
LRA anonym:	Wohngeldstelle, Gemeinden und Familienkasse geben Infomaterial an Familien mit Kindern.
LRA Günzburg:	soweit nicht Leistungen nach § 28 Abs. 3 SGB II Aushänge
LRA Günzburg:	Zentrale Anlaufstelle für alle Leistungsberechtigten (SGB II, SGB XII, § 6 BKGG)
LRA Hohenlohekreis:	Mündliche Hinweise/Erläuterungen
LRA Miltenberg:	Bei telefonischer oder persönlicher Vorsprache wird mit den Leistungsempfänger der komplette Bildungs- und Teilhabekatalog durchgegangen, was alles für die Kinder in Frage kommt.

Netzwerke mit anderen Akteuren:

LRA anonym:	Kooperationsbemühungen mit Schulen, Kitas, Vereinen etc. Aufklärung, welche Möglichkeiten es durch das Bildungs- und Teilhabepaket gibt. Grundsätzlicher Hinweis, wann und wie Bildungs- und Teilhabeleistungen beantragt werden können.
LRA anonym:	die Wohngeldstelle des Landkreises informiert die zuständigen Sachbearbeiter der wirtschaftlichen Hilfen über die Weiterbewilligung von Familien mit Kindern
LRA Donau-Ries:	Besuch von Kita- und Schulleitungszusammenkünften
LRA Neumarkt:	Den Schulen und Kindergärten werden Info-Materialien und Antragsformulare zur Verfügung gestellt.
Stadt Ingolstadt:	Projekt mit örtlicher VHS zur Nachhilfe an der Schule,

Vorstellung des Projekt (und der anderen BuT-Leistungen) in Rektorenkonferenzen, gezielte Ansprache von KITA-Leiterinnen bezüglich Ausflüge
Stadt Offenbach: Insbesondere mit Schulen und Vereinen besteht ein enger und regelmäßiger Kontakt. Dieser dient zum einen der Werbung für die Bildungs- und Teilhabeleistungen und unterstützt zum anderen bei der Klärung von Fragen in Bezug auf die Anwendung der „Bildungskarte“.

Öffentlichkeitsarbeit:

LRA Mühltal a. Inn: Presseartikel, Aushänge, Besuch von Messen
LRA Vogelsbergkreis: Presseberichte
Stadt Pforzheim: Es werden mehrmals im Jahr Presseartikel in der örtlichen Zeitung veröffentlicht; zudem findet sich auf dem städtischen Internetportal eine Informationsseite zum Thema BuT mit Nennung der Ansprechpartner, auf der auch alle notwendigen BuT-Antragsformulare hinterlegt und abrufbar sind.

Literaturverzeichnis

Deutscher Bundestag - 17. Wahlperiode (2010):

Drucksache 17/3404 vom 26.10.2010 Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP, Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Berlin

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2012):

DV 12/12 AF III, Zweite Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe, 2012 (im Text zitiert als: Deutscher Verein)

Junginger R., Riedel M. (2014):

Bildung und Teilhabe (BuT) - Kurzbericht 2014, Ulm

Lang W., Keil M. (2013):

Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales Sitzung, Beschlussvorlage, Rückübertragung der „kommunalen Aufgaben“ sowie der Aufgaben „Bildung und Teilhabe“ vom Jobcenter an den Fachbereich Bildung und Soziales, Ulm

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes

Nordrhein-Westfalen (2013):

Arbeitshilfe: Bildungs- und Teilhabepaket, 5. Auflage, o.O.

Redaktionskreis SGB II - Richtlinien (2013):

Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg § 28 SGB II – Bedarfe für Bildung und Teilhabe; Richtlinien des Städte- und Landkreistages Baden-Württemberg zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, o.O.

Gerichtsurteil:

Bundesverfassungsgericht (2010), **Urteil** 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL

4/09 vom 9.2.2010, Absatz - Nr. (1 - 220):

http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html

Zugriff am 05.07.2014, 14:57 Uhr

Pressemitteilungen / Internetquellen:

BMAS (2010a):

Pressemitteilung vom 05.07.2010:

<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/vdl-bildungsausgaben-fuer-kinder-hartz4.html>

Zugriff am 05.07.2014, 15:25 Uhr

BMAS (2010b):

Pressemitteilung vom 20.10.2010:

<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/sgb2-kabinettsbeschluss.html>

Zugriff am 05.07.2014, 16:40 Uhr

BMAS (2011):

Flyer Das Bildungspaket, Mitmachen möglich machen;

Informationen für: Partner, Vereine, Schulen und Kitas, Berlin:

http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/A857-bildungspaket-flyer-partner-etc.pdf;jsessionid=8FA72235DFD352EB94A0798A6D44079F?__blob=publicationFile

Zugriff am 05.07.2014, 17:30 Uhr

Bundesrat (2010):

Pressemitteilung vom 17.12.2010:

<http://www.bundesrat.de/SharedDocs/pm/2010/207-2010.html?nn=4369844>

Zugriff am 05.07.2014, 16:05 Uhr

Bundesrat (2011):

Pressemitteilung vom 25.02.2011:

<http://www.bundesrat.de/SharedDocs/pm/2011/027-2011.html?nn=4373416>

Zugriff am 05.07.2014, 16:25 Uhr

Deutscher Landkreistag (2013):

Pressemitteilung vom 22.02.2013:

<http://www.kreise.de/cms1/presseforum/pressemitteilungen/1017-pressemitteilung-vom-22-februar-2013.html>

Zugriff am 05.07.2014, 17:00 Uhr

Stadt Ulm (2014):

Homepage der Stadt Ulm:

<http://www.ulm.de/ulm/> Zugriff am 22.07.2014, 11:07 Uhr

Erklärung

Erklärung

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.“

Elchingen, den 14.09.2014